Das lippische Höferecht 1909.

LE
62
2. Ex.

Leipzig 1 = 104.

Reichmeir.

LE 6241 Ex

Der Bauer ist des Vaterlandes
erster Sohn. Ernst Moritz Arndt.

Das Lippische Höferecht.

Von

Albrecht Tasche,

Assessor in Lage.





01675361

1909.

Clemens Böhringer vorm. Kotzenberg'sche Buchhandlung

Lage (Lippe).

LE 62.+ 1 x



H 1959/192

Inhalt.

Erſter Teil: Überblick.

Kapitel I. Der Ackerbau, §§ 1—3

§ 1. Staat und Wirtſchaft.
§ 2. Wirtſchaft und Ackerbau.
§ 3. Ackerbau und Staat.

Kapitel II. Grundbeſitz und Hörigkeit §§ 4—10

§ 4. Landesherr und Grundbeſitz.
§ 5. Die Grundherrlichkeit.
§ 6. Der Guts- und Lehnsbeſitz.
§ 7. Das Leibeigentum.
§ 8. Grundbeſitz und Leibeigentum.
§ 9. Wandlungen in der leihenden Hand.
§ 10. Wandlungen in der beliehenen Hand.

Kapitel III. Grundbuchung und Grundkredit §§ 11—22

§ 11. Die Beſteuerung.
§ 12. Die Kataſtrierung.
§ 13. Die Saalbücher.
§ 14. Die Kataſterverwaltung.
§ 15. Die Durchführung der Kataſtration.
§ 16. Das Hypothekenbuchweſen.
§ 17. Fortſetzung
§ 18. Die Pfandverſchreibung bei unvererblichen Höfen.
§ 19. Die Pfandverſchreibung bei vererblichen Höfen.
§ 20. Die Laſtenverteilung.
§ 21. Die heutige Grundbuchung.
§ 22. Fortſetzung.

Kapitel IV. Güterſtand und Erbrecht, §§ 23—39

§ 23. Freigut und Hofgut.
§ 24. Fortſetzung.
§ 25. Die Güterordnung von 1786.
§ 26. Fortſetzung.
§ 27. Das neuere Recht.
§ 28. Fortſetzung.
§ 29. Das Güterrecht des BgB.
§ 30. Die Gütergemeinſchaft von 1786 und des BgB.

§ 31. Fortsetzung: Rechtsstellung des Überlebenden.
§ 32. „ „ des Wiederheiratenden.
§ 33. „ Verfügungsfreiheit des Überlebenden.
§ 34. Der gesetzliche Güterstand des BgB.
§ 35. Die Gütertrennung des BgB.
§ 36. Das Güterrechtsregister.
§ 37. Der Ehe- und Erbvertrag.
§ 38. Fortsetzung: Erbfall bei beerbter Ehe.
§ 39. Weitere Hoferhaltungsmöglichkeit.

Zweiter Teil: Einzeldarstellung.

Kapitel I. Das Hofgut, §§ 40—47

§ 40. Begriff des Hofgutes: Unbewegliches Hofgut.
§ 41. Fortsetzung: Bewegliches Hofgut.
§ 42. Gebundenheit des Hofgutes.
§ 43. Berechtigung der Hofgebundenheit.
§ 44. Frühere Hofgebundenheit.
§ 45. Jetzige Hofgebundenheit.
§ 46. Walzendes Gut.
§ 47. Vereinigung meherer Höfe.

Kapitel II. Der Hoferblasser, §§ 48—51

§ 48. Hoferblasser und Hofgebundenheit.
§ 49. Hoferblasser und Höfeerbrecht.
§ 50. Hoferblasser und Pflichtteilsrecht.
§ 51. Auslegungsregeln.

Kapitel III. Der Anerbe, §§ 52—58

§ 52. Vererbung des Freigutes.
§ 53. Vererbung des Hofgutes.
§ 54. Das Erstgeburtsrecht.
§ 55. Unfähigkeit des Anerben: Gründe der Unfähigkeit.
§ 56. Fortsetzung: Zuständigkeit, Verwaltungs- oder [Rechtsweg.
§ 57. Anerbenverzicht.
§ 58. Rechtswirkungen des Anerbenverzichts.

Kapitel IV. Der Brautschatz, §§ 59—64

§ 59. Frühere Grundsätze.
§ 60. Berechnung der Brautschätze.
§ 61. Die Brautschatzberechtigten.
§ 62. Fälligkeit der Brautschätze.
§ 63. Änderung der Brautschätze.
§ 64. Die Brautschatzkommission.

Kapitel V. Der Überlebende, §§ 65—70
§ 65. Allgemeine Grundsätze.
§ 66. Rechtsstellung nach der Güterordnung von 1786.
§ 67. Rechtsstellung bei Verwaltungsgemeinschaft und [Gütertrennung
§ 68. Erbrecht bei Verwaltungsgemeinschaft und [Gütertrennung
§ 69. Rechtsstellung bei der Gütergemeinschaft des BgB.
§ 70. Auseinandersetzung bei der Gütergemeinschaft [des BgB.

Kapitel VI. Der Interims- oder Malwirt, §§ 71—73
§ 71. Eintritt der Interims- oder Malwirtschaft.
§ 72. Die Mal- oder Meierjahre.
§ 73. Rechtsstellung des Interims- oder Malwirtes.

Kapitel VII. Die Leibzucht, §§ 74—80
§ 74. Frühere Grundsätze.
§ 75. Die heutigen Leibzuchtberechtigten.
§ 76. Beginn und Ende der Leibzucht.
§ 77. Der Leibzuchtsvertrag.
§ 78. Die Leibzuchtswohnung.
§ 79. Die Leibzuchtszubehörungen.
§ 80. Die Rechtseigenschaft der Leibzuchtsgegenstände.

Anhang:

I. Das eigenhändige Testament:
A) Einleitung.
B) Muster.

II. Das gemeinschaftliche Testament:
A) Einleitung.
B) Muster.

III. Das Vorstehertestament:
A) Einleitung.
B) Muster.

IV. Muster eines Hofabtretungsvertrages nebst Leibzuchtsverschreibung und Auflassung.

V. Die Neuordnung des Höferechtes:
A) Einleitung und Kritik des lippischen Höferechtes.
B) Entwurf eines lippischen Höferechtes.

Vorwort.

Das lippiſche Höferecht, deſſen älteſte geſetzlich geregelte Teile bis auf das Jahr 1620 zurückgehen, erſtreckt ſich in der lippiſchen Geſetzgebung auf einen Zeitraum von etwa 300 Jahren. Bei den mannigfachen Ergänzungen und Abänderungen und bei dem Mangel einer einheitlichen Regelung des Höferechtes ſind die einzelnen geſetzlichen Beſtimmungen über die umfangreichen 25 Bände der Landesverordnungen, wie die zur Zeit bereits über 16000 Druckſeiten umfaſſende lippiſche Geſetzſammlung allgemein heißt, weit und unüberſichtlich zerſtreut.

Die früheren Bearbeitungen des lippiſchen Höferechtes von Georg Ferdinand Führer (Darſtellung der meierrechtlichen Verfaſſung in der Grafſchaft Lippe, Lemgo 1804) und von Bernhard Meyer (das Kolonatsrecht im Fürſtentum Lippe, Detmold 1855) liegen mehr denn 50 und 100 Jahre zurück. Grade in den letzten 50 Jahren ſind aber erhebliche Eingriffe in den Beſtand des Höferechtes erfolgt. Dahin gehören reichsgeſetzlich: Die einheitliche Regelung des Großjährigkeitsalters und des ganzen bürgerlichen Rechts einſchließlich des Grundbuchweſens, landesgeſetzlich: die anderweite Regelung der Brautſchätze und der Teilbarkeit der Höfe ſowie die Vorſchriften, die zur Ausführung des BgB. ergangen ſind.

Die größte Unſicherheit hat aber das BgB. durch ſeine abweichende Regelung der güterrechtlichen und erbrechtlichen Verhältniſſe und nicht zuletzt durch ſeine zahlreichen Vorbehalte zu Gunſten des Höferechtes herbeigeführt. Eine neue, überſichtlich gegliederte Darſtellung des Höferechtes läßt ſich daher nicht von der Hand weiſen.

Der Stoff ist in der Weise geordnet, daß im ersten, einleitenden Teile ein kurzur Überblick über die Bedeutung des Ackerbaues und über die geschichtliche Entwickelung des lippischen Grundbesitzes und des lippischen Güterrechtes insbesondere bezüglich des Bauernstandes zu geben, der Versuch unternommen ist. Denn die für den Ackerbau so wichtigen Grundbesitzverhältnisse, namentlich aber die Güterrechts- und Erbrechtsverhältnisse des lippischen Bauernstandes sind beide nur unter Berücksichtigung ihres geschichtlichen Werdeganges zu verstehen.

In dem ausführenden zweiten Teile erfolgt dann die eigentliche Darstellung des Höferechtes. Die in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse sind unter sieben Gesichtspunkten zusammengefaßt: Hofgut, Hoferblasser, Anerbe, Brautschatz, Überlebender, Interimswirt, Leibzucht.

Im Anhange sind drei Muster der für die bäuerlichen Verhältnisse am häufigsten in Betracht kommenden letztwilligen Verfügungsarten beigegeben, um den beteiligten Kreisen, namentlich dem Hoferblasser und dem Dorf-Vorsteher, bei der Errichtung letztwilliger Verfügungen zur Hand zu gehen. Beigefügt ist auch ein Muster eines Hofabtretungsvertrages nebst Leibzuchtsbestimmung und Auflassung.

Schließlich folgt im Anhange eine Kritik des Höferechtes nebst einem Entwurfe für dessen gesetzliche Neuordnung.

Abkürzungen.

BgB. = Bürgerliches Gesetzbuch; Zahlen, welche dem Datum eines Gesetzes folgen, bezeichnen Band und Seite der Landesgesetzsammlung, z. B.: Verordnung vom 24/9. 1782; 3,25 = Band 3 Seite 25; Güter-O. = Güterordnung; Güter-G. = Gütergemeinschaft; Führer s. S. 16; Meyer s. S. 16.

Dem Landwirte

Herrn L. Lindemann

Lindemannshof

in Verehrung

zugeeignet.

Onnium rerum, ex quibus aliquid acquiritur, nihil est agricultura melius, nihil uberius, nihil dulcius nihil homine libero dignius. Cicero: de officiis.

Kein Beruf ist schöner, lohnender und erhebender, kein Beruf eines freien Mannes würdiger als der Ackerbau. Cicero: Die Berufe.

Erster Teil.

Überblick.

Kapitel I.

Der Ackerbau.

§ 1.

Staat und Wirtschaft.

Der Staat, der heutige Inbegriff und oberste Maßstab aller irdischen Macht und Größe, baut sich auf zwei Grundlagen, einer dinglichen und einer persönlichen auf. Die dingliche Grundlage bildet — als ein räumlich abgegrenzter Teil der ganzen Erdoberfläche — der Grund und Boden eines Landes mit seinen Schätzen und Werten in Berg, Forst und Acker. Die persönliche Grundlage bilden — als ein zahlenmäßig abgegrenzter Teil der ganzen Erdbevölkerung — die Bewohner eines Landes.

Der Grund und Boden einerseits, die Bevölkerung andrerseits würden jeder für sich und ohne Wechselbeziehungen zu einander nicht wohl denkbar sein. Erst durch die Herstellung und Betätigung der Wechselbe-

ziehungen zu einander und unter ſich tritt das hervor, was wir als wirtſchaftliches Leben zu bezeichnen gewohnt ſind. Das wirtſchaftliche Leben mit ſeinen unendlichen, durch Nachfrage und Angebot geregelten Bedürfniſſen ſpielt ſich ſeiner äußeren Erſcheinung nach nun ab zwiſchen Produktion und Konſumtion, Erzeugung und Verbrauch der Lebensgüter. Konſumenten von Lebensgütern ſind mehr oder minder alle, Produzenten dagegen nicht alle Menſchen.

Das Mittel zur Erzeugung von Lebensgütern im Sinne von wirtſchaftlichen Werten erblicken wir Menſchen in unſerer Einſicht, unſerem Willen und unſerer Arbeitskraft. Das Maß unſerer Einſicht läßt uns die Verſchiedenartigkeit der Werte, insbeſondere deren Verwertbarkeit für uns erkennen. Vermöge des Willens entſchließen wir uns, dieſen oder jenen Wertgegenſtand für uns zu erlangen und uns und unſeren Bedürfniſſen dienſtbar zu machen. Die Arbeitskraft ſchließlich dient zur Durchführung des Willens mittels Arbeitsleiſtung zwecks unmittelbarer Beſchaffung der benötigten Werte ſelbſt oder zwecks Beſchaffung von vorerſt weiteren Mitteln zur demnächſtigen Erlangung der benötigten Werte.

Die Betätigung der Arbeitskraft im Dienſte der menſchlichen Einſicht und des menſchlichen Willens kann auf die mannigfachſte Weiſe und in den verſchiedenſten Richtungen erfolgen. Sie kann ſich erſchöpfen in der Vermittelung, alſo der Zuführung und Beförderung der Lebensgüter von dem Produzenten zu dem Konſumenten, der Hauptbetätigung des Handels und des Verkehrs. Sie kann ſich beſchränken auf die Bearbeitung und Verarbeitung der Rohſtoffe, alſo auf die Vervollkommnung und Werterhöhung von Lebensgütern, der Hauptbetätigung der Induſtrie und des Gewerbes. Die Arbeitskraft kann endlich ſich zuwenden der Hebung und

Bereitstellung der Schätze und Werte des Grund und Bodens selbst, der Hauptbetätigung des Bergbaues, oder auch sich zuwenden der Bewirtschaftung der Oberfläche des Grund und Bodens, der Hauptbetätigung des Ackerbaues, nämlich der Land- und Forstwirtschaft, des Garten-, Obst- und Weinbaues sowie der Viehzucht. Alles das ist auf die Erzeugung von Werten gerichtete, ehrliche Arbeit.

§ 2.

Wirtschaft und Ackerbau.

Bei der Abmessung der verschiedenen Berufs- oder Erwerbszweige, wie wir die mannigfachen Arten der Werte erzeugenden Arbeitsleistung zusammenafffend bezeichnen, erhellt, daß Handel und Verkehr, Industrie und Gewerbe nur in Tätigkeit treten können, soweit Lebensgüter zur Vermittelung oder zur Bearbeitung oder Verarbeitung vorhanden sind, daß demnach diese großen und gewaltigen Erwerbszweige abhängig sind von denjenigen Erwerbs- und Berufszweigen, welche ihnen die zu ihrer Betätigung erforderlichen Lebensgüter bereit stellen, nämlich der Bergbau und der Ackerbau, zusammengefaßt unter dem Namen : Urproduktion. Auszugehen von dem nationalen Idealgrundsatze, — für den Fall eines Krieges übrigens ein sich von selbst verstehender Grundsatz, — daß jeder auf Selbständigkeit Anspruch erhebende Staat seine Bedürfnisse im wesentlichen im eigenen Lande muß und soll decken können, läßt sich daher wohl sagen, daß Bergbau und Ackerbau das Maß der Kräfte eines Staates darstellen. Denn nur in der eigenen Kraft ruht das Schicksal jeder Nation.

Bei dem Verhältnis von Bergbau und Ackerbau leuchtet leicht ein, wer von beiden die breitere Grund-

lage und die größere Machtſäule des Staates bedeutet. Gehen wir von reichsdeutſchen Verhältniſſen aus, ſo ſehen wir den deutſchen Bergbau auf einen geringeren Teil von Schleſien und Weſtdeutſchland, hier zumeiſt nur auf Teile von Weſtfalen, des Rheinlandes, der Pfalz und der Reichslande beſchränkt, im Übrigen nur geringwertig und vereinzelt über das Reich zerſtreut. Die im deutſchen Bergbau beſchäftigte Bevölkerung und die durch den Bergbau verkörperten und jährlich gehobenen Werte überhaupt ſtehen in keinem Verhältniſſe zu denen des Ackerbaues. Jedenfalls läßt ſich bei dem Mangel einheimiſchen Bergbaues für unſer Land bis auf die Gewinnung von Steinen, Mergel, Torf, Sand, Salz und Soole ein Vergleich überhaupt kaum ziehen.

Der deutſche Ackerbau mit ſeinen vielſeitigen Bedürfniſſen und ſeinen weit überragenden Werten in Land- und Forſtwirtſchaft, in Viehzucht, in Garten-, Obſt- und Weinbau wird durchweg für alle Zeiten ſich als der ſicherſte, nachhaltigſte und kaufkräftigſte Abnehmer nicht nur für bergbauliche, ſondern auch für induſtrielle und namentlich gewerbliche Betätigung erweiſen. Ebenſo wird der deutſche Ackerbau mit ſeinen für die Ernährung der Nation und ſeinen, für das tägliche Leben am allerunentbehrlichſten Erzeugniſſen der Äcker, Gärten, Ställe, Weiden und Forſten dem deutſchen Handel und Verkehre die meiſten Güter und Werte zuführen oder bei ſeiner großen Aufnahmefähigkeit durch ihn ſich zuführen laſſen.

§ 3.

Ackerbau und Staat.

Es kommt hinzu, daß der deutſche Ackerbau bei ſeiner körperlich und ſeeliſch geſunden, ſittlich hebenden Beſchäftigung eine weit kräftigere und kernigere Be-

völkerung ernährt und großzieht, als irgend ein anderer, der großen, in ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit und gewaltigen Bedeutung sonst gewiß nicht zu unterschätzenden Erwerbs- und Berufszweige. Dementsprechend stellt auch der deutsche Ackerbau eine verhältnismäßig große Zahl Heimat und Vaterland liebender Männer als Soldaten und Krieger, weit überragend an Zahl und vielfach auch an Güte den Handels- und Gewerbestand, namentlich der Groß- und Mittelstädte, insbesondere aber die bergarbeitende und industrielle Bevölkerung. Gleichzeitig trägt damit der deutsche Bauernstand bei der größeren Inanspruchnahme seiner Söhne für Heer und Marine allen anderen Berufsständen voraus mittelbar auch erheblich höhere Lasten zu Gunsten von Reich und Bundesstaat.

Schließlich lehren uns die Geschicke aller Völker und Staaten aus aller Vergangenheit mit unverrückbar feststehenden, unwandelbaren Tatsachen und Begebenheiten und es bezeugen aus allen Zeiten uns Männer geschichtlicher Namen, daß der Ackerbau die Grundfeste bildet des Staates und die sicherste Gewähr für die Dauerhaftigkeit des Staatsgebäudes.

Für unser Land treffen alle diese, nicht etwa neuen Gesichtspunkte umsomehr zu, als Bergbau fast garnicht und Industrie mit Einzelausnahmen nur in geringem Umfange und meist auf die Städte beschränkt, betrieben wird, Handel und Gewerbe im Lande dagegen durchweg nur örtliche Bedeutung haben, der große Schienenverkehr uns aber überhaupt entzogen ist.

In Erkenntnis und Würdigung der hohen Bedeutung des einheimischen Ackerbaues, der mangels Weinbaues und mangels nennenswerten Garten- und Obstbaues zumeist auf Fruchtbau, Forstwirtschaft und Viehzucht sich beschränkt, setzt daher schon frühzeitig

die Gesetzgebung zur Pflege und Förderung dieses so überaus bedeutsamen Berufs- und Erwerbszweiges ein. Und man darf wohl sagen, es hat kaum eine Zeit lippischer Geschichte gegeben, wo nicht der Ackerbau treibende Beruf, der Bauernstand, der besonderen Zuneigung und Fürsorge der Landesherren sich zu erfreuen gehabt hätte.

Kapitel II.
Grundbesitz und Hörigkeit.

§ 4.
Landesherr und Grundbesitz.

Das lippische Höferecht hängt in seinen Grundlagen mit der Geschichte des Landes und des landesherrlichen Hauses aufs engste zusammen.

Die ersten Ahnen des Hauses Lippe treten als Grundbesitzer an den Quellen und an dem Oberlaufe des am Südabhange des Teutoburger Waldes entspringenden und schon von den Römern so benannten Flusses Lippe (lippia) in die Erscheinung. An den Ufern der Lippe, namentlich in der Gegend von Lippstadt lagen zum großen Teile die ältesten Stammbesitzungen des Geschlechtes und liegen als Reste jener Besitzungen noch heute das Lippische Amt Lipperode mit dem 1139 von dem Geschlechte gegründeten Stifte Kappel.*)

*) Anm. (Mit der Zeit, urkundlich seit dem Jahre 1123, nimmt das Geschlecht nach dem Flusse, an dessen Ufern und in dessen Zuflußgebiete seine Hauptbesitzungen lagen, den Namen: „zur Lippe“ an.

So kommt es, daß das Gesamthaus sich noch heute: „zur [zu der] Lippe“, also nach der Lippe, dem Flusse, und nicht nach dem Landesgebiet sich „zu“

Die übrigen Güter und Gerechtſamen lagen zuſammenhangslos und weit über das alte ſächſiſche Herzogtum Weſtfalen und die Grafſchaft Mark zerſtreut.

Erſt im Laufe der Jahrhunderte findet eine Abrundung und Feſtigung des Beſitzes ſtatt, namentlich ſeitdem das inzwiſchen erſtarkte Geſchlecht, die Gefilde diesſeits (nördlich) des Waldes als die glücklicheren

---

oder „von“ Lippe nennt. Unrichtig iſt, wie hier bemerkt werden mag, die Bezeichnung Lippe-Detmold in Beziehung auf das Fürſtentum, den Bundesſtaat Lippe, im Gegenſatze zum Fürſtentum Schaumburg-Lippe. Dieſe Ausdrucksweiſe würde zutreffend ſein, wenn es ſich ähnlich wie bei den ſächſiſchen und thüringiſchen Staaten um eine lippiſche Landesteilung handelte. Zwiſchen Lippe und Schaumburg-Lippe hat aber nie ein territorialer oder verfaſſungsmäßiger Zuſammenhang beſtanden. Lippe iſt Stammland und untertäniges Gebiet des Hauſes Lippe, während das Land Schaumburg bei deſſen Erwerbe durch die Grafen zur Lippe-Alverdiſſen 1640 teils nach Heſſen-Kaſſel, teils nach dem Stifte Minden zu Lehen ging. Mit der Erwerbung des Schaumburger Landes wurde der gemeinſame Familien- und Stammname „Lippe“ wie bei den ſächſiſchen Staaten beibehalten, aber umgekehrt wie dort dem Landesnamen angefügt zum Unterſchiede und im Gegenſatze zu demjenigen Teile von Schaumburg (die Rintelner Gegend), der im Jahre 1647 infolge eines Vergleichs auf Grund lehnsherrlicher Anſprüche an Heſſen-Kaſſel zurückfiel. Von Lippe-Detmold läßt ſich nur in Beziehung auf die verſchiedenen Linien des Hauſes Lippe und zu deren Unterſcheidung ſprechen. Hier bildet der Geſchlechtsname Lippe, dort Sachſen, bei Schaumburg-Lippe ſeiner Zeit der Landesname Schaumburg den Maßſtab und das gemeinſame Mittel).

erkennend und den Anſchluß nach der Weſer ſuchend, den Höhenzug des Teutoburger Waldes überſchritten, dort die Feſte und jetzige Ruine Falkenburg (1186) angelegt, die Grafſchaften Brake und Schwalenberg erworben ſowie die Burgen und Städte Lippſtadt, Lemgo, Detmold, Horn und Blomberg gegründet und mit Privilegien ausgeſtattet hat. Nun erſt, um die Mitte des 13. Jahrhunderts und nach dem weiteren Erwerbe des Schloſſes Varenholz und der Grafſchaft Sternberg (1399) läßt ſich von einem einheitlichen Lande und einer Herrſchaft Lippe im Sinne des heutigen Gebietes ſprechen.

Die Edlen Herren zur Lippe werden in den alten Urkunden als Domini terrae, alſo als Herren des Landes, als Eigentümer des Grund und Bodens bezeichnet und das Land als Dominium lippiense oder lippense, alſo als Herrſchaft Lippe. Die Gerechtigkeiten der lippiſchen Edelherren ſind daher nicht auf die Verleihung eines kaiſerlichen Grafenamtes oder auf lehnsrechtliche Verhältniſſe zurückzuführen, ſondern als Ausfluß ihrer grundherrlichen Rechte des Beſitzes und der Verwaltung, der Bewirtſchaftung und Nutzung der ihnen zu Erbe und Eigen gehörenden Grundgüter anzuſehen.

Das Eigentum des landesherrlichen Hauſes am Grund und Boden erſtreckt ſich mit der Zeit durchweg über das ganze Landesgebiet des jetzigen Fürſtentums. Neben dem landesherrlichen Hauſe kommen als Eigentümer geringerer und vereinzelt liegender Teile jetzt lippiſchen Grund und Bodens erkenntlich nur die alten Klöſter und Stiftungen namentlich Paderborn, (Abdinghof) und Korvey bei Höxter in Betracht. Bei ihnen haben ſich aber, obwohl auch ſie den Grund und Boden in ähnlicher Weiſe meierſtättiſch oder lehnsmäßig untergeben, landesherrliche Machtverhältniſſe für unſer Landesgebiet dauernd

nicht gebildet. Schließlich ſind ſie als ausländiſche Beſitzer inländiſcher lippiſcher Grundgüter und Gerechtigkeiten infolge des Rheinbundes aller ihrer Rechte im hieſigen Lande verluſtig gegangen.

So läßt ſich ſagen, daß als Eigentümer des Grund und Bodens im Lande im weſentlichen nur das landesherrliche Haus in Frage kommt, auf welches mit der Vernichtung der Macht der alten Stammesherzöge (Heinrich der Löwe) und dem ſpäteren Verfall der Macht der deutſchen Könige und Kaiſer ſelbſt, auch deren Machtbefugniſſe vielfach übergegangen ſind. Vielfach iſt aber der Grund und Boden auch mittels Kauf, Erbſchaft, Schenkung und ſonſtiger Geſchäfte des Lebens erworben.

§ 5.

Die Grundherrlichkeit.

Als Eigentümer des bei weitem größten Teiles des Grund und Bodens des Landes verwalten und nutzen die Landesherrn das Land unbeſchränkt und nach freier Willkür. Soweit ſie ſelbſt nicht den Boden nutzen oder unter eigener Leitung oder Aufſicht bewirtſchaften laſſen, wird er im Laufe der Jahrhunderte den Landesbewohnern überlaſſen, mit zunehmender Bevölkerung und erweiterter Bodenkultur in ausgedehnterem Maße. Dieſe Überlaſſung findet rechtlich ihren Ausdruck in der Grundherrlichkeit, die ſich nach der Bodenverteilung als Städte-, Guts- und Lehnsherrlichkeit kennzeichnet.

a) Die Städteherrlichkeit.

Im Beſitze der Eigentumsrechte am Grund und Boden befinden ſich die lippiſchen Edelherren bereits lange Zeit vor der Gründung der erſten lippiſchen

Städte (Lippstadt in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, Lemgo um die Wende des 12. Jahrhunderts, erneuertes Stadtprivileg 1245). Sowohl den Grund und Boden ihrer Bezirke als auch ihre Rechte und Vorrechte verdanken daher die Städte lediglich der freien Entschließung und Gnade der Edelherren zur Lippe, wie die alten, von den berufenen Vertretern der Städte vielfach selbst mit unterzeichneten und mit untersiegelten Urkunden bezeugen. Besondere Gegenleistungen der Städte erfolgen ursprünglich erkenntlich nicht. Nur haben die Städte bei einem Wechsel in der herrschenden Hand Huldigung zu leisten, d. h. Treue und Gehorsam zu geloben, wogegen ihnen dann der neue Landesherr jedesmal alle städtischen Rechte und Vorrechte (Markt-, Zoll-, Verwaltungs- und Gerichtsfreiheit) zu bestätigen pflegt. Erst im Laufe der Jahrhunderte sind diese anfänglichen Gnadenerweise zu wirklichen, seitens des Landesherrn einseitig unwiderruflichen Rechten geworden, die in den Städteordnungen und in allgemeinen Landesgesetzen ihren Ausdruck und ihre Sicherung gefunden haben und nunmehr nur noch auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert oder aufgehoben werden können.

b) Die Gutsherrlichkeit.

Auf dem platten Lande ist der Grund und Boden gegen gewisse, bruchteilmäßige Leistungen (Natural- im Gegensatze zu den späteren Geldleistungen)* in landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Ackers und des Stalles und gegen Leistung von Diensten bäuerlichen Besitzern

*) Anm. (Korn- oder Sackzehnt, Fleisch- oder Blutzehnt, also $^1/_{10}$ oder 10% des Ertrages, die sogenannten großen, und die kleinen Naturalabgaben wie Schweine, Schafe, Gänse, Hühner [Kleinvieh] sowie Brot, Eier, Speck, Würste, Butter, Wachs, Garn, Flachs, Wein)

überlaſſen. Die Dienſtleiſtungen beſtehen ſeitens der Beſpannten (Voll- und Halb- oder Zuſpänner) in Spanndienſten, ſeitens der Unbeſpannten in Handdienſten. Die größeren Beſitzer auf Höfen werden Meier (große, oder ganze, Mittel- und gemeine Vollmeier, Halbmeier und Viertelmeier), die kleineren auf Stätten, Kolone, früher Groß-, Mittel- und Kleinkötter, ſowie Hoppenplöcker, d. i. Hopfenpflücker, und Straßenkötter genannt.

Ihnen allen iſt der Grund und Boden nebſt Wohn- und Wirtſchaftsräumen nur zum Beſitz auf Zeit, zur Bewirtſchaftung und Nutzung (meierſtättiſch) überlaſſen. Das Eigentum mit den aus ihm hervorgehenden Rechten (Veräußerung, Belaſtung, Vererbung) verbleibt dem Landesherrn. Die bäuerlichen Beſitzer ſind danach durchweg alle dem Grund und Boden, alſo dem Gute nach hörig oder eigen. Dieſe Art bäuerlichen Beſitzes wird daher als gutshörig, gutseigen oder als meierſtättiſch und, ſeit mit ihm bereits Erbrechte der beſitzenden Familie verbunden ſind, als erbmeierſtättiſch bezeichnet. Für ihre Perſon, alſo dem Leibe nach können dieſe gutshörigen Beſitzer frei ſein. Solche leibfreie, meierſtättiſche größere Beſitzer werden auch wohl mit dem Sammelnamen Freimeier belegt.

c) Die Lehnsherrlichkeit.

Zur Bewachung und Verteidigung der mit der Erweiterung des landesherrlichen Beſitzes angelegten und zu unterhaltenden Burgen und feſten Plätze im Lande (der Lippſtädter, Falkenberger, Braker, Horner, und Blomberger Burg, des Detmolder, Varenholzer, Sternberger und Barntruper Schloſſes) werden beſonders tüchtige und waffengeübte Männer eingeſetzt, die Ritter und Dienſtmannen, der ſpätere und heutige landſäſſige Adel, in den alten Urkunden als ministeriales,

Dienſtleute, bezeichnet. Zu ihrem Unterhalte und als Entgelt für ihre namentlich in Kriegen zu leiſtenden Dienſte, die aber vielfach auch politiſcher, diplomatiſcher und familiärer Art ſind, werden ſie gleichzeitig mit größeren Liegenſchaften, alſo mit Burg und Gütern, auch wohl mit ganzen bäuerlichen Ortſchaften, alſo mit Land und Leuten belehnt. Auch ihnen ſteht lediglich Beſitz auf Zeit, das Recht auf Bewirtſchaftung und Nutzung zu. In Bezug auf Burg und Güter ſind auch ſie hörig, da das Eigentum mit den aus ihm hervorgehenden Rechten der Veräußerung, Belaſtung und Vererbung auch hier dem Landesherrn verbleibt.

§ 6.

Der Guts- und Lehnsbeſitz.

Mochten die Beſitzungen der Ritter und Bauern an Art, Größe, Ertrag und Wert auch noch ſo verſchieden ſein, in Bezug auf den Herrn und Eigentümer des Gutes und in Bezug auf die Befugniſſe über das unterhabende lehns- oder meierſtättiſche Gut ſtehen Ritter und Bauern im weſentlichen ſich gleich, ſoweit letztere nicht ausnahmsweiſe etwa den Rittern ſelbſt oder ſonſtigen Dritten dem Leibe oder dem Gute nach eigen ſind. Bauern und Ritter haben kein Eigentumsrecht an dem Gute, die gegenüber jedem Dritten, alſo auch etwa dem Landesherrn gegenüber hätten geltend gemacht werden können.

Gegenüber dem Landesherrn haben alle nur das zeitweilige Recht auf Beſitz und Nutzung des Gutes, nur gegenüber jedem Dritten auch das unbedingte Recht auf Beſitz und Nutzung. Beide Arten von Beſitzern können mangels Eigentums daher weder veräußern noch belaſten noch auch in Bezug auf das Gut klagen oder verklagt werden. Keiner von beiden kann die ihm an

dem Gute zustehenden Befugnisse ohne Zustimmung des Landesherrn auf einen Dritten übertragen. Alle diese Rechte stehen ursprünglich lediglich dem Landesherrn zu, der in Bezug auf die Ritterbesitzungen als Lehnsherr, in Bezug auf die bäuerlichen Besitzungen auch als Gutsherr bezeichnet wird.

Ritter wie Bauern haben ursprünglich ebenso wenig ein Erbrecht am Gute. Beim Wechsel in der beliehenen Hand findet daher jedes mal eine neue Beleihung statt, an die Ritter gegen Leistung des Lehnseides und gegen Entrichtung der Lehnsgebühr unter Ausstellung eines Lehnbriefes, an die Bauern gegen Übernahme der Gutsleistungen in Erzeugnissen und Diensten und gegen jedesmalige Entrichtung des Weinkaufes unter Ausstellung wohl eines Meierbriefes.*

Beim Wechsel in der leihenden Hand findet dann regelmäßig eine Prüfung und Bestätigung dieser Briefe statt wie heute noch bei einem Regierungswechsel die Landesbeamten bestätigt zu werden pflegen.

§ 7.

Das Leibeigentum.

Im engsten Zusammenhange mit den Grundbesitzverhältnissen steht das Leibeigentum, das sich nicht auf das Gut, sondern nur auf die Person des Leibeigenen bezieht, auch nicht in der Stadt oder unter den Rittern, sondern nur in bäuerlichen Kreisen vorkommt.

---

*) Anm. (Meierbrief=Winnzettel, Weinkauf=Gewinngeld, Winkauf, abzuleiten von winnen oder gewinnen, vgl. noch heute den Weinkauf beim Gesindenmieten als Zeichen, daß der Mietvertrag als abgeschlossen gilt; der Weinkauf ist das sicherste Zeichen des Gutseigentums wie der Sterbefall das des Leibeigentums).

Gegenüber dem Leibeigentum anderer deutſcher Staaten erſcheint das lippiſche Leibeigentum in milderer Form. Es beſteht in der Hauptſache in der Verpflichtung zur Entrichtung einer beſonderen Abgabe, des Sterbefalls. Der Sterbfall kann nach dem Gegenſtande der Leiſtung oder der Höhe des Betrages ganz verſchieden ſein. Er iſt mit dem Tode des Leibeigenen aus deſſen Nachlaſſe zu entrichten. Im 18. Jahrhundert betrug der Sterbfall gewöhnlich bei dem Ableben des einen Ehegatten 5% oder 1/20, bei dem Ableben des überlebenden Ehegatten 10% oder 1/10, im ganzen alſo 15% des Nachlaſſes. Bei der Berechnung des Nachlaſſes kommt nicht der Wert des regelmäßig gutsherrlichen Hofes in Betracht, ſondern nur das dem Leibeigentum unterſtehende, während Lebzeiten der Meierleute erworbene Vermögen (Errungenſchaft) an beweglichen und unbeweglichen Gegenſtänden, namentlich an Barſchaften und Forderungen. Für die Hinterbliebenen des Leibeigenen bildet der Sterbfall ohne Rückſicht auf die Nähe der Verwandtſchaft alſo eine Art Erbſchaftsſteuer. Bei dem urſprünglich beſchränkten Erbrechte fällt mangels vorhandener gradliniger Verwandter oder ſolcher bis zum zweiten Grade der Seitenlinie das ganze Vermögen wieder dem Leib- und Gutsherrn zu, der es dann aus freier Entſchließung (ex nova gratia) anderweit zur Bemeierung zu vergeben pflegt.

Eine weitere Folge des Leibeigentums iſt der Mangel der Freizügigkeit, da der Leibeigene, als Ackerbauer an die Scholle gefeſſelt (glebae adscriptus), nur mit Zuſtimmung des Leibherrn ſeinen Wohnſitz ändern darf. Dieſe Zuſtimmung wird namentlich zu Heiratszwecken von Töchtern oder auch von Söhnen des Leibeigenen nicht verweigert. Im Falle der Erteilung der Zuſtimmung erfolgt gegen Entrichtung einer einmaligen Abgabe (Freiſchilling) eine förmliche Frei-

laſſung unter Erteilung eines Frei- oder Laßbriefes. Im übrigen gilt auch im lippiſchen bäuerlichen Rechte der Grundſatz: Das Kind folgt der ärgeren Hand, d. h. Kinder eines Leibeigenen mit einer Leibfreien oder umgekehrt, werden ohne weiteres wieder leibeigen. Es gilt auch der weitere Grundſatz, daß, wer einen Leibeigenen oder eine Leibeigene heiratet, mit der Verheiratung ſelbſt unfrei wird (trittſt du mein Huhn, ſo wirſt du mein Hahn). Alſo auch für ſeine Perſon wird er den Laſten des Leibeigentums unterworfen, wie er von da ab ja auch der Anfkünfte des Hofes und ſonſtiger Vorteile teilhaftig iſt. Von beiden Grundſätzen finden ſich aber namentlich mit Rückſicht auf den ſchon frühzeitig eingeführten Freikauf und die Freilaſſung aus dem Leibeigentumsverbande zahlreiche Ausnahmen.*

§ 8.

Grundbeſitz und Leibeigentum.

Wenngleich das Leibeigentum als ein feſtes Rechtsverhältnis ſich darſtellt, ſo wurde deſſen Härte um deswillen weniger empfunden, weil es ſich regelmäßig in Verbindung mit dem Gutseigentum vorfindet und auch der lediglich Gutseigene ſich z. B. eine Aenderung in

*) Anm. (Ueber das Guts- und Leibeigentum vergl. Führer, Meierrechtliche Verfaſſung in der Grafſchaft Lippe; Lemgo 1804; Meyer, Kolonatsrecht im Fürſtentum Lippe, Lemgo und Detmold 1855, Werke, von denen erſteres durch die ſchärfere Scheidung zwiſchen Leib- und Gutseigentum hervortritt, wie ſolche auch in dem Geſetze über die Aufhebung des Leib- und Gutseigentums vom 27. Dezember 1808 (5, 242) und aus dem Umſtande erkennbar iſt, daß Gutsherr und Leibherr vielfach verſchiedene Perſonen ſind.)

der Familie des Gutsherrn bei vorkommender Veräußerung, Verpfändung oder sonstiger Entäußerung des Gutes ohne weiteres gefallen lassen mußte und um so mehr auch konnte, als damit eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage noch nicht einzutreten brauchte, jedenfalls über den Rahmen seiner verbrieften Rechte hinaus nicht eintreten konnte. Zudem befand sich ja auch der Ritter und Adelige mangels Erb- und Eigenrechten an Burg und Gütern in der gleichen Lage. Auch er mußte, wollte er anders seine wirtschaftliche Stellung nicht aufgeben, den neuen Lehnsherrn sich gefallen lassen, wenn Burg und Güter veräußert oder verpfändet wurden.

Immer bleibt aber auseinander zu halten, daß die Lehns- und Gutsherrlichkeit und deren Kehrseite, die Lehnspflicht und Gutshörigkeit, vornehmlich auf einer dinglichen Grundlage, dem Liegenschafts- oder Gutsverbande sich aufbaut, während das Leibeigentum, wenngleich es regelmäßig nur mit dem Gutseigentum vorkommt, rein persönlicher Art mit besonderen Rechten und Pflichten ist. In der Abhängigkeit der Bauern vom Grund und Boden und gegenüber den Rechten des Guts- und Leibherrn, ein Verhältnis, das in Bezug auf den bäuerlichen Besitzer auch unter der Bezeichnung Eigenbehörigkeit zusammengefaßt wird, kann auch eine bäuerliche Ehe nur mit obrigkeitlicher und gutsherrlicher Genehmigung geschlossen werden. (Polizei-Ordn. von 1620, Titel VII § 2 und V.-O. wegen der Eheverschreibungen der Bauersleute von 1702; 1,363 und 721).

§ 9.

Wandlungen in der leihenden Hand.

Im Laufe der Jahrhunderte treten zunächst in der leihenden Hand mannigfache Änderungen ein, die auf

die Grundbesitzverhältnisse auf die Dauer nicht ohne Einfluß bleiben.

Die mit Bauern und auch mit Adeligen besetzten Güter, ja, wie die anfängliche Verpfändung und schließliche völlige Abtretung der Stadt Lippstadt zeigt,* selbst die Städte sind Gegenstand freier, willkürlicher Verfügung des Landesherrn. Bäuerliche Besitzungen werden einzeln oder in ganzen Ortschaften, namentlich der ganze meierstättische Besitz, oft auch nur in einzelnen Beziehungen (z. B. nur der Kornzehnt oder nur die Dienste oder einzelne derselben) den Stiftungen (Kappel [1139] unweit Lippstadt, Marienfeld [1181] unweit Gütersloh, Lippstadt, Lemgo usw.) zur Ausstattung oder dem Adel für geleistete Dienste überwiesen.

Auch der Adel ist dem Wechsel in der leihenden Hand unterworfen, ohne Weiters bei einer Thronfolge. Aber auch sonst werden bäuerliche wie adelige Besitzungen in ganzen Ämtern z. B. den Erbherrn zu Besitz und Nutzung als paragium übertragen, ja die

*) Anm. (Lippstadt war 1376 [nicht 1366] für 8000 Mk. Silber an die Grafen von der Mark verpfändet und 1445 an Stelle dieser Pfandschaft die halbe Stadt an das mit der Grafschaft Mark verbundene Kleve abgetreten; vgl. Falkmann, Simon VI und seine Zeit; 2. Periode Seite 111; mit Kleve, Mark und Ravensberg an Preußen gekommen, wurde 1851 zu der ersten Hälfte unter Vorbehalt der Lippstädter Domanialgefälle an Grundrenten u. s. w., der Stiftsgerechtsamen und gegen eine Jahresrente von 9120 Talern auch die zweite Hälfte und zwar — offenbar allerdings gegen die Unteilbarkeitsakte von 1368 verstoßend — ohne Mitwirkung der Landstände an Preußen übertragen; vgl. Staatsvertrag vom 24./3., 1./4. 1851; 10, 447).

ganze Grafſchaft Sternberg wird mit Land und Leuten verpfändet. (Vgl. Falkmann a. a. O. S. 111). Die mit Leib- und Gutseigenen beſetzten Güter befinden ſich bald auch in den Händen des ſtädtiſchen Bürgertums, namentlich von Lemgo, (vgl. die Groten, die Kottmanns, die Kleinſorgen, die Flörken, die Bismarks u. a. m.) Denn ſelbſt unter den Lehnsleuten tritt mit der Zeit das ſtädtiſche Bürgertum auf. *

Meierſtättiſche Verhältniſſe zum Teil ſelbſt mit vererblichen Rechetn bilden ſich auch ſonſt bei größerem Privatgrundbeſitze (vgl. die Erbkötter auf Menkhauſen und Wiſtinghauſen, die Erbkötter und Erbpächter des Meiers zu Stapelage; Örlinghauſer Saalbuch um 1680 und 1780).

Schließlich befindet ſich umfangreicher Lehns- und Meierſtättiſcher Beſitz in ausländiſcher Hand.**

Mit der Zeit ſind danach Lehns- wie Meier-

*) Anm. (So finden ſich in dem Mannes- und Lehnsbuche des Archivrats Knoch von 1763 allein 79 bürgerliche Lehnsleute aufgezählt, deren Geſchlecht bereits ausgeſtorben iſt; vgl. Meyer, Kolonatsrecht Bd. 1 S. 96.)

**) Anm. (Darauf beziehen ſich die Verordnungen der Fürſtin vom 3./1. 1809 und 13./8. 1811 (5,246 bezw. 6,61), wonach ſie die infolge der Rheinbundakte von ausländiſchen Lehnsherrn freigewordenen inländiſchen Lehnsgüter ſowie die bis dahin an auswärtige Ritter, Kapitel, Abteyen, Private und an ſonſtige, nicht ausſchließlich dem öffentlichen Unterrichte dienende Stiftungen zu entrichtende, vornehmlich bäuerlichen Gefälle für ſich und das Land in Anſpruch nimmt. So werden ſeitdem die bis dahin nach auswärts gehenden Leiſtungen und Gefälle unter Nichtachtung der Anſprüche der bis dahin Berechtigten an die Landesherrſchaft und zu geiſtlichen Zwecken an das Konſiſtorium entrichtet).

ſtättiſche Beſitzungen und Leiſtungen (Gefälle) ohne Rückſicht auf die auf den Gütern ſitzenden Leib- und Gutseigenen oder auf die adeligen und bürgerlichen Lehnsleute mehr oder minder Gegenſtände des freien Güteraustauſches und Verkehrs geworden und ſo auch vielfach aus der urſprünglich leihenden Hand der Landesherrſchaft gekommen. Immerhin befinden ſich ſeit der Überweiſung aus der Zeit des Rheinbundes ſämtliche Landeslehen wider im Beſitze der Landesherrſchaft, können jedoch heute gegen Ablöſung der Lehnslaſten (im Rahmen des Geſetzes vom 18. 5. 1847 nebſt Zuſatz vom 17. 7. 1868; 10,58 und 15,83, und Abänderung vom 27. 4. 1885; 19,289) in freies Eigentum verwandelt werden. Von den Meierſtättiſchen Beſitzern ſind noch im 15. Jahrhundert etwa $^2/_3$ bis $^4/_5$ der Landesherrſchaft leib- und gutseigen und im Jahre 1808 ausſchließlich der Ämter Blomberg und Lipperode (vergl. Meyer, Kolonatsrecht, Bd. 1 S. 129) von 5709 noch 4174, während von dem Reſte der weitaus größte Teil im Leib- und Gutseigentum der Kirchen, der Stiftungen, des Adels oder auch des ſtädtiſchen Bürgertumes ſteht.*

*) Anm. (Das Leibeigentum iſt jedenfalls ſo allgemein vorherrſchend, daß derjenige, der es gegen ſich nicht gelten laſſen will, ſeine Freiheit zu beweiſen hat [Rechtsvermutung für, nicht gegen das Leibeigentum); obwohl daher z. B. über einen der drei Lückhauſer Höfe im Saalbuche der Vogtei Heiden von 1617 S. 68 eingetragen ſtand: „Engelke T. iſt frey; wo aber dieſelbe Freiheit ſich eigentlich herrühret, weiß er keinen andern Bericht zu geben, denn daß alle vorigen Beſitzer ſeien freye Leute geweſen," wurde um 1780 ſeitens des Gutsherrn doch, wenn auch ohne den gewünſchten Erfolg, Klage auf Anerkennung des Sterbefalls und des Leibeigentums angeſtrengt.)

Während Leib- und Gutseigentum die Regel bildet, ist frühzeitig auch schon der Freikauf gestattet, sodaß bereits im 17. und 18. Jahrhundert weit verbreitet ein freier lippischer Bauernstand sich findet. (vgl. auch Meyer, Kolonatsrecht, Bd. 1 S. 195) Als Zeichen ehemaligen, aber freigekauften Leibeigentums wird seitens der bäuerlichen Besitzer der Freiheitsurkund entrichtet.

§ 10.

Wandlungen in der beliehenen Hand.

Auf Seiten der Leib- und Gutseigenen (der beliehenen Hand) tritt im Laufe der Jahrhunderte eine dreifache Wandlung ein. Einmal wird gleich den Lehen der leib- oder gutseigene Besitz vererblich, zunächst nur in gerader Linie und unter Geschwistern.*

Mit der allmählich sich einbürgernden allgemeinen Vererblichkeit der Besitzungen, mit der Zunahme des Geldes als allgemeinen Wertmessers verwandeln sich mit der Zeit auch die auf dem Leib- und Gutseigentum beruhenden starren Lasten und Leistungen in Geldabgaben oder dürfen wenigstens an Stelle der Naturalleistungen in Gelde entrichtet werden. Schließlich werden mit der Ersetzung der Naturalwirtschaft durch die

*) Anm. (Vgl. Landtagsschluß von 1669 bei Führer S. 51. Über das Wahlrecht des Gutsherrn bei der Besetzung und über das Abmeierungsrecht — Ent- und Besetzungsrecht der Güter — vgl. Meyer, Kolonatsrecht Bd. 1 Seite 186 f, Seite 119 und 293; zum besseren Schutze der Meierstättischen Besitzer waren Abmeierungssachen nicht an dem von den Ständen der Städte und Ritterschaft selbst mitbesetzten Hofgerichte, sondern ausschließlich an der, von dem Landesherrn allein besetzten Justizkanzlei zu verhandeln und zu entscheiden; vgl. Distraktionsordnung vom 14. 7. 1597; 1,305).

Geldwirtschaft sämtliche Lasten und Leistungen — jährlich wiederkehrende regelmäßig mit dem 25 fachen Geldbetrage — auch ablösbar.

Diese ganze, Jahrhundert lange Entwickelung hat ihren Abschluß gefunden einmal in der völligen Aufhebung des Leib- und Gutseigentums gegen Entrichtung jährlicher Abgaben in Geld (z. B. Sterbfallsgeld) im Jahre 1808* und weiter in der Ablösbarkeit aller auf dem Leibeigentums- oder Gutsverbande beruhenden Leistungen der Leib- und Gutseigenen durch die Ablösungsgesetzgebung des vorigen Jahrhunderts.

Damit ist der Grund zur völligen Konsolidierung des Besitzes in der Hand des bis dahin Leib- und Gutseigenen und zum heutigen bäuerlichen, freien Grund-Eigentum gelegt.

Nach mehrhundertjähriger, unentwegter Arbeit und Anstrengung der Vorfahren ist der bäuerliche Besitz heute vielfach völlig frei von den alten leib- und gutsherrlichen Lasten und nur der allgemeinen Landes- und Gemeindebesteuerung unterworfen. Ehemaliges Leib- und Gutseigentum sind heute zu Freiheiten des Bauernstandes geworden. Vielfach zeigt sich bei dem Bauernstande heute aber ein anderer Leib- und Gutsherr in Gestalt der Hypotheken-, Grundschulden- und Rentengläubiger und in der auf diesem neuen Verbande beruhenden Zinspflicht, die auch in unseren Tagen wohl noch zur Abmeierung und Entsetzung im Wege des Konkurses, der Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung führt.

*) Anm. (vgl. V. O. vom 27. 12. 1808; 5,242, eingeführt im Amte Schwalenberg und Lipperode durch V. O. vom 6. 8. 1811; 6,60, in dem früher erbherrlichen Amte Blomberg durch Patent vom 12. 3. 1839; 8,436, nachdem hier bereits durch erbherrliche V. O. vom 10. 2. 1810 die Abgaben für Freibriefe oder Sterbefälle und für Weinkäufe aufgehoben waren).

Nur Bettler wissen ihres
Guts Betrag.

Kapitel III.

Grundbuchung und Grundkredit.

§ 11.

Die Besteuerung.

Die Macht und Größe eines Staates bestimmt sich nach dem heutigen Völkerleben zivilisierter Nationen im wesentlichen nach dem Umfange und Zustande von Heer und Marine, seiner Wehrkraft. Bilden Heer und Flotte mehr den Maßstab für die Außenmacht eines Staates, so beruht dessen Innenmacht in der Hauptsache auf der Verfüglichkeit der zur Bestreitung seiner Ausgaben erforderlichen Geldmittel.

Während das Deutsche Reich zur Deckung seiner Ausgaben im wesentlichen der Zölle und Verbrauchsabgaben, (der Abgaben vom Verbrauche auf Bier, Branntwein, Tabak, Salz und Zucker), also bis auf die Besteuerung von Erbschaften der indirekten Steuern sich bedient, beruht die Vereinnahmung der zu Landeszwecken erforderlichen Geldmittel neben den Gebühren der Behörden und sonstigen geringeren Einnahmen auf der unmittelbaren Besteuerung des einzelnen Bewohners mittels Erhebung einer Steuer vom Grund und Boden, von den Gebäuden, von dem Gewerbe und von dem Einkommen. Die letzten drei Steuerarten sind in Einführung und Ausbau erst Erscheinungen jüngerer

Zeit. Die Besteuerung des Grund und Bodens geht dagegen auf Jahrhunderte zurück. Sie beschränkt sich anfänglich auf den bäuerlichen Besitz (1783). Erst 1843 wird sie auf den ritterschaftlichen, 1854 auf den städtischen und 1868 auf den Landesherrlichen Besitz an Grund und Boden ausgedehnt.*

§ 12.

Die Katastrierung.

Die Besteuerung des Grundbesitzes erfolgt in ältester Zeit nach den sogenannten Steuerrollen und Heberegistern die indes mangels fortlaufender Ergänzung oder zeiweiliger Erneuerung Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit nicht erheben können. Mit der Zeit kommt die Einrichtung von Lager- oder Saalbüchern auf, denen eine Katastrierung der steuerflichtigen Grundflächen des Landes voraufgeht und zu Grunde liegt. Die älteste Katastrierung geht auf Grund noch ungeschriebenen Rechtes bis in die Zeit vor 1617 zurück. Aus diesem Jahre stammt das älteste lippische Saalbuch der Vogtei Heiden, aufbewahrt im Landesarchiv in Detmold. Die erste gesetzlich festgelegte Regelung des Saalbuchwesens erfolgt im Jahre 1720.

Die Katastrierung des Grund und Bodens bedeutet die auf Grund örtlicher Maßnahmen erfolgende amtliche Aufnahme eines Verzeichnisses der Liegenschaften des Landes nach Orts-Gelegenheit, Art, Größe, Güte und Ertrag der Grundstücke sowie nach Namen

*) Anm. (Grundsteuerfrei sind heute nur noch die Grundstücke des Staates, der Kirchen, Pfarren, Schulen und Frommen-Stiftungen sowie die zum öffentlichen Dienste oder Allgemeingebrauche bestimmten Liegenschaften z. B. der Eisenbahnen).

und Steuersatz der Besitzer. Die örtlichen Maßnahmen bestehen in der Vermessung und Abschätzung der Liegenschaften sowie in der Aufzeichnung des Ergebnisses beider. Die Vermessung, also die Feststellung der Liegenschaften nach Grenzen und Größe erfolgt durch beeidigte Landmesser. Die Abschätzung, also die Feststellung der Liegenschaften nach Art, Güte und Ertrag erfolgt ursprünglich durch 3 beeidigte landwirtschaftliche Sachverständige (Achtsleute), von denen den einen das Land, den zweiten das Amt und den dritten die Bauerschaft stellt. Vermessung und Abschätzung erfolgen zwecks Auskunfterteilung und zwecks Wahrnehmung ihrer Interessen unter Zuziehung der beteiligten Besitzer. Das Ergebnis der Vermessung und Abschätzung wird in sogenannte Ästimationsbücher eingetragen. Sie bilden dann die Unterlagen zur Aufstellung der Landeskataster.

§ 13.

Die Saalbücher.

Die auf Grund der Kataster bezirksweise angelegten Lager- oder Saalbücher bilden die Vorläufer des heutigen Grundbuches. Mit ihren amtlich ermittelten Feststellungen dienen sie zwar zunächst und in der Hauptsache dem öffentlichen, staatlichen Zwecke der Besteuerung des Grund und Bodens. Daneben sollen aber die Eintragungen in den Saalbüchern auch die Privatrechtsverhältnisse des einzelnen Besitzers zwecks Vermeidung von Irrungen und Rechtsstreitigkeiten einwandfrei feststellen. Zunächst wird daher der etwa einer Gemeinde selbst gehörige Besitz an Liegenschaften (z. B. ungeteilten Gemeinheiten) und Gerechtsamen (z. B. Mitbesitz- und Mithuderechten) verzeichnet. Es ist dann unter fortlaufenden Nummern nach

abſteigenden Erträgen der Beſitz jedes einzelnen Gemeindeeingeſeſſenen an Liegenſchaften, Freiheiten und Gerechtigkeiten in ſeinen Einzelheiten im Saalbuche aufgeführt, namentlich was jemand an Haus, Hof, Kotten, Mühlen, Gärten, Ländereien, Kämpen, Wieſen, Schäfereien, Pottereien (Pottereirecht), Holz und Maſtung ſowie an Jagd, Fiſcherei, Teichen, Begräbniſſen, Kirchenſtühlen und ſonſtwie an Liegenſchaften beſitzt.

Neben dieſer Aufzählung der einzelnen Gegenſtände des Beſitzes (des Aktivvermögens im Gegenſatz zum Paſſivvermögen, den Schulden) wird auch die Eigenſchaft des Gutes und das Verhältnis des Beſitzers zum Gute angegeben. Namentlich wird vermerkt, in welchem perſönlichen Verhältniſſe der Beſitzer ſich befindet, ob er leibfrei oder leibeigen, gutshörig iſt oder nicht oder ob dieſe Eigenſchaften bereits abgelöſt ſind und dafür nur noch als Anerkennung ehemaliger Leibeigenſchaft oder Gutshörigkeit beſondere Gebühren entrichtet werden wie z. B. der Freiheitsurkund. Hierneben zählt das Saalbuch zur Veranſchaulichung der Leiſtungsfähigkeit eines Hofes auch das auf, was der einzelne Hof zu Gunſten der Landesherren, der Gutsherren, der Leibherren oder ſonſtiger Dritter an Laſten trägt als Pachtgelder, Zinsgelder, Zehnten, Mahlvieh (Kühe, Schweine, Schafe) Hudegeld, Weinkauf, Sterbfall und an ſonſtigen Leiſtungen zu Gunſten Dritter.

§ 14.

Die Kataſterverwaltung.

Die Handhabung dieſer Grundſätze von 1720 unterſtand der Aufſicht und Anleitung beſonders ernannter landesherrlicher Kommiſſare, eine Einrichtung, die 1768 unter Graf Simon Auguſt durch die Bil-

dung der von da ab ständigen Katasterkommission beseitigt wurde. An Stelle der Landeskatasterkommission trat 1883 als selbständige Behörde die Katasterinspektion.

Zur Erleichterung der Verwaltung und übersichtlicheren Gestaltung des Katasterwesens wurde 1766 die allgemeine Nummerierung der steuerpflichtigen Besitzungen auf dem platten Lande eingeführt, für den bäuerlichen Besitz in der Weise, daß die Höfe jeder einzelnen Bauerschaft nach Größe, Ertrag und hergebrachter Bezeichnung als Amtsmeier, Freimeier, Vollmeier, Halbmeier, Groß-, Mittel-, Klein- und Straßenkötter fortlaufende Wohnhausnummern und damit gleichzeitig, da für jeden Hof nur ein Hauptwohnhaus in Betracht kam, auch die Höfe Nummern erhielten, soweit dies nicht schon auf Grund früherer Katastrationen der Fall war. Die Nummern waren an den Wohnhäusern sichtbar anzubringen und in den Saalbüchern nachzutragen.

§ 15.

Die Durchführung der Katastration.

Trotz der ausführlichen Verordnung von 1720 war die Katastration des Landes, wenn auch wohl in Angriff genommen, so doch nicht zu Ende geführt. Auf Grund der Landtagsbeschlüsse von 1748 und 1750 wurde daher die Katastration der steuerpflichtigen Liegenschaften des Landes 1752 von neuem begonnen. Nach einer unfreiwilligen Pause infolge des siebenjährigen Krieges (1756—1763) wurde die Katastration schließlich völlig durchgeführt, bis mit der Einführung einer allgemeinen bäuerlichen Grundsteuer (Kontribution) 1783 eine völlig neue Katastration begonnen und nach dem Grundsatze, daß der wahre Ertrag der Güter der richtige Maßstab einer gerechten

Steuerverteilung sei, zu Ende gebracht wurde. Erst etwa 100 Jahre später erfolgte dann die noch heute gültige Grundsteuerveranlagung von 1877.

§ 16.

Das Hypothekenbuchwesen.

Die Grundsteuerveranlagung von 1877 dient unter Ausschaltung der Privatrechtsverhältnisse lediglich nur noch den allgemeinen Besteuerungszwecken des Landes und der Gemeinden.

Die privaten Rechtsverhältnisse der Besitzer in Bezug auf die Belastung ihrer Güter wurden zum Schutze von Treu und Glauben sowie zur Sicherung und Hebung von Handel und Wandel mittels besserer Ausgestaltung des Kreditwesens in einem besonderen Verfahren geregelt. Diese Neuregelung bezog sich in der Hauptsache auf die Hingabe privater Darlehen gegen Verpfändung von Grundstücken, also auf die Sicherstellung des Gläubigers mit unbeweglichen Gütern, ein Zweck, dem die alten Kataster und Saalbücher wegen ihres mehr staatlichen Charakters zu dienen nicht hinreichend geeignet erschienen. Jedenfalls war eine Eintragung von Hypotheken in die Saalbücher nicht üblich geworden.

Statt dessen pflegte man die Hypotheken vor Notar und Zeugen, auch wohl vor 3 oder mehr Zeugen zu bestellen und dabei entweder den ganzen Grundbesitz als Generalhypothek oder auch ein einzelnes Grundstück oder einen besonderen Grundstücksteil als Spezialhypothek, regelmäßig aber beides neben einander zum Pfande zu setzen. Zu größerer Sicherheit ließ man solche Pfandverschreibungen auch wohl an den Ämtern oder den beiden Obergerichten bestätigen. Mangels Offenkundigkeit solcher Rechtsakte und mangels dauernder Festlegung ihres Inhaltes an einer Stelle, die

jedem Intereſſierten zwecks Kenntnisnahme zugänglich geweſen wäre, war der Verſchleierung und ſonſtigen Unlauterkeit Tür und Tor geöffnet.

§ 17.
Fortſetzung.

Wer daher ganz ſicher gehen wollte, ließ bis zum Jahre 1771, da alle Hypothekbeſtellungen (Pfandverſchreibungen) mit Rückſicht auf die Art der Güter der landes- oder gutsherrlichen Zuſtimmung (Konfirmation) bedurften, in die nur bei den Landes-Obergerichten (Regierungs- ſpäter Juſtizkanzlei und Hofgericht) geführten Konfirmationsbücher eintragen, um allein auf dieſem Wege dingliche Wirkung und deren gerichtliche Anerkennung für eine Forderung zu erzielen. Erſt mit dem Jahre 1771 wird das jetzt mit der Grundbuchordnung vereinigte Hypothekenweſen in der Weiſe geregelt, daß für jede Stadt und für das platte Land bei jedem Amte beſondere Hypothekenbücher eingeführt werden. Für die ſchriftſäſſigen, d. h. nur den Obergerichten unterſtehenden Güter, führen die Juſtizkanzlei und das Hofgericht die Hypothekenbücher, die 1868 zu einem Hypothekenbuche vereinigt werden.

Die Hypothekenbücher dienen ausſchließlich dem Privatverkehre und der Regelung des Grundkreditweſens. Deshalb werden nicht allein Hypotheken in ihren verſchiedenen Arten (General-, Spezial- und geſetzliche Hypotheken) eingetragen, ſondern auch alle Arten ſonſtiger dinglicher Belaſtung wie Vorbehalte zu Gunſten des Verkäufers, Feſtſetzung von Leibzuchten, Renten, Einkünften und von ſonſtigen, vertraglich übernommenen Leiſtungen an Dritte, endlich auch Erbfolge, Erbgelder der abgeſteuerten und Schichtteile der erſtehelichen Kinder. Nicht eingetragen werden dagegen die Steuern, die guts- und leibherrlichen Gefälle, die Nachbarlaſten, die Schulen- und Kirchenge-

bührniſſe, da dieſe Laſten und Rechte aus dem ſtaatlichen Kataſter erſichtlich ſind.*

§ 18.

Pfandverſchreibung bei unvererblichen Höfen.

Bei der Durchführung der Pfandverſchreibung (Hypothekbeſtellung) werden die einzelnen Arten der Höfe unterſchiedlich behandelt. Bei unvererblichen Höfen gutsherrlicher (meierſtättiſcher) und eigenbehöriger, alſo Guts- und zugleich leibeigener Art, kann eine Pfandverſchreibung nur mit Bewilligung des Landes- und Gutsherrn, die im Falle gerechter Not nicht verweigert wird, erfolgen. Eine Teilung ſolcher Höfe kann auch zum Zwecke der Befriedigung des Pfandgläubigers nicht eintreten. Im Falle der Unbeitreiblichkeit eingetragener Schulden wird der Hof bis zur Tilgung der Schuld dem Gläubiger voll oder zum Teil, unbeſchadet der landes-, guts- und leibherrlichen Rechte und Gefälle ſowie unbeſchadet der allgemeinen Landeslaſten, zur Fruchtziehung und Nutzung bis zur Tilgung von Kapital und Zinſen überlaſſen (antichretiſch untergeben). Nötigenfalls findet auch eine Abmeierung des Schuldners, alſo eine völlige dauernde Entſetzung desſelben und ſeiner Familie ſtatt.

§ 19.

Pfandverſchreibung bei vererblichen Höfen.

Bei den vererblichen meierſtättiſchen Gütern (erbmeierſtättiſchen, Erbzins- und Erbpachtgütern), die alſo nicht nur etwaigen Nachbarlaſten und den allgemeinen

*) Anm. (Aus dieſer Art der aufgezählten Einzelfälle erhellt unzweideutig die bereits derzeitige ſcharfe Scheidung zwiſchen privaten Sonderlaſten und öffentlichrechtlichen, allgemeinen Laſten).

Staatslaſten, ſondern völlig den allgemeinen bäuerlichen Laſten der Guts- und Leibherrlichkeit an Zehnten, Dienſten, Weinkauf, Sterbfall und dergl. Laſten unterworfen ſind, ſowie bei frei veräußerlichen und vererblichen (erbeigenen) Gütern, die alſo außer etwaigen Nachbarlaſten und außer den Staatslaſten nur leichteren Privatlaſten unterworfen ſind, findet auch eine freie Verpfändung ſtatt, zu der nur die Bewilligung des Amtes erforderlich iſt. Die Pfandverſchreibung erfolgt hier regelmäßig nur gegen Verpfändung einzelner, für den Hof und deſſen Bewirtſchaftung wohl entbehrlicher Grundſtücke. Jedoch dürfen Grundſtücke nur in ſolchem Umfange verpfändet und einer etwaigen ſpäteren Abtrennung ausgeſetzt werden, daß die Pferdehaltung des Beſitzers zur Leiſtung der Spanndienſte nicht beeinträchtigt wird. Im Falle der Unbeitreiblichkeit der Schuld wird hier dann das einzel verpfändetete Grundſtück dem Gläubiger zur Fruchtziehung und Nutzung herausgegeben (antichretiſch verpfändet) bis zur etwaigen Tilgung der Schuld, nötigenfalls aber ſchließlich auch hier das verpfändete Grundſtück für immer völlig vom Hofe getrennt und eigentümlich übertragen.

§ 20.

Die Laſtenverteilung.

Eine derartige Abtrennung und Übertragung des verpfändeten Grundſtückes iſt erſt dann ſtatthaft, wenn vorher eine anteilige Verteilung der Staats- und ſonſtigen Laſten des Hofes zwiſchen dem abzutrennenden Teile und dem verbleibenden (Laſtenverteilung, Laſtenrepartion) vorgenommen iſt. Für unteilbare Laſten als Weinkauf, Dienſte iſt ein jährliches Hülfsgeld zur Mitbeſtreitung dieſer Laſten von den abgetrennten Grundſtücken an den Hof zu entrichten. Bei Unbei-

treiblichkeit größerer Lasten werden die Höfe auch wohl ausgetan (eloriert) d. h. ein größerer Teil der Grundstücke wird im Einzelnen auf Zeit verpachtet. Dem Hofbesitzer verbleibt zu eigenem Unterhalte nur Wohnung und ein geringerer Teil der Grundstücke, während von den übrigen Grundstücken die Pacht zur Tilgung der Schulden verwendet wird. Diese Art der Untergebung stellt also eine teilweise, heutige Zwangsverwaltung dar.

§ 21.

Die heutige Grundbuchung.

Eine ausführliche Neuordnung der Buchung des lippischischen Grundbesitzes erfolgt durch die Grundbuchgesetzgebung von 1882, die im wesentlichen bereits diejenigen Grundsätze zur Anwendung bringt, welche die Grundlage der Reichsgrundbuchgesetzgebung von 1897 bilden.

Nach dem jetzt geltenden Reichsgrundbuchrechte von 1897 bilden nach Aufhebung jeglichen Sondergerichtsstandes die Amtsgerichte die zuständigen Grundbuchämter für sämtliche Grundstücke des Gerichtsbezirkes. In Zweifelsfällen bestimmt das Landgericht das Grundbuchamt. Für ein Grundstück, das einem in einem anderen Bezirke gelegenen Grundstücke als Bestandteil zugeschrieben werden soll, ist das Grundbuchamt des Hauptgrundstückes zuständig.

Jeder Hof, auch die Erbpacht und nötigenfalls selbst das Erbbaurecht erhält ein besonderes Grundbuchblatt. Die Verpfändung eines einzelnen Hofgrundstückes (Spezial- oder Sonderverpfändung) ist heute außer bei einer Dienstbarkeit oder Reallast nur noch zulässig, wenn dies einzelne Grundstück von dem Hofgrundbuchblatt auf ein besonderes Grundbuchblatt umgeschrieben wird. Das Grundbuchblatt bildet für den einzelnen Besitz das Grundbuch.

Das Grundbuchblatt besteht aus dem Titelblatte und drei Ableitungen; das Titelblatt bezeichnet den Besitz, die Nummer der Grundsteuermutterrolle sowie den jeweiligen Bestand des Besitztums an Größe (Flächeninhalt) sowie an Ertrag der Grundstücke (Grundsteuerreinertrag) und an Nutzwert der Gebäude (Mietwert) durch Nachtragung (Zuschreibung und Abschreibung) der etwaigen Ab- und Zugänge. Die erste Abteilung bezeichnet den Eigentümer, Zeit und Grund des Erwerbes sowie auf Antrag auch den Wert des Besitztumes. In die zweite Abteilung werden die Belastungen dauernder Art (wie Leibzucht, Grunddienstbarkeit, Wohnrecht, Nießbrauch, Erbbaurecht, Vorkaufs-, Wiederkaufsrecht) und Verfügungsbeschränkungen (wie Unveräußerlichkeit, Unteilbarkeit, Zwangsverwaltung, Zwangsversteigerung), in die dritte Abteilung die Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden in ihrem jeweiligen Bestande eingetragen.

§ 22.

Fortsetzung.

Eine Änderung der Eintragungen im Grundbuche kann grundsätzlich nur vorgenommen werden, soweit die Beteiligten mittels Angehung des Gerichtes eine Änderung bewilligen und beantragen. Bei Gemeinheitsteilungen und Verkoppelungen sind die neuen Grundstücke dem Hofe als Bestandteile zuzuschreiben. Die Grundbuchänderung erfolgt hier wie auch bei Enteignungen und Ablösungen ausschließlich auf Antrag der das Verfahren leitenden Stelle.

Bei der Rangordnung der in der zweiten und dritten Abteilung des Grundbuches eingetragenen Rechte entscheidet, soweit das Grundbuch etwas anderes nicht ergibt, lediglich der Zeitpunkt der Eintragung. Jedes zuerst eingetragene Recht beider Abteilungen geht dem

ſpäter eingetragenen vor. Gleichzeitige Eintragung mehrerer Rechte ſtellt dieſe einander gleich und gewährt bei einem etwaigen Ausfalle anteilige Befriedigung. Dem Grundbuche iſt öffentlicher Glaube beigelegt, ſodaß jeder den Inhalt des Grundbuches für und gegen ſich gelten laſſen muß. Zu ſeiner Vergewiſſerung über die Rechtsverhältniſſe eines Beſitztums, insbeſondere bezüglich der Belaſtungen, kann jeder das Grundbuch einſehen, der ein berechtigtes Intereſſe dartut. Ob ein berechtigtes Intereſſe anzuerkennen iſt, liegt in Zweifelfällen im Ermeſſen des Grundbuchrichters.

Was man ſchwarz auf weiß beſitzt,
Kann man getroſt nach Hauſe tragen.

In einer guten Eh' iſt wohl das Haupt der Mann,
Jedoch das Herz das Weib, das er nicht miſſen kann.

Kapitel IV.

Güterſtand und Erbrecht.

§ 23.

Freigut und Hofgut.

Wie bei den bäuerlichen Laſten zwiſchen Leib- und Gutseigentum, ſo ſind auch bei dem bäuerlichen Vermögen nicht nur der geſchichtlichen Entwickelung nach, ſondern auch heute noch zwei Maſſen ſcharf zu ſcheiden. Das Kolonats- oder Hofvermögen (Hofgut) und das freie oder Allodialvermögen (Allod oder Freigut).

Die Grundlage des Hofvermögens — ohne Rückſicht auf die jeweiligen Beſitzer und deren etwaiges anderweites Privatvermögen — bildet der Hof mit ſeinen Beſtandteilen an unbeweglichen und mit ſeinem Zubehör an beweglichen Vermögensſtücken. Als Beſtandteile des Hofes an unbeweglichen Vermögensſtücken kommen in Betracht die Wohn- und Wirtſchaftsgebäude ſowie der Grund und Boden an Hofraum, Gärten, Äckern und Wäldern, an Wieſen, Weiden und ſonſtigen Liegenſchaften. Zu den Beſtandteilen des Hofes gehören auch etwaige Erbbegräbniſſe und Kirchenſtühle ſowie Rechte (Wege-, Jagd- und Fiſchereirechte). Das Zubehör eines Hofes an beweglichen Vermögensgegenſtänden, das alte lippiſche Hofgewehr bilden die Wirtſchaftsbeſtände, an Vieh, Dünger, ſowie an Vorräten jederlei Art für Menſchen und Tiere, für Familie und Geſinde, an

Maſchinen und Geräten, das ſogenannte lebende und tote Inventar in Haus, Hof und Feld, ſoweit es zur Fortführung einer ordentlichen Wirtſchaft erforderlich iſt. Bei dem Hofgute handelt es ſich noch heute in der Hauptſache um Gegenſtände, die ehedem das Gutseigentum ausmachten und deſſen Laſten und Beſchränkungen unterlagen.

§ 24.

Fortſetzung.

Die Grundlage des freien bäuerlichen Vermögens ohne Rückſicht auf das Hofgut bildet das erſt mit oder in der Ehe oder im Hausſtande erworbene und zuſammengebrachte Vermögen, die Errungenſchaft, die ſowohl in beweglichem wie unbeweglichem Vermögen beſtehen kann. Zur Errungenſchaft gehören namentlich die Ausſteuergegenſtände, das etwa in die Ehe mitgebrachte oder erſt nachträglich erworbene Baarvermögen oder ſonſtige Gegenſtände oder Auffünfte des Hofes, die zur Fortführung der Wirtſchaft oder eines geordneten Hoffamilienlebens allenfalls entbehrlich ſind. Bei dem jetzigen Freigute handelt es ſich demnach in der Hauptſache um Gegenſtände, die mit den Erträgen des Hofvermögens oder durch Arbeit, Kauf, Erbſchaft, oder ſonſtwie zu Lebzeiten der Meierleute erworben ſind und ehedem dem Leibeigentume und deſſen Laſten und Beſchränkungen unterlagen.

Heute beſteht der Hauptunterſchied zwiſchen Hofgut und Freigut darin, daß das Hofgut, als wirtſchaftliche Einheit vererbt, zu Gunſten gewiſſer Zwecke noch heute namentlich in Bezug auf Veräußerung und Vererbung gebunden bleibt, während das Freigut der Familie frei veräußerlich und lediglich nach den Vorſchriften des BgB. vererblich iſt.

§ 25.
Die Güterordnung von 1786.

Wie allgemein in den Städten des Landes, so herrschte auch auf dem platten Lande unter der bäuerlichen Bevölkerung bereits seit alten Zeiten die allgemeine Gütergemeinschaft, der alle veräußerlichen und vererblichen Gegenstände unterworfen waren. Die allgemeine Gütergemeinschaft wurde 1752 landesgesetzlich ausdrücklich anerkannt. Eine Aufzeichnung und Einführung dieses Güterstandes in Gesetzesform fand erst 1786 statt. Für die bäuerlichen Verhältnisse wurde diese gesetzliche Gütergemeinschaft 1847 mittels eines besonderen Gesetzes dahin ausgelegt (authentisch interpretiert), daß überall da das Recht der allgemeinen Gütergemeinschaft anzuwenden sei, wo nicht das Eigentum der Gutsherren an den Höfen oder Sondervorschriften des Höferechtes entgegenständen.*

Bei der Einführung der Güterordnung von 1786 war der bäuerliche Grundbesitz durchweg noch Eigentum des Gutsherrn. Die Rechte der einzelnen bäuerlichen Familienmitglieder, das Anerben-, Brautschatz- und Leibzuchtsrecht war bereits nach besonderen Grundsätzen fest geregelt. Bei dem geringen derzeitigen bäuerlichen Wohlstande gab es daher nach Abzug der Schulden und Lasten des Guts- und Leibeigentums bäuerliches Errungenschaftsvermögen in erheblichen Umfange regelmäßig nicht. Damit hatte die Gütergemeinschaft für den Bauernstand der Zeit nur geringe Bedeutung.

§ 26.
Fortsetzung.

Das Verhältnis der Güterordnung von 1786 zum bäuerlichen Güterrechte änderte sich aber mit der in

*) Anm. (vgl. V.-O. vom 17/1. 1752; 27/3. 1768 und 18/5. 1847; 2,43; 3,162 und 10,49).

der Folge allmählich eintretenden Befreiung des Bauernstandes von den Leib- und Gutseigentumsfasten, sodaß mit der Zeit auch der ganze, inzwischen zum Eigentum erworbene bäuerliche Besitz unter die Gütergemeinschaft fiel. Nachdem dies durch die gesetzliche Auslegung (authentische Interpretation) von 1847 ausdrücklich festgelegt und inzwischen der bäuerliche Grundbesitz allgemein als Eigentum an den Höfen auch da anerkannt war, wo eine Ablösung der Lasten noch nicht stattgefunden hatte, findet die allgemeine Gütergemeinschaft auf alles bewegliche und unbewegliche bäuerliche Vermögen Anwendung, soweit nicht höferechtliche Sonderbestimmungen entgegenstehen.

Zu den Bestimmungen, die auf Grund der Güterordnung von 1786 auch für den bäuerlichen Güterstand gelten, gehört die Ermöglichung der Fortsetzung der Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern, die Regelung der beiderseitigen Rechte und Pflichten in dieser fortgesetzten Gemeinschaft sowie das alleinige Erbrecht des überlebenden Ehegatten bei kinderloser Ehe.

§ 27.

Das neuere Recht.

Eine erhebliche Änderung des Höferechtes trat mit der reichsgesetzlichen Regelung des Großjährigkeitsalters ein. War bis dahin die Großjährigkeit nach gemeinem Rechte mit 25 Jahren auch in Lippe eingetreten, so begann sie seit 1875 bereits mit vollendetem 21. Lebensjahre. Damit wurde, während dem Vater auch im Falle seiner Wiederverheiratung die elterliche Gewalt über die minderjährigen Kinder sowie Besitz, Verwaltung, Nutzung und Verfügung am Hofe ungeschmälert verblieb, der überlebenden Mutter im Falle ihrer Wiederverheiratung sowie überhaupt den Stiefeltern gegenüber

der Anerbe schon mit 21 Jahren zur Übernahme des Hofes berechtigt, soweit den Stiefeltern nicht etwa Meierjahre verschrieben waren.

Mit der Einführung des BgB. gelten die bisherigen Bestimmungen der Güterordnung von 1786 für die spätestens am 31. Dezember 1899 abgeschlossenen Ehen unverändert fort, insbesondere auch im Verhältnis des überlebenden Ehegatten zu den Kindern (Art. 200 E. BgB). Im Falle einer Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten nach dem 31. Dezember 1899 gelten für die Auseinandersetzung jedoch die Bestimmungen des BgB. Für die nach dem 31. Dezember 1899 geschlossenen Ehen gilt ebenfalls allein das Güterrecht des BgB. auch für den bäuerlichen Güterstand.

§ 28.

Fortsetzung.

Das BgB. läßt die höferechtlichen Sondervorschriften grundsätzlich unberührt.* Nur bestimmt es, daß der Hoferblasser in der Verfügungsfreiheit auf den Todesfall landesgesetzlich nicht beschränkt werden kann und daß landesgesetzliche leibzuchtsrechtliche Vorschriften nicht zwingender Natur sein dürfen (Art. 64 und 96 E. BgB.). Damit sind die landesgesetzlichen Sondervorschriften insoweit außer Kraft getreten, als bis zum 1. Jan. 1900 nur der älteste Sohn und in Ermangelung von Söhnen nur die älteste Tochter Anerbe werden kann sowie daß die Brautschätze zu Gunsten des Anerben an eine Höchstgrenze, zu Gunsten der Brautschatzberechtigten an eine Mindestgrenze gebunden sind.

Besondere Schwierigkeiten entstehen indes infolge der Aufhebung der Güterordnung von 1786 durch das BgB. mit der Einführung eines besonderen gesetzlichen

* Anm. (vgl. das Verhältnis das BgB. zum Lippischen Höferechte, Lipp. Tageszeitung vom 8/4 1907).

Güterſtandes der Eheleute und mit der Einführung eines beſonderen Erbrechtes des überlebenden Ehegatten.

§ 29.

Das Güterrecht des BgB.

Für das eheliche Güterrecht hält das BgB. fünf Güterſtände zur Auswahl bereit. An Stelle der bisherigen lippiſchen Gütergemeinſchaft, nach welcher die Vermögensmaſſen beider Ehegatten und der Erwerb während der Ehe ſowie während der Fortſetzung der Gütergemeinſchaft des überlebenden Ehegatten mit den Kindern ein gemeinſames, unteilbares Geſamtgut bilden, tritt die Verwaltungsgemeinſchaft. Dieſe Verwaltungsgemeinſchaft, kraft deren die Vermögensmaſſen beider Ehegatten dem Eigentume, alſo der Verfügungsberechtigung und Vererbung nach, völlig getrennt bleiben und dem Ehemanne über das Frauengut nur die Verwaltung und Nutznießung zuſteht, gilt kraft Geſetzes.

Wollen die Ehegatten dieſen Güterſtand nicht, ſo müſſen ſie mittels Ehevertrages einen andern Güterſtand oder andere güterrechtliche Verhältniſſe beſonders vereinbaren und vor Gericht verlautbaren laſſen. Bezug genommen oder verwieſen werden darf dabei nur auf einen der vier andern, vom BgB. bereit gehaltenen Güterſtände der allgemeinen Gütergemeinſchaft, der Errungenſchaftsgemeinſchaft und der Fahrnisgemeinſchaft ſowie der Gütertrennung des BgB. Da es eine lippiſche Gütergemeinſchaft für den Geltungsbereich des BgB. nicht mehr gibt (§ 1433 BgB.), iſt eine Bezugnahme auf die Güterordnung von 1786 nicht ſtatthaft. Eine ſolche Bezugnahme im Ehevertrage würde nicht die lippiſche Gütergemeinſchaft, ſondern den geſetzlichen

Güterstand der Verwaltungsgemeinschaft des BgB. zur Folge haben. Die Wirkungen der Güterordnung von 1786 würden nur dadurch herbeizuführen sein, daß deren einzelne Bestimmungen ausdrücklich in den Ehevertrag aufgenommen würden.

§ 30.

Die Gütergemeinschaft von 1786 und das BgB.

Vielfach glaubt man mit der ehevertraglichen Einführung der allgemeinen Gütergemeinschaft des BgB. die güterrechtlichen Wirkungen der alten lippischen Gütergemeinschaft herbeizuführen. Diese Annahme trügt. Die Gütergemeinschaft des BgB. unterscheidet sich von der alten lippischen Gütergemeinschaft durch die Gestaltung der Rechtsverhältnisse sowohl während der Ehe als auch nach Auflösung der Ehe durch den Tod eines der Ehegatten.

Kraft der dem Manne früher nach der Güterordnung von 1786 zustehenden ehelichen Vormundschaft, die nach dem Rechtssprichworte: „Heirat macht mündig," selbst dem minderjährigen Ehemanne zukam, übt er ausschließlich die Verwaltung und im Falle gerechter Not auch die Verfügung über das gemeinsame Vermögen (Gesamtgut) aus. Gebunden ist der Mann in seinen vermögensrechtlichen Maßnahmen allgemein nur durch die Zwecke des ehelichen Lebens und der Familie. Im Rahmen dieser Zwecke verfügt der Mann völlig selbständig sowohl über bewegliche als unbewegliche Gegenstände des Gesamtgutes. Jederzeit wird für diese Handlungen des Mannes auch die Einwilligung der Frau vermutet.

Von dem gesetzlichen Güterstande der Verwaltungsgemeinschaft des BgB abgesehen, ist die Frau auch nach der allgemeinen Gütergemeinschaft des BgB. durch eine ganze Reihe von Einzelvorschriften weit

freier und ſicherer geſtellt als nach der Güterordnung von 1786. Rechtshandlungen des Mannes verpflichten nach dem BgB. das beiderſeitige Vermögen der Ehegatten nur, ſoweit es gemeinſam, Geſamtgut iſt. Etwaiges Sondervermögen der Frau (Vorbehaltungsgut) wird durch die Rechtshandlungen des Mannes nicht berührt. Nach dem BgB. kann der Mann über das Geſamtgut im Ganzen oder über zum Geſamtgute gehörige Grundſtücke nur mit Zuſtimmung der Frau verfügen. Bei der allgemeinen Gütergemeinſchaft des BgB. kann der Mann daher den Hof weder belaſten noch im Ganzen oder geteilt veräußern, namentlich dann nicht, wenn die Geſamtgutseigenſchaft aus dem Grundbuche erſichtlich, d. h. die Frau als Miteigentümerin des Hofes eingetragen iſt. Derartige Handlungen, einſeitig vom Manne vorgenommen, ſind alſo nach dem BgB. von vornherein nichtig, während ſie nach der Güterordnung von 1786 von der Frau nur aus gegründeten Urſachen angefochten werden können.

§ 31.

Fortſetzung. Rechtsſtellung des Überlebenden.

Mit dem Tode des einen Ehegatten fällt nach der Güterordnung von 1786 bei kinderloſer Ehe das ganze beiderſeitige Vermögen nach dem Grundſatze: „Längſt Leib, längſt Gut," unter völligem Ausſchluß der Verwandten des Verſtorbenen allein dem überlebenden Ehegatten zu. Nach dem BgB. bildet der Anteil des verſtorbenen Ehegatten deſſen Nachlaß. Zwecks Vererbung des Nachlaſſes wird das Geſamtgut geteilt und nötigenfalls verſilbert. Der Überlebende erhält hier zunächſt die eine Hälfte ($^1/_2$) des Geſamtgutes als ſeinen eigenen abgeteilten Anteil. Von der andern Hälfte, dem Nachlaſſe des Verſtorbenen, erhält er nur ſeinen geſetzlichen Erbteil, alſo neben Verwandten der

zweiten Ordnung oder neben Großeltern des Verstorbenen außer dem Voraus an Hochzeitsgeschenken und Haushaltungsgegenständen (§ 1332 BgB). von der zweiten Hälfte des Gesamtgutes nur die Hälfte, demnach im Ganzen nur [$^1/_2$ u. ($^1/_2$. $^1/_2$ =) $^1/_4$ =] $^3/_4$ des Gesamtgutes. Erst wenn Verwandte der ersten und zweiten Ordnung (Kinder oder Eltern des Erblassers oder Abkömmlinge von ihnen) oder Großeltern des Erblassers nicht vorhanden sind, erhält der Überlebende auch nach dem BgB. das ganze Gesamtgut zum Erbe.

Bei kindergesegneter Ehe treten nach der Güterordnung von 1786 mit dem Ableben des einen Ehegatten an dessen Stelle die Kinder in das ungeteilte Miteigentum des Gesamtgutes ein. In das Gesamteigentum fließt hier durchweg aller gemeinsamer oder gesonderter Arbeits- und Glückserwerb des Überlebenden und der Kinder, bei letzteren jedoch an Glückserwerb nur das, was sie über ihren Vater oder ihre Mutter kraft Eintrittsrechtes im Wege natürlichen Erbganges (ab intestato) erben (vgl. § 19 der Güter-O. von 1786). Nach dem BgB. tritt bei Fortsetzung der Gütergemeinschaft der überlebende Ehegatte an die Stelle des Verstorbenen. Sämtlicher Besitz und Erwerb der Kinder gehört nicht zum Gesamtgute der fortgesetzten Gütergemeinschaft, bei dem Überlebenden nur der Besitz und Erwerb am Vermögen im Rahmen der §§ 1485, 1369, 1370 BgB.

§ 32.

Fortsetzung: Rechtsstellung des Wiederheiratenden.

Im Falle der Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft, namentlich bei einer Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten, erhält nach der Güterordnung von 1786 der Überlebende die Hälfte des Reinvermögens zu freier Verfügung. Die andere Hälfte fällt den Kindern zu. Im Falle der Wiederverheiratung können mit Zustimmung sämtlicher

Beteiligter die etwaigen beiderseitigen Kinder der Ehegatten oder die aus der Ehe zu erwartenden Kinder mit den bereits vorhandenen in eine Kindschaft geschrieben werden. Diese Einkindschaft hat die vermögensrechtliche Gleichstellung der Kinder in Bezug auf das Vermögen der neuen Eltern auch für den Todesfall des einen oder andern Elternteiles zur Folge. Nötigenfalls findet bei der Errichtung der Einkindschaft ein Vermögensausgleich der Kinder durch Aussetzung eines Voraus (praecipuum) für die Vorkinder statt.

Das BgB. kennt eine Einkindschaft nicht. Jeder Elternteil wird als Erblasser hier außer von dem überlebenden Ehegatten grundsätzlich nur von seinem eigenen Geblüte beerbt. Ebenso ist die elterliche Gewalt des alten lippischen Rechtes namentlich für den Fall der Wiederverheiratung des Überlebenden auch in Bezug auf die Nutznießung des Kindervermögens wesentlich verschieden von der des BgB., wo bei einer Wiederheirat des leiblichen Vaters (lediglich für das Vermögen) Pflegschaft, bei einer Wiederheirat der leiblichen Mutter Vormundschaft (Sorge für Person und Vermögen) eintritt.

§ 33.

Fortsetzung:
Verfügungsfreiheit des Überlebenden.

Nach der Güterordnung von 1786 kann keiner der Ehegatten zu Lusten oder Lasten des andern Ehegatten und — außer nach vollzogener Schichtung — auch zu Gunsten oder Ungunsten der einzelnen Kinder eine ungleichmäßige Vermögensteilung weder unter Lebenden noch auf den Todesfall vornehmen. Das BgB. setzt auch hier eine ganze Reihe von Rechten des einzelnen Ehegatten sowohl in Bezug auf die gemeinschaftlichen Abkömmlinge als auch in Bezug auf den überlebenden Ehegatten fest. Namentlich kann einseitig

bestimmt werden, daß ein zum Gesamtgute gehöriges Landgut (Hof) einer der Abkömmlinge oder auch der überlebende Ehegatte gegen Ersatz des kapitalisierten Ertragswertes mit dem Ableben des Erblassers zu übernehmen berechtigt sein soll (§ 1515 BgB.). Mangels einer solchen Bestimmung ist der überlebende Ehegatte zur Übernahme des Gesamtgutes oder eines Teiles desselben, also auch etwa des zum Gesamtgute gehörigen Hofes, gegen Ersatz des gewöhnlichen Wertes befugt (§ 1502 BgB.).

§ 34.

Der gesetzliche Güterstand (Verwaltungsgemeinschaft) des BgB.

In Bezug auf Verwaltung, Verfügung und Vererbung des Gesamtgutes bestehen somit zwischen der lippischen Gütergemeinschaft von 1786 und der des BgB. für die Ehegatten, Eltern und Kinder erhebliche Unterschiede. Da die gewohnten und liebgewordenen Rechtswirkungen der Güterordnung von 1786 mit der ehevertraglichen Einführung der Gütergemeinschaft des BgB. nur teilweise erreicht werden, wird es wertvoll sein, Folgendes über die in Betracht kommenden Verhältnisse zu wissen.

Mit der Eingehung der Ehe tritt der Güterstand der Verwaltungsgemeinschaft des BgB. (§§ 1363 bis 1425) ein, wonach das beiderseitige Vermögen dem Eigentume nach völlig getrennt bleibt. In dem Verhältnis des Mannes zu seinem Vermögen tritt also durch den Eheabschluß keinerlei Änderung ein. Was die geschäftsfähige Frau dem Manne in die Ehe zubringt, oder während der Ehe erwirbt (eingebrachtes Gut), tritt mit Ausnahme des Vorbehaltsgutes der Frau mit dem Eheabschlusse unter die Verwaltung und eheliche Nutznießung des Mannes. Durch Rechtshand-

lungen des Mannes wird die Frau nicht verpflichtet. Über den Stamm des eingebrachten Gutes kann der Mann nur in den gesetzlich bestimmten Fällen, die Frau selbst nur mit Einwilligung des Mannes verfügen. Das eingebrachte Gut der Frau haftet den Gläubigern des Mannes nicht, den Gläubigern der Frau nur im allgemeinen. Zu Gunsten der Gläubiger des Mannes wird jedoch bei jedem Güterstande vermutet, daß sämtliche, im Besitz von Mann oder Frau befindliche bewegliche Sachen mit Ausnahme der zum persönlichen Gebrauch der Frau bestimmten, dem Manne gehören (§ 1362 BgB.). Dieser Rechtsvermutung gegenüber sind abweichende Verhältnisse also zu beweisen.

§ 35.

Die Gütertrennung des BgB.

Sagt den Eheleuten diese Art des Güterstandes nicht zu, so können sie ihn ausschließen und jede andere Art des Güterstandes unvorgreiflich bereits wohlerworbener Rechte Dritter vereinbaren. Die Vereinbarung bedarf der gerichtlichen Verlautbarung. Beschränkt sich die gerichtliche Erklärung der Eheleute lediglich auf den Ausschluß der Verwaltungsgemeinschaft, so tritt ohne Weiteres Gütertrennung ein, bei welcher das beiderseitige Vermögen nicht nur dem Eigentume, sondern auch dem Besitze, der Verwaltung und Nutzung sowie der Gläubigerhaftung nach völlig getrennt bleibt. Auch bei der Gütertrennung steht nichts im Wege, das Vermögen bis auf jederzeit freistehenden Widerruf der Verwaltung des Mannes zu überlassen. Im Verhältnis zur Frau stehen dann die Einkünfte grundsätzlich dem Manne zu. Im Falle der Übereignung von Frauengut durch den Mann auf Dritte entscheidet deren Gutgläubigkeit, der gegenüber der Frau der Beweis des Gegenteils obliegt. Gütertrennung tritt im Zweifel

ſtets ein, wenn die Verwaltungsgemeinſchaft oder ein gewillkürter Güterſtand, alſo auch die etwa vereinbarte Gütergemeinſchaft des BgB. aufgehoben wird.

Für das Höferecht bemerkenswert iſt, daß bei der Verwaltungsgemeinſchaft, bei der Gütertrennung und bei jedem Güterſtande, in dem der Hof nicht zum Geſamtgute der Ehegatten gehört, der Hof nur von dem vererbt wird, dem er gehört. Nächſter oder rechter Erbe iſt hier nicht der überlebende Ehegatte, ſondern der Abkömmling, neben denen der Überlebende nur zu einem Viertel als Erbe berufen iſt, während drei Viertel den Abkömmlingen zufallen. Selbſt bei kinderloſer Ehe würde der überlebende Ehegatte neben den etwa noch lebenden Eltern oder deren Abkömmlingen oder neben Großeltern des andern Ehegatten außer dem Voraus an Hochzeitsgeſchenken und Haushaltsgegenſtänden nur die Hälfte des Nachlaſſes erhalten. Eine Erhaltung des Hofes in der Hand des überlebenden Ehegatten würde in dieſen Fällen regelmäßig daher nicht wohl möglich ſein, beſonders dann nicht, wenn der Hof erheblich belaſtet iſt.

§ 35.

Güterrechtsregiſter.

Da die Auswahl der Güterſtände des BgB. oder die ſonſtige Beſtimmung ihrer güterrechtlichen Verhältniſſe im freien Belieben der Eheleute ſteht, die jederzeit geändert werden kann, unter dieſer Freiheit aber Handel und Wandel, namentlich die Kreditverhältniſſe zum Schaden aller nicht leiden dürfen, ſo gelten vereinbarte, von dem geſetzlichen Güterſtande der Verwaltungsgemeinſchaft abweichende güterrechtliche Verhältniſſe nur ſoweit, als ſie aus dem Güterrechtsregiſter des zuſtändigen Amtsgerichts erſichtlich oder ſonſt dem Dritten bekannt ſind. Iſt aus dem Güterrechtsregiſter

ein besonderer Güterstand der Eheleute nicht ersichtlich, gleichwohl aber ein solcher unter den Ehegatten vereinbart, so können die Eheleute aus dieser Vereinbarung gegen Dritte nur dann Rechte herleiten, wenn sie ihrerseits den Beweis führen können, daß der Dritte den Inhalt des Ehevertrages gekannt hat. Die Einsicht in das Güterrechtsregister steht jedem unentgeltlich frei.

§ 37.

Ehe- und Erbvertrag.

Um zum Schutze der Hoferhaltung die Rechtswirkungen der Güterordnung von 1786 herbeizuführen, wird für die allgemeinen Lebensverhältnisse die Einführung der Gütergemeinschaft des BgB. hinreichend sein. Um aber für den Fall des Ablebens des einen oder anderen Ehegatten die gesetzliche Erbfolge des BgB., die den Anschauungen für das Gebiet des lippischen Höferechtes nicht in allen Teilen, namentlich nicht in Bezug auf das Erbrecht des überlebenden Ehegatten entspricht, nicht eintreten zu lassen, wird es für die Erhaltung des Hofes zweckmäßig sein, daß die Ehegatten gleich in dem Ehevertrage sich selbst gegenseitig zu Erben einsetzen, mit dem Ehevertrage also gleichzeitig einen Erbvertrag verbinden (§ 2276 BgB.). Es treten dann folgende Rechtswirkungen ein.

a) Erbfall bei unbeerbter Ehe.

Gegenüber solcher Erbeinsetzung greift lediglich das Pflichtteilsrecht des BgB. Platz, wonach, wenn nicht aus gesetzlichen Gründen der Pflichtteil ganz entzogen ist, den Abkömmlingen, den Eltern und dem Ehegatten nur die Hälfte des ihnen gesetzlich zustehenden Erbteils zukommt. Im Falle der Einführung der allgemeinen Gütergemeinschaft des BgB. und gleichzeitiger Erbeinsetzung mittels desselben Ehevertrages — oder auch mittels eines vom Ehevertrage gesonderten Erbvertrages oder Testamentes — schließt bei kinderloser (unbeerbter)

Ehe der Überlebende die Großeltern und die entfernteren Verwandten des verstorbenen Ehegatten völlig aus. Neben den Eltern oder Elterteilen des verstorbenen Ehegatten erhält der Überlebende als gesetzlicher Erbe außer dem Voraus an Hochzeitsgeschenken und an den, nicht Zubehörteile eines Grundstückes bildenden Haushaltungsgegenständen die Hälfte des Nachlasses, als eingesetzter Erbe weiter die eine Hälfte des gesetzlichen Erbteils der Eltern des Erblasses, weil diesen auf Grund der Einsetzung des Ehegatten nur der Pflichtteil mit der Hälfte ihres gesetzlichen Erbteils, also nur $^1/_4$ des Nachlasses zusteht. Im Falle allgemeiner Gütergemeinschaft erhält danach der überlebende Ehegatte neben Eltern des Erblassers den ganzen Nachlaß des Verstorbenen bis auf ein Viertel. Würde demnach auch ein Hof wie z. B. als Neuerwerb (neo acquisitum) nicht nach besonderen höferechtlichen Grundsätzen vererbt, so wäre der Überlebende gleichwohl in der Lage, gegen Abfindung der Eltern mittels Wertersatzes des einen Hofviertels — Hofwert 60000 Mk.; Abfindung 15000 Mk.; verbleibender Teil 45000 Mk. — den Hof zu halten.

§ 38.

Fortsetzung: b) Erbfall bei beerbter Ehe.

Die gleiche Möglichkeit würde allenfalls bestehen, wenn im Falle der Gütergemeinschaft und gleichzeitiger Erbeinsetzung bei beerbter (kindergesegneter) Ehe der Überlebende neben Abkömmlingen erbte. Außer dem, dem Überlebenden hier zufallenden gesetzlichen einen Viertel würde ihm von jedem Abkömmlinge die Hälfte von dessen gesetzlichem Erbteile zukommen, bei einem Hofe im Reinwerte von 60000 Mk. und bei drei Abkömmlingen also (15000 u. 7500 u. 7500 u. 7500 =) 37500 Mk., während den sämtlichen, beliebig vielen

Abkömmlingen zusammen nur 22500 Mk, also nicht viel mehr als ein Drittel des Hofwertes zuständen. Die Haltung des Hofbesitzes würde um so eher möglich sein, als der Überlebende auf Grund der ehelichen Gütergemeinschaft diese nach dem Tode des andern Ehegatten mit den Abkömmlingen beliebig lange fortsetzen kann (§ 1483 BgB.) und ihm in dieser fortgesetzten Gütergemeinschaft gegenüber den Abkömmlingen die früheren Rechte des Ehemannes während bestehender Ehe zukommen würden. Im Falle der Nichtfortsetzung der Gütergemeinschaft und der darauf folgenden Auseinandersetzung mit den Abkömmlingen, z. B. im Falle der Wiederheirat würde dem überlebenden Ehegatten das Recht der Übernahme des Hofes gegen Ersetzung des Hofwertes zustehen. Diese Übernahme würde erleichtert sein, wenn zur Auseinandersetzung und zum etwa nötigen Ausgleich der Beteiligten außer dem Hofe noch andere Gesamtgutsgegenstände vorhanden wären, was in der Regel der Fall sein wird. Weiter würde auch im Falle der Auseinandersetzung mit den Abkömmlingen dem Überlebenden auf Grund der elterlichen Gewalt, Besitz und Verwaltung Nutznießung an den Anteilen der Kinder bis zu deren Großjährigkeit zustehen.

§ 39.
Weitere Hoferhaltungsmöglichkeit.

Von diesen allgemeinen Rechtsfolgen abgesehen, würde schließlich die Erhaltung des Hofes in der Hand des Überlebenden oder auch des Anerben mittels Errichtung einer letztwilligen Verfügung durch den Hoferblasser dahin gesichert werden können, daß dem Überlebenden oder dem Anerben der Hof zum Ertragswerte zufiele (§§ 1515, 2049 BgB.). Als Ertragswert würde dann nur der fünfundzwanzigfache Betrag des jährlichen Hofreinertrages in Betracht kommen (§ 46 des

Ausf. Ges. z. BgB.; 22,507; Art. 137 E. BgB.) und dieser so festgestellte Hofwert auch den etwaigen Pflichtteilsberechnungen zu Grunde zu legen sein (§ 2312 BgB.).

Erschweren würde sich die Erhaltung des Hofes allerdings bei erheblicher Schuldenlast. Wären bei einem Hofrohwerte oder Hofverkaufswerte von 60000 Mark an Schulden 30000 Mk. vorhanden, so würde der Überlebende (60000 — 30000 =) 30000 : $^1/_4$ = 7500 u. $\frac{(30000 - 7500 =)\ 11250}{2}$ = 18750 Mk. Hofwert erhalten, demnach 30000 u. (30000 — 18750 =) 11250 = 41250 Mk., also mehr als zwei Drittel des Hofwertes zu verzinsen haben. Immerhin würde aber der überlebende Ehegatte bei einer Schuldenlast von rund 41000 Mk. noch eher bestehen können, als etwa der Anerbe, der neben der Schuldenlast zu 41000 Mk. und neben den Leibzuchtsleistungen auch noch die Brautschätze zu stehen haben würde.

Allgemeine Gütergemeinschaft der Eheleute und gegenseitige Erbeinsetzung derselben vorausgesetzt, würde demnach die Erhaltung des Hofes in der Hand des überlebenden Ehegatten regelmäßig auch da möglich sein, wo sich der Hof als Neuerwerb (**neo acquisitum**) auf Grund von Kauf, Tausch, Schenkung, Ererbung von Dritten oder sonstigen Erwerbes nicht nach den besonderen Grundsätzen des Höferechtes, sondern nach denen des BgB. sich vererbt. Dies selbst im Falle einer Wiederverheiratung des Überlebenden, da eine Wiederverheiratung nur die Fortsetzung der allgemeinen Gütergemeinschaft ausschließen, im Übrigen aber die Auseinandersetzung nach gleichen Gesichtspunkten erfolgen würde.

Zweiter Teil.

Einzeldarstellung.

Kapitel I.

Das Hofgut.

§ 40.

Begriff des Hofgutes: Unbewegliches Hofgut.

Das Hofgut bildet eine äußerlich und in sich wirtschaftlich abgerundete und eingerichtete Vermögenseinheit.

Diese Vermögenseinheit besteht aus unbeweglichen und beweglichen Vermögensstücken. Die unbeweglichen Vermögensstücke, die Liegenschaften, bilden die Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie der Grund und Boden an Hofraum, Gärten, Äckern und Wäldern, an Wiesen, Teichen und sonstigen Gründen, an Frucht- und Ödland. Zu den Liegenschaften gehören auch die im Boden befindlichen oder mit dem Boden noch zusammenhängenden Früchte, der ausgestreute Dünger und die Waldbestände. Die unbeweglichen Vermögensstücke des Hofes stellen danach in der Hauptsache dessen Bestandteile im Sinne der §§ 93—96 BgB. dar.

Zu ihnen zu rechnen sind als festabgegrenzte Flächen des Friedhofes und des Innenraumes der Kirche auch etwaige Erbbegräbnisse und Kirchenstühle sowie

mit dem Hofe verbundene Rechte und Pflichten an Mühlen, Flöß- und sonstigen Wasserrechten, an Wegen, Huden, Jagd, Fischerei, Potterei, in Anteilen an Molkereien, Zuckerrüben- und Konservenfabriken. Schließlich gehören hierhin auch die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe (Ziegeleien, Brennereien, Verwertung von Steinen, Kalk, Mergel, Ton, Sand und Torf).

§ 41.

Fortsetzung: Bewegliches Hofgut.

An beweglichen Vermögensstücken gehören zum Hofgute alle Wirtschaftsbestände des Hofes in der Art und in dem Umfange, wie sie die ordnungsmäßige, auf nachhaltige Ergiebigkeit gerichtete Hofbewirtschaftung erfordert.

Zu den Wirtschaftsbeständen sind zu zählen: die Viehbestände, die Vorräte an Futter und Saatgut sowie an Lebensmitteln bis zur nächsten Ernte, der Dünger, die Maschinen und Geräte in Haus, Hof und Feld. Die beweglichen Vermögensstücke des Hofes bilden daher im Wesentlichen diejenigen Sachen, welche als Zubehör im Sinne der §§ 97,98 BgB. anzusehen sind. Entscheidend wird auch hier sein, ob die Vermögensstücke einzeln oder als geordnetes, organisch in einander greifendes Ganze den wirtschaftlichen Zwecken des Hofes oder der Hofgenossen zu dienen bestimmt sind und ob sie in einem dieser Bestimmung entsprechenden räumlichen Verhältnisse zum Hofe stehen, also auch nach ihrer rein örtlichen Aufstellung den Hofzwecken zu dienen geeignet sind. Ebenso wird auch hier eine vorübergehende Entfernung eines Vermögensstückes vom Hofe z. B. zu Ausbesserungs- oder Ausstellungszwecken die Zubehöreigenschaft nicht aufheben, auch eine bloß vorübergehende

Benutzung eines Vermögensstückes für Hofzwecke deren Zubehöreigenschaft nicht begründen.

Besondere Vorschriften gelten für die Gebundenheit der Hofliegenschaften und für die Vererbung des Hofgutes. Eine Vererbung der Höfe nach Höferecht tritt nur ein, soweit sie nicht Neuerwerbungen (neo acquisita) darstellen, sondern bereits einmal nach dem bürgerlichen Rechte sich vererbt haben. Gekaufte oder sonst mittels Aufwendung von Freigut erworbene Höfe oder Hofteile werden daher für das Erbrecht zu Hofgut erst durch einmalige Vererbung nach BgB., mag es sich um ganze Höfe oder um einzelne Bestandteile derselben handeln.

§ 42.

Gebundenheit des Hofgutes.

Für die Hofgebundenheit kommen nach heutigem Rechte alle ländlichen Besitzungen in Betracht, welche in der Hauptsache land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt und geeignet sind. Durchweg wird es sich also um bäuerliche Besitzungen handeln. Nicht in Betracht für die Hofgebundenheit kommt zunächst der landesherrliche, der staatliche oder gemeindliche und ritterschaftliche Besitz, da hier besondere Rechtträger in Frage kommen. Desgleichen gehört hierher nicht der städtische Besitz sowie der ländliche, vornehmlich gewerbliche und der ländliche Kleinbesitz, da diese in der Hauptsache zu anderen Zwecken dienen, zu land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken weder geeignet noch auch bestimmt sind.

Einen Anhalt für die Beurteilung namentlich des Erbrechts wird die Hofesgewohnheit geben, also die Art der Behandlung in früheren Fällen, wie sie meist aus den Grundakten ersichtlich sein wird. Wichtige Fingerzeige werden die früheren Leib- und Guts-eigentumslasten und sonstige Aufzeichnungen bilden, die sich

in den Grundbüchern, den Saalbüchern, alten Eheprotokollen und Katastern finden.

Bei der Gebundenheit der Höfe geht die Gesetzgebung von dem Gesichtspunkte der Erhaltung der Höfe aus. Als obersten Grundsatz stellt sie daher die Unteilbarkeit der Höfe hin. Unter dem Gesichtspunkte der Unteilbarkeit des Hofes vollzieht sich daher die ganze Abwickelung des Höferechtes, das in der Hauptsache das Recht der Hofgenossen auf und an dem Hofe sowie deren Abfindung von dem Hofe in sich begreift und darstellt.

Um diesen Grundsatz der Unteilbarkeit des Hofes gruppieren sich daher alle höferechtlichen Vorschriften. Der Unteilbarkeit des Hofes wegen kann es nur einen rechten Erben des Hofes geben, den Anerben, dem der Hof als ein Sach- und Rechtinbegriff mit dem Erbfalle ohne Weiteres zufällt. Der Unteilbarkeit des Hofes wegen werden die Geschwister des Anerben vom Hofe mit Brautschätzen abgefunden, Eltern und Stiefeltern mit der Leibzucht versorgt.

§ 43.

Die Berechtigung der Hofgebundenheit.

Die Unteilbarkeit des Hofes, die Verfügungsbeschränkungen des jeweiligen Hofbesitzers sowie das Mindererbrecht der nachgeborenen Kinder hat jederzeit scharfe Gegnerschaft gefunden, vom sozialen Gefühlsstandpunkte aus nicht unberechtigt, jedenfalls verständlich, vom Standpunkte einer gesunden Lebensauffassung nicht gerechtfertigt, für eine kraftvolle Wirtschaftsbetätigung und für den Staat unhaltbar. Das Staats- und Völkerleben der zivilisierten Nationen baut sich auf dem Verbande der Familie auf. Seinen letzten Halt, seine Ruhe und Erholung wird der Einzelne stets an und in seiner Familie haben und finden. Aus

dem Schoße der Familie heraus erwächst dem Einzelnen die Kraft und Einsicht für den Kampf des Lebens.

Für die bäuerliche Familie gilt der Hof als Sitz und Halt, als Mittel- und Sammelpunkt der Familienglieder. Dieser erhabene Zweck des Familienbesitzes steht über den einzelnen Gliedern der Familie. Nötigenfalls müssen diese weichen, um anderen Platz zu machen. Der Hof muß bleiben, um ständig neues blühendes Familienleben zu erzeugen und für alle Zukunft zu gewährleisten. Eine Teilung des Hofes würde diesen erhabenen Zweck gefährden und mit der Zeit vereiteln.

Der heutige, durchweg durch Jahrhunderte hindurch von den Vorfahren auf die Nachkommen, vom Vater auf den Sohn vererbte lippische bäuerliche Besitz bildet in Familie und Gesinde, in Haus und Hof, in Viehstand und Geräten, in Gärten, Äckern, Wald und Weiden eine wirtschaftlich abgerundete und eingerichtete Einheit, die schon um ihrer Einheitlichkeit willen eine Teilung nicht verträgt. Welche tiefgreifenden, unwirtschaftlichen Veränderungen würde auch eine Teilung des Hofes unter etwa sieben Geschwister nach sich ziehen. Wer von ihnen sollte die einzelnen in Güte, Ertrag, Wert, Lage und Fruchtfolge verschiedenen Äcker, Wiesen und Waldungen haben. Wie sollte bei dem Erbfalle die Teilung der Hofbestände an Vieh, Futter, Maschinen und Geräten, insbesondere bei Wohn- und Stallgebäuden durchgeführt werden. Und schließlich, wie oft wollte man teilen, und durch wieviel Generationen hindurch würde man teilen können, um mit Vorteil noch Landwirtschaft als Lebensberuf zu betreiben, um die einzelne Familie zahlungs- und leistungsfähig zu erhalten, ihr den Unterhalt, dem Staate und der Gemeinde aber die Steuern zu sichern.

Ruhige Überlegung muß unter Berücksichtigung der realen Lebensverhältnisse und notwendigen Wirtschafts-

bedingungen zu dem Schlusse führen, daß eine Teilung der Höfe unzweckmäßig ist und auf die Dauer undurchführbar sein würde. Läßt sich doch auch eine kaufmännische Firma ohne Veränderung ihres Wesens nicht beliebig teilen. Schließlich hat auch der Staat in Recht und Pflicht das dringendste Interesse an der Erhaltung der Unversehrtheit der Höfe, da sie, soweit unser Land in Betracht kommt, in ihrer Gesamtheit neben dem ebenfalls unteilbaren Domanium den weitaus größten Teil der realen Grundlage des Staates ausmachen, in ihren Wirtschaftsbetrieben dem Lande die sicherste und nachhaltigste Steuerkraft verbürgen, und mit ihrer gesunden Volkskraft die mächtigsten und allzeit zuverlässigsten Stützen des Staatsgebäudes darstellen.

§ 44.

Frühere Hofgebundenheit.

Die ältesten gesetzlichen Vorschriften über die Unteilbarkeit der Höfe gehen auf die Landes-Polizeiverordnung von 1620 zurück. Sie verbieten nicht nur die Versetzung (Verpfändung) und die Belastung des Hofes mit Dienstbarkeiten oder Schulden, sondern auch die Veräußerung des Hofes im Ganzen, den Verkauf bei Strafe der Nichtigkeit der Verträge, bei Verlust des Meierrechtes und des geliehenen oder als Kaufpreis gezahlten Geldes. Es sollen alle bäuerlichen „dienstbare Güter unverrüttet in vollkommenem Stande gelassen und in keinerlei Weise geändert werden". Was von den Höfen an Liegenschaften angekauft ist, soll nicht wieder davon getrennt noch von den bereits ausgesteuerten (abgefundenen) Kindern geerbt werden. Alle diesen Bestimmungen zuwiderlaufenden Maßnahmen der bäuerlichen Besitzer bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit der Bewilligung des Landes- und Gutsherrn.

Von gleichen Gesichtspunkten und von gleichen vornehmlich durch das Interesse der Landes- und Gutsherrschaft gebotenen Grundsätzen gehen die Verordnung wegen der Eheverschreibung der Bauersleute von 1702 sowie die Hypothekenordnung und die Distraktions- (Dismembrations- oder Hofzerstückelungs-) Ordnung von 1771 aus.

Erst nach der Befreiung des bäuerlichen Besitzes von den Lasten und Beschränkungen des Guts- und Leibeigentums und nach der Einführung der Ablösbarkeit der sämtlichen bäuerlichen Lasten wird auch das Eigentum des Bauern an dem Hofe anerkannt, indem seit 1864 auch die landesherrliche Genehmigung zur Veräußerung eines Hofes im Ganzen nicht mehr, sondern nur noch zur Abveräußerung einzelner Teile des Hofes erfordert wird. Eine Einschränkung der Gebundenheit der Hofgrundstücke für den Rechtsverkehr bezweckte das Nachtragsgesetz von 1902, indem es solche ländlichen Besitzungen, die eine bestimmte Mindestgröße oder einen bestimmten Mindestreinertrag nicht aufweisen, also für die Eheleute und Familie als eine selbständige Nahrungsstelle nicht gelten können, für den Rechtsverkehr überhaupt freiläßt (walzende Güter).

§ 45.

Jetzige Hofgebundenheit.

Nach heutigem Rechte ist der im Grundbuche eingetragene Besitzer völlig freier Eigentümer des Hofes. Soweit daher Miteigentum am Hofe besteht z. B. für den andern Ehegatten infolge Einführung der allgemeinen Gütergemeinschaft oder für sonstige Personen aus beliebigen Rechtsgründen ist die Miteintragung des Berechtigten zwecks Vermeidung von Weiterungen ratsam und gegenüber jedem Dritten erforderlich.

Als Eigentümer des Hofes steht dem jeweiligen, aus dem Grundbuch sich ergebenden Besitzer das freie Verfügungsrecht über den Hof, dessen Bestandteile und dessen Zubehörstücke zu, ohne Unterschied ob es sich dabei um bewegliches oder unbewegliche Gut handelt. Insbesondere ist die Veräußerung ganzer Höfe ohne Weiteres zulässig: freie Verfügung für Eintragungen in der ersten Abteilung des Grundbuches. Auch in Bezug auf die Belastungen und Beschränkungen des Hofes ist der Eigentümer frei. Der Eigentümer kann beliebig viel und beliebig hohe Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden sowie jederlei andere Lasten dauernder oder vorübergehender Art bestellen und eintragen lassen: freie Verfügung für Eintragungen in der zweiten und dritten Abteilung des Grundbuches. Einmal erfolgte Eintragungen im Grundbuche können nur mit Zustimmung des Berechtigten oder mit dem Nachweise, daß die Berechtigung beendet ist, geändert oder gelöscht werden. In allen diesen Fällen bedarf es also nur der Einigung der Beteiligten, der gerichtlichen Beurkungung dieser Einigung und der Anträge auf Änderung des Grundbuchinhaltes sowie der Vermerkung der Rechtsänderung im Grundbuche. Im Grundbuche vermerkt oder eingetragen wird die Rechtsänderung ausschließlich durch das Gericht unter Benachrichtigung der Beteiligten über die erfolgte Eintragung der Rechtsänderung.

Ist sonach mittels der Belastung wohl eine Teilung des Hofes seinem Werte nach möglich, so können einzelne, reale Teile des Hofes rechtsgültig nur mit vorgängiger, landespolizeilicher Genehmigung veräußert werden: beschränkte Verfügung für Eintragungen auf dem Titelblatt des Grundbuches, dem Verzeichnisse der Hofgrundstücke. Dies gilt auch für Grundstücke, die von dem Hofbesitzer erst selbst erworben und auf dessen Veranlassung dem Hofe im Grundbuche zugeschrieben sind. Will der Hofbesitzer solche selbst erworbenen Grundstücke

zu freier Verfügung behalten (walzende Güter), so muß er sie auf einem besonderen Grundbuchblatte eintragen lassen. Als Veräußerung ist nicht nur die Eigentumsübertragung anzusehen, sondern jede grundbuchmäßige Abtretung eines Grundstückes vom Hofe mittels Abschreibung vom Hofgrundbuchblatte und Umschreibung auf ein besonderes Grundbuchblatt, insbesondere auch zum Zwecke einer Spezialverpfändung eines bestimmten Hofteiles.

Die landespolizeiliche Genehmigung, die das Grundbuchamt herbeiführt, wird für den Landesherrn von der Regierung erteilt oder aus Erwägungen der allgemeinen Landeswohlfahrt verweigert.

§ 46.

Walzendes Gut.

Hofbesitzungen unterstehen dem freien Rechtsverkehr, sind also in Bezug auf die Verfügungsfreiheit der Eigentümer überhaupt nicht gebunden, soweit sie der landes-polizeilichen Genehmigung nicht bedürfen.

Die landespolizeiliche Genehmigung ist nicht erforderlich:

1. bei Höfen unter 2,5 ha Größe oder unter 75 Mk. Reinertrag,
2. bei Höfen, welche seit 20 Jahren in derselben Familie sind und bei denen innerhalb 30 Jahren unbebaute Grundstücke bis zu 20 % der Gesamtgröße, höchstens aber im Ganzen 2,5 ha abgetrennt werden,
3. bei Abtrennung zu allgemeinen oder gemeinnützigen Zwecken (Anlegung oder Erbreiterung öffentlicher Wege und Gräben, Bau von Eisenbahnen, Errichtung öffentlicher Gebäude) oder bei Abtrennung infolge von Enteignung.

4. bei Abtretung zwecks Begradigung oder Regelung einzelner Hofgrenzen,
5. bei gleichzeitiger Zuschreibung gleichwertiger Grundstücke (Tausch, Ankauf und Verkauf).
6. bei geringfügiger Abtrennung, die für die Berechtigten zweifellos unschädlich erscheint.

Im Falle der Ziffer 5 die Gleichwertigkeit, der Ziffer 6 die Unschädlichkeit der Rechtsänderung stellt das Gericht für die Beteiligten durch Beschluß fest (Unschädlichkeitszeugnis). Der dem Antragsteller und allen Grundbuchbeteiligten gerichtlich zuzustellende Beschluß ist binnen zwei Wochen anfechtbar. Eine Änderung des Grundbuchinhaltes darf erst erfolgen, nachdem der Unschädlichkeitsbeschluß gegenüber allen Beteiligten rechtskräftig geworden ist. Eines besonderen Unschädlichkeitsbeschlusses bedarf es im Falle der Ziffer 5 nicht, soweit es sich um den Austausch von im Wesentlichen gleichwertigen Gründstücken von Hof zu Hof handelt. Hier wie in allen sonstigen Fällen (der Ziffern 1—4) genügt die pflichtmäßige Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen durch das Gericht.

§ 47.

Vereinigung meherer höfe.

Die gesetzlichen Verfügungsbeschränkungen haben nicht nur die Erhaltung des Bestandes und Umfanges des einzelnen Hofes, sondern auch die Erhaltung der Gesamtzahl der lippischen Höfe im Auge. Verboten ist daher noch heute die dauernde Vereinigung meherer Höfe zu einem Hofe durch Auffaugung und Beseitigung andererer Höfe. Nicht verboten ist damit der Erwerb oder gleichzeitige Besitz mehrerer Höfe. Die Höfe bleiben auch im Verhältnis zu einander Gegenstände des freien Rechtsverkehrs.

Vereinigen ſich indes mehrere Höfe infolge Kaufes, Erbganges oder ſonſtigen rechtsgültigen Erwerbes in einer Hand, ſo bleibt gleichwohl jeder Hof ſeinem Weſen und Beſtande ſowie ſeiner äußeren Geſtaltung nach unverändert. Namentlich ſind alle Laſten und Dienſte ſowie alle Staats- und Gemeindeſteuern von jedem Hofe beſonders zu berechnen und nach jedes Hofes Gelegenheit zu leiſten. Auch erleiden die Gerechtſamen eines Hofes z. B. an Wege- und Nachbarrechten durch ſeine Vereinigung mit einem andern Hofe zu deſſen Laſten oder zu deſſen Luſten keinerlei Veränderung. Daß auch die an einander ſtoßenden Grenzen jedes Hofes erhalten bleiben, liegt nur mit im Zwecke der allgemeinen Vorſchrift und wird im Grenzvermerkungsgeſetz* ausdrücklich feſtgelegt. Der Zweck der Allgemeinvorſchrift erfordert weiter, daß jeder der vereinigten Höfe auch in den öffentlichen Büchern für ſich beſonders zu führen iſt.

Für die Landesſteuerbücher (Grundſteuermutterrolle, Gebäudeſteuerrolle) kann dies auch nicht zweifelhaft ſein. Mangels ausdrücklicher landesgeſetzlicher Feſtlegung verſteht ſich dies nicht ohne Weiteres für das Reichsgrundbuchrecht. Mit Rückſicht auf die ſonſtige landesrechtliche Handhabung mehrerer vereinigter Höfe wird der Grundbuchrichter die beantragte Überſchreibung des einen Hofes auf das Grundbuchblatt eines andern (Zuſchreibung) aber ablehnen müſſen, zumal von der Zuſchreibung des einen Hofes als Beſtandteil eines andern leicht Verwirrung zu befürchten ſein würde.

Im Falle der Vererbung meherer vereinigter Höfe findet tunlichſt wieder eine Trennung ſtatt, indem der Anerbe nur den einen Hof erhält, während etwaige weitere Höfe einzeln nach Höferecht an die nachgeborenen Kinder fallen. Iſt nur ein Erbe vorhanden, ſo hat die Trennung bei der nächſten mehrköpfigen Vererbung ſtattzufinden.

*) Anm. (vom 27/2. 1890; 20,279).

Kapitel II.
Der Hoferblasser.

Artikel 64 Abs. 2 E. BgB.

§ 48.
Hoferblasser und Hofgebundenheit.

Wie im bäuerlichen Güterechte das freiverfügliche Familiengut (der Erwerb zu Lebzeiten der Meierleute, die Errungenschaft, das Freigut) dem gebundenen Hofgute gegenübersteht, so tritt im bäuerlichen Erbrechte dem landesrechtlichen Grundsatze der Unteilbarkeit des Hofes der reichsrechtliche Grundsatz der (letztwilligen) Verfügungsfreiheit des Erblassers entgegen. Die Frage, welcher von beiden Grundsätzen der stärkere ist, entscheidet das BgB. selbst zu Gunsten des landesrechtlichen Grundsatzes der Unteilbarkeit des Hofes (Art. 119 Abs. 2 E. BgB.). Insoweit gilt daher der Grundsatz: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ nicht.

Wie der Hofbesitzer bereits zu Lebzeiten durch grundbuchmäßige Belastung beliebiger Art und Höhe den Hof dem Werte nach teilen kann, so steht ihm mit dem Inkrafttreten des BgB. auch auf den Todesfall volle Verfügungsfreiheit zu. Für diese Verfügungsfreiheit entscheidend ist zunächst der eheliche Güterstand, wie er sich heute nach Gesetz, Vertrag, Güterrechtsregister oder Grundbuch ergibt. Soweit hiernach gemeinsames Eigentum (Miteigentum) zwischen den Eheleuten oder nach Auflösung der Ehe zwischen einem Elternteile und

den Kindern besteht, kann auch auf den Todesfall nur gemeinschaftlich verfügt werden. Das gilt insbesondere auch für Ehen, die vor dem 1. Januar 1900 abgeschlossen sind, soweit deren güterrechtliche Verhältnisse sich noch nach der Güterordnung von 1786 bestimmen. Da nach dem Inkrafttreten des BgB. ein anderer Güterstand als der mit dem Abschluß der Ehe von selbst eintretende gesetzliche Güterstand der Verwaltungsgemeinschaft Rechtsgültigkeit nur dann hat, wenn er bei gleichzeitiger Anwesenheit der Beteiligten vor Gericht abgeschlossen wird und gleichwohl nach dem etwa abweichenden Inhalte des Güterrechtsregisters oder des Grundbuches Unsicherheit entstehen kann, so empfiehlt sich, Güterrechtsregister und Grundbuch daraufhin zu prüfen, ob die dortigen Eintragungen dem Inhalte des Ehevertrages entsprechen. Zur Vergewisserung der Beteiligten erhalten diese daher Nachricht über den Inhalt der erfolgten Eintragungen.

§ 49.

Hoferblasser und Höfeerbrecht.

Infolge der Unteilbarkeit des Hofes kann auch der Hoferblasser eine reale Teilung des Hofes nicht vornehmen. Auch gegenüber der Verfügungsfreiheit des Erblassers bleibt der Hof also gebunden und dem Gegenstande nach unteilbar. Im Übrigen steht dem Hoferblasser volle Verfügungsfreiheit zu. Der Hoferblasser ist daher bei der Auswahl des Anerben nicht mehr an den ältesten seiner Söhne oder in Ermangelung von Söhnen an die älteste seiner Töchter gebunden. Er kann das Hofgut einem beliebigen seiner Kinder oder sonstigem seiner gesetzlichen Erben zuwenden. Söhne und Töchter sind nach dem Inkrafttreten des BgB. in

dieſer Beziehung auch auf das Alter völlig gleichgeſtellt. Ein Erſt- oder Letztgeburtsrecht iſt für die Verfügungsfreiheit des Hoferblaſſers nicht mehr vorhanden. Für den Hoferblaſſer gilt auch nicht mehr die höferechtliche Beſtimmung, daß Anerbe nicht werden kann, „wer zur Hofantretung an Seele und Körper unfähig iſt oder auch ſonſt Mangel an Einſicht oder Willen dazu zeiget".

Gegenüber der Verfügungsfreiheit des Erblaſſers kann der gewillkürte Anerbe (gekorene, Gegenſatz: der geborene, in Ermangelung einer letzwilligen Beſtimmung der vom Geſetze berufene Anerbe) unter den Formen und Vorausſetzungen der §§ 1942 ff. BgB. durch Ausſchlagung der ihm angefallenen Erbſchaft ſich entziehen. In der Einſetzung eines ſelbſt widerwilligen Anerben iſt der Hoferblaſſer an ſich nicht behindert. Zweifellos rechtsgültig kann der Hoferblaſſer aber auch beſtimmen: mein Hof ſoll nicht nach Anerbenrecht, ſondern nach dem Erbrechte des BgB. ſich vererben. Damit würde der Anerbe ſowohl ſeines Erſtgeburtsrechtes als auch der ſonſt ihm anhaftenden Erbvorzüge entkleidet und dann der Hof nach den gewöhnlichen Vorſchriften des BgB. vererbt werden.

Gebunden bleibt aber auch der Hoferblaſſer in ſeiner letztwilligen Verfügungsfreiheit gegenüber dem Grundſatze der Unteilbarkeit des Hofes, wie dies Artikel 119 Ziffer 2 in Verbindung mit Artikel 55. E. BgB. ausdrücklich feſtlegt. Es kann daher bei einer ſeitens des Hoferblaſſers etwa gewillkürten Erbfolge des BgB. immer nur eine Teilung des Hofes ſeinem Werte nach ſtattfinden. Bei einer Vererbrng des Hofes nach Kopfteilen oder ſonſtigen annähernd gleichen Teilen wird daher mangels anderweiter Einigung der Beteiligten zunächſt eine Verſilberung des Hofes vorangehen müſſen.

§ 50.

Hoferblasser und Pflichtteilsrecht des BgB.

Soweit der Hoferblasser letztwillige Bestimmungen trifft, die mit dem Anerben- oder Brautschatzrechte in Widerspruch stehen, gibt er damit zu erkennen, daß er in soweit die Rechtsfolgen des Höferechts ablehnt. In solchen Fällen ist der Hoferblasser in seiner Verfügungsfreiheit gebunden nur durch die Vorschriften des BgB. selbst. Nach diesen Vorschriften (§§ 2303 ff. BgB.) muß dem Ehegatten und den Abkömmlingen, in Ermangelung letzterer den Eltern des Erblassers wenigstens der halbe gesetzliche Erbteil (Pflichtteil) werden, der nur in den Fällen der §§ 2333—2338 BgB. entzogen werden kann. Hervorzuheben ist hier, daß in Bezug auf die Verfügungsfreiheit des Erblassers und das Pflichtteilrecht des BgB. Hofgut und Freigut völlig gleichstehen. Hat daher z. B. ein Miterbe vom Freigute mehr als die Hälfte des gesetzlichen Erbteiles erhalten, so kann ihm dies Mehr bei Bemessung des Pflichtteils aus dem Hofgute gekürzt werden und umgekehrt. Als gesetzlicher Erbteil vom Hofgute gilt der Brautschatz. Aussteuer der Tochter zwecks ihrer Verheiratung (§§ 1620 ff. BgB.), Ausstattung eines Kindes zwecks Verheiratung oder Selbstständigmachung (§ 1624 BgB.) sowie sonstige Vorempfänge können nach den Vorschriften des BgB. auf den Pflichtteil eingerechnet werden. (§§ 2050 ff. BgB.)

Inwieweit der Hoferblasser die Rechtsfolgen des Höferechtes oder die des Erbrechtes des BgB. herbeiführen will, ist Auslegungsfrage der einzelnen, letztwilligen Verfügung, deren Beantwortung unter Berücksichtigung der Auslegungsregeln der §§ 2066 ff. BgB. zu erfolgen hat. Ist die höferechtliche Erbfolge letztwillig ausgeschlossen z. B. mit der Wendung: Der Hof soll sich nicht nach Höferecht vererben, so kann bei der

Verfügungsfreiheit des Hoferblaſſers fraglich nur ſein, ob nicht dem Anerben oder den Brautſchatzberechtigten wenigſtens die Hälfte des nach dem Anerben- oder Brautſchatzrechte ſich ergebenden Erbteiles belaſſen werden muß.

Demgegenüber iſt davon auszugehen, daß Anerbe und Brautſchatzberechtigter beides Rechtsgeſtalten ſind lediglich des landesgeſetzlichen Höferechtes und nicht des BgB. Gegenüber der Verfügungsfreiheit des Hoferblaſſers hat daher weder der Anerbe noch der Brautſchatzberechtigte irgend welche Anſprüche gegen den Hoferblaſſer oder deſſen gewillkürte Erben auf Grund und noch weniger im Umfange des Anerben- und Brautſchatzrechtes. Erbanſprüche beſtehen dann lediglich auf Grund und im Umfange des Pflichtteilrechtes und der Allgemeinvorſchriften des BgB. Im Rahmen dieſer Vorſchriften des BgB. bleibt daher die Verfügungsfreiheit des Hoferblaſſers wie unter Lebenden ſo auch auf den Todesfall beſtehen. Insbeſondere ſteht dem Hoferblaſſer zu: die Beſtimmung des Gegenſtandes und des Geltungsbereiches des Höferechtes, die Beſtimmung der Art der Vererbung, der Berechnung und Feſtſetzung der Brautſchätze ſowie deren Höhe, Art und Zeit der Auszahlung. Als Pflichtteil aus dem Hofgute gilt die Hälfte des geſetzlichen Brautſchatzes.

§ 51.

Auslegungsregeln.

Gibt der Hoferblaſſer ſeiner Abſicht hinreichend unzweideutig dahin Ausdruck, daß er die Rechtsfolgen des Höferechtes hinſichtlich des Anerben will, ſo wird man auch den nachgeborenen Kindern brautſchatzmäßige Anſprüche zugeſtehen müſſen, ſoweit ſie nicht anderweit etwa durch entſprechende Bevorzugung vor dem Anerben bei Verteilung des Freigutes bevorteilt ſind. Mangels deſſen wird auch in Beziehung auf das Hofgut das Pflichtteilsrecht des BgB. zu Gunſten der

Brautschatzberechtigten anzuwenden sein, sodaß mangels anderweiter Schadloshaltung den nachgeborenen Kindern wenigstens die Hälfte ihrer gesetzmäßigen Brautschätze zuzusprechen sein wird. Sonach würde insoweit der bisherige höferechtliche Zustand auch für die Zukunft rechtliche Geltung behalten. Umgekehrt würde der Wille des Erblassers auf höferechtliche Vererbung des Hofgutes dann anzunehmen sein, wenn den nachgeborenen Kindern neben dem Anteile aus dem etwaigen Freigute außerdem der Brautschatz vermacht, der Anerbe aber aus dem Freigute oder anderweit nicht entsprechend gleichgestellt ist.

Da die Auswahl des Anerben dem Erblasser unter seinen Kindern freisteht, haben der älteste Sohn oder die älteste Tochter gegenüber dieser Verfügungsfreiheit des Erblassers einen Anspruch auf den Hof als Anerben nicht. Der Anspruch des vom Gesetze berufenen Anerben trägt danach die Rechtseigenschaft eines Pflichtteilsanspruches nicht, sondern nur die einer Erbhoffnung. Im Falle der Einsetzung eines nachgeborenen Kindes zum Anerben wird daher dem ältesten Sohne oder der ältesten Tochter nur ein brautschatzmäßiger Anspruch an dem Hofgut zustehen.

Was du ererbt von deinen Vätern haſt,
Erwirb es, um es zu beſitzen.

Kapitel III.

Der Anerbe.

1. Verordnung, die Erbfolge in die Bauerngüter betr., vom 24. 9. 1782; 3,25;
2. Artikel 64 Abſatz 1 BgB.

§ 52.

Vererbung des Freigutes.

Das Hofgut unterſteht bis auf die Unteilbarkeit des Hofes und bis auf das Pflichtteilsrecht des BgB. der freien Verfügungsgewalt des Hoferblaſſers. Mangels rechtsgültiger Ordnung der bäuerlichen Erbverhältniſſe auf den Todesfall des Hoferblaſſers treten die landesgeſetzlichen Beſtimmungen der geſetzlichen Erbfolge (Inteſtaterbfolge) ein.

Danach vererbt ſich das Freigut geſondert von dem Hofgute auf ſämtliche, geſetzlich gleichſtehende Erben z. B. auf die Kinder des Erblaſſers nach Kopfteilen, bei ſonſtigen geſetzlichen Erben nach den ihnen gemäß den näheren Vorſchriften des BgB. zuſtehenden Bruchteilen. Hervorzuheben iſt hier, daß als Erbe erſter Ordnung die Kinder und für bereits verſtorbene Kinder nach Stämmen deren etwaige Abkömmlinge, in Ermangelung von Erben erſter Ordnung als Erben zweiter Ordnung die Eltern und deren Abkömmlinge,

also die Eltern des Erblassers selbst, in deren Ermangelung die Geschwister des Erblassers und bei bereits verstorbenen Geschwisterteilen wieder nach Stämmen deren Abkömmlinge eintreten. Mangels Erben der ersten und zweiten Ordnung treten die etwa noch lebenden Großeltern als Erben ein.

Neben den Abkömmlingen des Erblassers, also neben den eigenen, mit dem Erblasser gezeugten Kindern oder deren Abkömmlingen (Enkelkindern) erhält der überlebende Ehegatte ein Viertel, neben den Eltern des Erblassers und deren Abkömmlingen sowie neben noch lebenden Großeltern erhält der überlebende Ehegatte die Hälfte der Erbschaft. An Stelle verstorbener Großeltern erbt der überlebende Ehegatte unter Ausschluß aller entfernteren Verwandten des Erblassers allein. Neben Verwandten zweiter Ordnung oder neben Großeltern fallen dem überlebenden Ehegatten außerdem als Voraus zu die zum ehelichen Haushalte gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstückes, hier also eines Hofes sind, sowie die Hochzeitsgeschenke (§§ 1924 ff., 1931 ff. des BgB.).

Als Freigut ist für das Erbrecht alles Vermögen anzusehen, was die Eltern mit einander oder in fortgesetzter Gütergemeinschaft mit den Kindern erworben haben, soweit es nicht Ergänzung, Ersetzung oder, mit Ausnahme von Liegenschaften, sachgemäße Erweiterung der Hofbestände bildet. Unbewegliches Freigut wird zu Hofgut erst durch einmal darüber gegangenen Sterbfall oder Erbfall, d. i. durch einmalige Vererbung nicht nach Höferecht. Neuerwerbungen (neo acquisita) des Hoferblassers infolge Kauf oder infolge sonstiger Erwerbung mittels Aufwendung von Freigut vererben sich also erstmalig nach dem Rechte des BgB., also nach Kopfteilen ohne Bevorzugung des Anerben, erst mit der zweiten Vererbung auf dem Hofe als Hofgut und nach An-

erbenrecht. Unentgeltlicher Erwerb (Erbschaft, Schenkung) oder Erwerb mittels Aufwendung von Hofgut (Höfeaustausch, Erwerb gegen Belastung des Hofgutes) bildet ohne Weiteres bezüglich der Vererbung wieder Hofgut.

§ 53.
Vererbung des Hofgutes.

Bezüglich des Hofgutes tritt der Anerbe unter Ausschluß aller sonstigen Verwandten, selbst der Geschwister als Alleinerbe ein. Das sämtliche vorhandene Hofvermögen an Haus, Hof, Äckern, Wiesen, Holzungen und sonstigen Liegenschaften sowie an Vorräten, toten oder lebenden Wirtschaftsbeständen einschließlich aller vorhandenen Forderungen und Schulden des Hofes gehen im Verhältnis zu den Miterben als Ganzes auf den Anerben als den Gesamtnachfolger (Universalsuccessor) und alleinigen Erben des Hofvermögens über. Etwaige Handschein- oder sonstige Gläubiger haben daher die Wahl, sich aus dem Hofvermögen, soweit dies nicht den Hofgläubigern dinglich haftet, zu befriedigen oder aus dem noch ungeteilten freien Familiengute. Wie für den Hoferblasser wird auch für den Nachlaßgläubiger zwischen Hofgut und Freigut grundsätzlich nicht unterschieden. Da jedoch die Nachlaßschulden sich in erster Linie auf das Freigut beziehen, werden die Nachlaßgläubiger mangels dinglicher Sicherheit zwecks ihrer Befriedigung wie bisher zunächst an das Freigut zu verweisen sein, soweit es noch ungeteilt vorhanden ist.

Die neben dem Anerben an sich zu gesetzlicher Erbfolge mitberufenen Angehörigen werden nach besonderen Grundsätzen von dem Hofgute, dem Anerbe, abgefunden, die Geschwister mit den Brautschätzen, Eltern oder Stiefeltern mit der Leibzucht. Etwaige Hofgläubiger können wegen Hofforderungen allein den Anerben in Anspruch nehmen. Gegen die Leibzuchts- und Brautschatzberechtigten stehen den Gläubigern wegen Hofforderungen keinerlei Ansprüche zu. Nur soweit freies Vermögen zur Vererbung

kommt, sind auch sie etwaigen Hofgläubigern haftbar, da zum Nachlaß des Hoferblassers auch das etwaige Freigut gehört und der gesamte Nachlaß für allerlei Art hinterlassener Schulden, auch der Hofschulden haftet. Gegenüber den beim Tode des Hoferblassers vorhandenen Gläubigern (Nachlaßgläubigern) gilt ohne Unterschied sowohl das Hofgut als auch das freie Familiengu als Nachlaß, aus dem sich sämtliche Nachlaßgläubiger unter Vorabhaftung des noch ungeteilten Freigutes befriedigen können, soweit nicht eine Bevorzugung Einzelner von ihnen bereits dinglich gesichert ist. Dahin gehören auch gezahlte oder grundbuchmäßig sichergestellte Brautschätze. Sie sind daher für die Hof- und sonstigen Gläubiger ebenso unantastbar wie der Leibzuchtsanspruch gegenüber später entstandenen Forderungen. Die Vererbung des Hofgutes vollzieht sich nach dem Grundsatze: „der Tote erbt den Lebendigen," ohne Zutun des Anerben von selbst.

§ 54.
Das Erstgeburtsrecht.

Mangels entgegenstehender letztwilliger Verfügung kommt nach Anerbenrecht als Anerbe in Betracht in erster Linie der jeweils älteste Sohn, in Ermangelung von Söhnen die jeweils älteste Tochter. Die Kinder einer früheren Ehe gehen dabei denen in einer späteren Ehe des Hoferblassers gezeugten Kindern vor. Mit diesen Vorschriften ist das früher in einzelnen Teilen des Landes bestehende, namentlich auf den um 1780 von Preußen übernommenen Höfen des Amtes Oerlinghausen und Schötmar übliche Letztgeburtsrecht beseitigt und ausschließlich das Erstgeburtsrecht allgemein eingeführt.

Auch das uneheliche Kind wird Anerbe am Hofe seiner Mutter. Hat letztere daneben eheliche Kinder, so schließen diese als Anerben das uneheliche aus. Ist zur Zeit des Hoferblassers der Anerbe unter Hinter-

lassung ehelicher Abkömmlinge verstorben, so treten diese Abkömmlinge — unter sich wieder nach Anerbenrechte, — als Erben ein (Repräsentations- oder Eintrittsrecht). Sie gehen also den Geschwistern des verstorbenen Anerben vor. Den ehelichen Kindern stehen die für ehelich erklärten und die durch nachfolgende Ehe legitimierten Kinder gleich. Kinder von Verlobten, unter denen eine Ehe aus irgend einem Grunde nicht zu Stande gekommen ist (Brautkinder), gelten nach dem heutigen Rechte des BgB. entgegen der früheren Auffassung (Meyer S. 373) als unehelich. Ob der Anerbe auf dem Hofgute selbst, auf der Leibzucht oder sonstwo geboren ist, macht bei der Berufung zum Anerben einen Unterschied nicht.

§ 55.

Unfähigkeit des Anerben: Gründe der Unfähigkeit

Das Erstgeburtsrecht greift nicht durch, wenn „der Anerbe zur Hofantretung und Verwaltung an Seele und Körper ganz unfähig ist oder auch sonst Mangel an Einsicht und Willen dazu zeiget". Als Unterlagen für die Feststellung dieser Unfähigkeit des Anerben müssen heute die allgemeinen Entmündigungsgründe des § 6 des BgB. (Geistesfrankheit, Geistesschwäche, Verschwendung und Trunksucht) gelten. Genügen muß jedoch auch jeder körperliche oder geistige Mangel, der den Anerben zur Bewirtschaftung des Hofes unfähig macht wie z. B. Lähmung, Blindheit, Taubstummheit und dauernde Kränklichkeit überhaupt. Als unfähig zur Bewirtschaftung des Hofes wird auch derjenige anzusehen sein, der nicht lesen oder schreiben kann.

In Zweifelsfällen wird der eine oder andere Grund der Unfähigkeit des Anerben zur Hofübernahme nicht ohne Mitwirkung ärztlicher oder landwirtschaftlicher Sachverständiger zu treffen sein. Unter Berücksichtigung

der beruflichen Vorbildung des Anerben werden Art, Grad und Umfang seines körperlichen oder geistigen Gebrechens, Art, Lage, Größe, Bodenverhältnisse, Weitläufigkeit der Ländereien, erleichterte oder erschwerte Bewirtschaftung sowie Reinerträge und Lasten des Hofes für die Sachverständigen leitende Gesichtspunkte sein. Sittenloser Lebenswandel und Bestrafung selbst mit Zuchthaus machen den Anerben zur Hofübernahme bislang nicht unfähig. Die Unfähigkeitsgründe müssen zur Zeit des Hofanfalles vorliegen. Später eintretende Unfähigkeit beeinflußt die Hofantretung nicht mehr.

Zuständig für die Entscheidung über die Unfähigkeit eines Anerben waren bis zur Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung die Ämter. Mit der Durchführung dieser Trennung zum 1. Oktober 1879 ist es mangels ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung zweifelhaft geworden, ob der Verwaltungsweg oder der Gerichtsweg der rechte ist und ob der eine den andern ausschließt oder nicht.

§ 56.
Fortsetzung: Zuständigkeit, Verwaltungs- oder Rechtsweg.

Da mit der Beseitigung der gutsherrlichen und Leibeigentumsrechte auch das Mitwirkungsrecht Dritter bei anderweiter Besetzung eines Hofes beseitigt ist und nunmehr zunächst lediglich nur noch verwandschaftliche, auf dem Familienverbande beruhende Privatrechte bei einer Hofantretung in Frage kommen, würde an sich das gerichtliche Verfahren zulässig sein. Gegenüber den Privatrechten der Familie tritt aber auch heute noch das staatliche Interesse an ordentlicher und ergiebiger Bewirtschaftung des einzelnen Hofes in erheblichem Maße hervor. Die Höfe mit ihren Liegenschaften bilden in ihrer Gesamtheit den bei weitem größten Teil der realen Grundlage des Staates. Auch in rein

persönlicher Beziehung stellt ein körperlich und geistig gesunder, wehrfähiger und wirtschaftskräftiger Bauernstand die festeste und dauerndste Stütze des Staates dar; in letzterer Beziehung um so mehr, als grade der Bauernstand wie jeder Staatsbürger in dem Bestande des Staates und dessen Einrichtungen seinen eigenen Besitz am besten gesichert weiß.

Wie daher der Staat in Erkenntnis der gewaltigen allgemeinen und volkswirtschaftlichen Bedeutung des Bauernstandes jederzeit seine Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege in besonderem Maße zum Schutze der bäuerlichen Verhältnisse in Bewegung setzt, so hat auch seinerseits wieder der Staat besondere Berücksichtigung für seine auf das Allgemeinwohl gerichteten Bestrebungen zu verlangen. Gehört zu diesen Bestrebungen auch die Sorge des Staates für die Besetzung der Höfe mit gesunden Bewirtschaftern, so wird dieser Zweck im Verwaltungsverfahren, das seine letzten und höchsten Instanzen sämtlich im Lande hat, leichter, schneller, sicherer und weniger kostspielig erreicht werden als im Verfahren der ordentlichen Gerichte, um so mehr, als im Verwaltungsverfahren mehr die Zweckmäßigkeit entscheiden kann. Mangels ausdrücklicher Übertragung auf die ordentlichen Gerichte wird daher die Entscheidung über die Unfähigkeit eines Anerben Sache der Verwaltungsbehörden sein. Es entscheidet somit nach Anhörung des Verwaltungsamtes zunächst die Regierung, in letzter Instanz das Ministerium. Die Verwaltungsgerichte sind nicht zuständig.

§ 57.

Anerbenverzicht.

Hier mag auch die Frage des Verzichtes auf das

Anerbenrecht erörtert werden. Bis zum Hoferbfalle ſtellt die im Rahmen des Erſtgeburtsrechtes feſtgelegte Anwartſchaft des Älteſten auf das Hofgut kein feſtes individuelles Recht dar, weil der Anerbe jederzeit noch wegfallen kann und insbeſondere bis dahin es im Belieben des Hoferblaſſers ſteht, wen er als Anerben beſtimmen will. Bis zum Hoferbfalle beſteht für den Anerben nur eine Erbhoffnung. Ein Anerbenverzicht hat zur weiteren Vorausſetzung, daß der Anerbe rechtlich noch nicht Anerbe geworden iſt, daß alſo das Anerbe im Wege Erbganges noch nicht auf ihn übergegangen iſt. Denn ſonſt würde der Anerbe nicht mehr über ein Erbrecht, ſondern über ihm zuſtehende allgemeine Rechte verfügen. Ein Verzicht des Anerben kann weiter nur nach eingetretener Großjährigkeit oder Großjährigkeitserklärung des Anerben erfolgen, während der Minderjährigkeit nur unter Zuſtimmung ſeines geſetzlichen Vertreters und, da es ſich um eine Verfügung über ein Grundſtück handelt, zudem auch die Erforderniſſe des BgB. über einen Erbverzicht (§§ 2346 bis 2352 BgB.) zu beachten ſein werden, nur mit Genehmigung des Vormundſchaftsgericht und mittels gerichtlicher Beurkundung.

§ 58.

Rechtswirkungen des Anerbenverzichts.

Zweifelhaft wird ſein, welche Rechtswirkungen der Anerbenverzicht auf die geſetzlichen Erben des Anerben hat, insbeſondere auf deſſen Abkömmlinge. Daß der Anerbenverzicht ohne Weiteres auch für die minderjährigen, noch unter der elterlichen Gewalt des Anerben ſtehenden Abkömmlinge rechtsverbindlich ſein kann, liegt in der Befugnis des Anerben zu deren geſetzlicher Vertretung. In wieweit im einzelnen Falle der Anerbe

zugleich für seine sämtlichen Abkömmlinge oder zu Gunsten welcher Dritter verzichten will, muß hinreichend unzweideutig zum Ausdruck kommen. Widrigenfalls wird mit den Auslegungsregeln des BgB. (§§ 2349, 2350) anzunehmen sein, daß der Verzicht für seine sämtlichen Abkömmlinge und zu Gunsten lediglich der anderen Abkömmlinge des Hoferblassers und dessen Ehegatten gelten soll. Der Anerbenverzicht zu Gunsten eines Dritten ist im Zweifel rechtswirksam nur, wenn der Dritte der Anerbe wird.

Rechtsverbindlichkeit zu Lasten des Hoferblassers erhält der Anerbenverzicht nur, wenn dieser dem Erbverzichte zugestimmt und zu Gunsten des Dritten ebenfalls in rechtsgültiger Form gerichtlicher Beurkundung sich gebunden hat. Mangels Beitrittes des Hoferblassers handelt es sich bei dem Anerbenverzichte stets nur um einen Verzicht auf eine Erbhoffnung, die jederzeit wieder zu Schanden werden kann. Dem Erbverzichte steht im Erfolge die Ausschlagung des Anerbes nahe. Bei der Ausschlagung handelt es sich um den absichtlichen Nichterwerb des an sich bereits angefallenen Anerbenrechtes. Während der Anerbenverzicht die Ausschlagung erst zukünftig möglichen Erbanfalles bedeutet, wird mit der Ausschlagung des Anerbes auf eine dem Anerben bereits zugefallene Hoferbschaft verzichtet.

Im Falle eines Anerbenverzichtes oder der Ausschlagung des Anerbes tritt mangels entgegenstehender rechtsgültiger Bestimmung des Hoferblassers oder des Anerben Vererbung nach den höferechtlichen Vorschriften und in deren Ermangelung nach den Vorschriften des BgB. ein.

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.

Kapitel IV.

Der Brautschatz.

1. Landespolizeiordnung von 1620, Titel 7, §§ 2 und 3; 1,364;
2. Verordnung wegen der Eheverschreibungen der Bauersleute vom 5. 4. 1702 und 12. 12. 1769; 1,721 und 2,350;
3. Gesetz über die Brautschätze von Kolonaten vom 26. 4. 1864; 13,552;
4. Gesetz über die Brautschätze von Kolonaten vom 8. 7. 1886; 19,513.

§ 59.

Frühere Grundsätze.

Der Brautschatz bedeutet die Abfindung der nachgeborenen Kinder, der Geschwister des Anerben, vom Hofgute.

Nach dem älteren Rechte der Polizeiordnung von 1620 bestehen die Brautschätze teils in Barbeträgen, teils in Naturalien, den Erzeugnissen des Hofes an Vieh, Korn und sonstigen Mitgaben. Baarbeträge und Viehzahl sind nach oben beschränkt. So soll ein Vollspänner an Pferden, Kühen und sonstigen Viehstücken nicht über 5 Teile, an Geld nicht über 100 Taler, ein Halbspänner nicht über 4 Teile und 80

Taler, ein Großkötter nicht über 2 Teile und 50 Taler als Brautschatz einem Kinde mitgeben. Später werden die Brautschätze bei reichlicherem Freigute und geringerer Belastung des Hofes nach der Leistungsfähigkeit des Hofes erhöht. Immer aber sollte für den Umfang der Mitgaben an Korn, Vieh, Geld und sonstigen Wertstücken die Leistungsfähigkeit des Hofes den Maßstab bilden. Wie dem Anerben der Hof, wird den nachgeborenen Kindern der Brautschatz am Amte, ursprünglich unter Zuziehung der Guts- und Leibherren verschrieben.

Eine Neuordnung der Brautschätze erfolgt erst 1864. Hier wird bereits eine scharfe Unterscheidung zwischen der Vererbung des freien Familiengutes und der brautschatzmäßigen Abfindung der nachgeborenen Kinder vom Hofgut gemacht, auch zuerst die Brautschatzkommission eingeführt. Unter Beseitigung der früheren Naturalleistungen an Brautwagen, Vieh und Korn werden die Brautschätze nach der Höhe des Hofreinertrages nur noch nach baarem Gelde festgesetzt. Es wird bei einem Reinertrage

bis zu 20 Talern das Doppelte,
bis zu 80 „ „ Dreifache,
bis zu 200 „ „ Vierfache,
bis zu 400 „ „ Fünffache

und bei höherem Reinertrage das Sechsfache dieses Reinertrages als Brautschatz gewährt. Höfe und deren Zubehörungen (Bestandteile) gelten nur so lange als neue Erwerbungen (neo acquisita) und damit als freivererbliches Familiengut, als nicht eine erstmalige Vererbung unter Ausschluß von Anerben- und Brautschatzrecht nach gemeinem Recht, also unter Kindern im Zweifel nach Kopfteilen, stattgefunden hat. Das letztwillige Verfügungsrecht der Eltern ist zu Gunsten der Brautschatzberechtigten an eine Mindestgrenze, zu Gunsten des Anerben an eine Höchstgrenze gebunden.

Der Anerbe soll sich bei fleißiger Bewirtschaftung des Hofes stets in dessen Besitze erhalten können.

Die letzte, landesgesetzliche Regelung des Brautschatzrechtes von 1886 fußt auf dem Brautschatzgesetze von 1864 und behält im Allgemeinen dessen Grundsätze bei, namentlich ein beschränktes, letztwilliges Verfügungsrecht der Eltern, eine Mindest- und Höchstgrenze der Brautschätze sowie die Einrichtung der Brautschatzkommission. Unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen steuerrechtlichen Änderung von 1877 und der katasterlichen Unterscheidung zwischen dem Reinertrage der Grundstücke mit Ausschluß der Gebäude (Grundsteuerreinertrag) und dem Ertrage der Gebäude selbst nach deren Nutzungswerte (Mietwert) ist abweichend in der Hauptsache nur die Höhe und die Art der Berechnung der Brautschätze geregelt.

§ 60.
Die Berechnung der Brautschätze.

Mangels entgegenstehender Bestimmungen des Hoferblassers oder Einigung der Beteiligten bemißt sich der Brautschatz nach dem Grundsteuerreinertrage und dem Gebäudenutzungswerte des Hofes. Denn Grundstücke und Gebäude bilden die beiden Hauptbestandteile des Hofgutes. Der Brautschatz beträgt bei dem Vorhandensein von ein oder zwei Kindern neben dem Anerben das Dreifache, bei mehr als zwei Kindern neben dem Anerben das Zweifache der Summe des Grundsteuerreinertrages und des Gebäudenutzungswertes des Hofes.

Der Reinertrag der Hofgrundstücke und der Nutzungswert der Hofgebäude bestimmt sich nach den jeweiligen Eintragungen in der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle. Es wird jedoch der Gegenseite der Beweis der Unrichtigkeit dieser Eintragungen nachzulassen sein. Bei Grundstücken oder Gebäuden

eines Hofes, die wegen ihrer Lage in einem Nachbarstaate kataſtriert ſind, gelten die dortigen Eintragungen. In Ermangelung einer Kataſtration und gütlicher Einigung der Beteiligten ſind Reinerträge und Gebäudenutzungswerte für den einzelnen Fall zu ermitteln.

Die ſo beſtimmte Brautſchatzſumme umfaßt die geſamte Ausſteuer eines Kindes vom Hofgute. Brautwagen, Vieh und andere Naturalien werden daneben entgegen früheren geſetzlichen Beſtimmungen oder Gewohnheiten nicht mehr geſchuldet. Dahin wird auch die einer Tochter im Falle ihrer Verheiratung nach § 1620 BgB. zuſtehende Ausſteuer zur Einrichtung ihres Haushaltes zu rechnen ſein, wenn der Brautſchatz ausbezahlt wird. Der dem einen Kinde gewährte Brautſchatz ſteht billig auch den ſpäter abgeſteuerten Kindern zu ohne Rückſicht auf nachträglichen Verfall oder nachträgliche Wertminderung des Hofes. Im Falle der Vereinigung mehrerer Höfe ſteht der Brautſchatz von jedem Hofe zu, auch dem Anerben des einen Hofes in Bezug auf den andern.

Von dem Hoferblaſſer neu erworbene Grundſtücke vererben ſich, auch wenn ſie im Grundbuche dem Hofe zugeſchrieben ſind, erſtmalig nach dem Rechte des BgB. Als Neuerwerbungen gelten aber nur ſolche Grundſtücke, welche mit den Mitteln des Freiguts erworben ſind, ſodaß alſo eine entſprechende Verringerung des Freigutes ſtattgefunden hat. Soweit eine Verringerung des Freigutes nicht ſtattgefunden hat, wie z. B. bei Austauſch gleichwertiger Hofgrundſtücke, bei geſchenkten Höfen oder Hofteilen, geht über ſie nur der Brautſchatz. Erſt durch einmalige Vererbung der Neuerwerbungen nach dem Rechte des BgB. erlangen ſie auch für das Erbrecht die Eigenſchaft von Hofgut. Bis dahin ſind Reinertrag oder Mietwert von ſolchen Grundſtücken bei Berechnung der Brautſchätze nicht zu berückſichtigen.

§ 61.

Die Brautschatzberechtigten.

Anspruch auf den Brautschatz haben die voll- und halbbürtigen ehelichen Geschwister des Anerben und die den ehelichen gleichgestellten Kinder, welche vor oder während der Meierzeit ihrer Eltern oder Elternteile geboren sind. Das Gleiche gilt von unehelichen Kindern, welche von der Anerbin oder während der Meierzeit ihrer Mutter geboren sind. Den erst nach der Hofabtretung auf der Leibzucht geborenen Kindern steht dagegen der Brautschatz nicht zu. Kommen bereits abgefundene Kinder nachträglich im Wege Erbganges in den Besitz des Hofes, so sind sie zur Rückerstattung des Brautschatzes zum freien Vermögen verpflichtet. Lebt kein Elternteil mehr, so geht der zurückzuerstattende Brautschatz unter die sämtlichen Geschwister nach Kopf- bezw. Stammteilen. Bei Verminderung der Kinderzahl auf zwei oder eins neben dem neuen Anerben erhöht sich jedenfalls deren Brautschatz auf das dreifache des Grundsteuerreinertrages und des Gebäudenutzungswertes. Unter allen Umständen wird aber eine angemessene Erhöhung durch Angehung der Brautschatzkommission herbeigeführt werden können. Zur Erleichterung elterlicher Verfügungen über die Brautschätze können übrigens bei geringen Vermögensverhältnissen die Kosten auf die Hälfte ermäßigt werden, wenn sich die Errichtung der Verfügung in der Wohnung der Beteiligten (an Ort und Stelle) notwendig macht.

§ 62.

Fälligkeit der Brautschätze.

Die Brautschätze werden bei der Hochzeit fällig. Für ihre Meierzeit können jedoch leibliche Eltern oder auch der überlebende Elternteil im Witwenstande Zeit und Art der Auszahlung eines Brautschatzes auch über

den Tag der Verheiratung hinaus bestimmen. In diesem Falle wird der Brautschatz mit der Hofabtretung, spätestens mit dem Ableben des überlebenden Elternteiles fällig. Mangels vorhandener leiblicher Eltern oder Elternteile im Meierstande kann ein Brautschatzberechtigter auch im Falle seiner Nichtverheiratung mit vollendetem 25. Lebensjahre nach halbjährlicher Kündigung die Auszahlung des Brautschatzes fordern. Vom Tage der Fälligkeit ab sind auch 4 % Zinsen anforderbar. Bis zur Auszahlung hat der Brautschatzberechtigte auf dem Hofe gegen Verrichtung vorfallender Arbeiten Anspruch auf standesgemäßen Unterhalt in Nahrung, Kleidung, Wohnung und Erziehung. Mit dem Zeitpunkt der Fälligkeit oder Kündbarkeit des Brautschatzes wird er auch vererblich und wie eine gewöhnliche Forderung übertragbar.

In Bezug auf das Hofgut ist der Brautschatz als der gesetzliche Erbteil des Brautschatzberechtigten anzusehen. Im Verhältnis zum Anerben und zu seinen ebenfalls brautschatzmäßig abzufindenden Geschwistern kann daher der Berechtigte mittels gerichtlicher Bekundung über den Brautschatz sogar schon vor dessen Kündbarkeit verfügen (§ 312 BgB.). Schuldner der Brautschätze ist der Anerbe. Mit dessen Hofübernahme kann die Sicherstellung des Brautschatzes mittels Eintragung in das Grundbuch verlangt werden. Dasselbe geschieht bei Eintritt einer Interimswirtschaft. Ein Anspruch etwaiger Gläubiger des Brautschatzberechtigten auf Sicherstellung mittels Eintragung eines Pfandvermerkes auf dem Grundbuchblatte des brautschatzpflichtigen Hofes oder eine sonstige Verpfändung des Brautschatzes ist vor dessen Kündbarkeit nach Aufhebung der Güterordnung von 1786 (§ 18) ausgeschlossen.

§ 63.

Erhöhung und Herabsetzung der Brautschätze.

Die Bestimmung der Höhe der Brautschatzbeträge

mittels Verdoppelung bezw. Verdreifachung des Grundsteuerreinertrages und Mietwertes der Gebäude würde etwas rein Schematisches sein und den in Betracht kommenden Verhältnissen häufig nicht gerecht werden. Bei dieser Art der Brautschatzberechnung wird die größere oder geringere Zahl der mittels Brautschatz vom Hofe abzubringenden Kinder nur an einer Stelle, der gute oder schlechte Zustand des Hofes in Gebäuden, Beständen und Grundstücken sowie die leichte oder schwere Belastung des Hofes namentlich infolge eingetragener Schulden und Leibzuchtsrechten überhaupt nicht berücksichtigt. Um etwaigen Härten in dieser Richtung abzuhelfen, können die gesetzlichen Brautschätze zu Gunsten des Anerben auf die Hälfte herabgesetzt werden, zu Gunsten der Brautschatzberechtigten auf das Vierfache und bei erheblicher Verbesserung der Vermögensverhältnisse infolge vormundschaftlicher Hofverwaltung auf das Sechsfache erhöht werden. Die Herabsetzung erfolgt auf Antrag des Anerben, die Erhöhung auf Antrag eines Brautschatzberechtigten.

§ 64.

Die Brautschatzkommission.

Die Herabsetzung oder Erhöhung der Brautschätze erfolgt durch eine Kommission von drei Mitgliedern (Brautschatzkommission). Zum Zwecke der Bildung dieser Brautschatzkommission stellt das Verwaltungsamt für jeden Einzelfall sieben Schiedsrichter aus der Zahl der sechsjährlich vom Amtsgemeinderate zu wählenden, vom Verwaltungsamte ein für alle Male durch Handschlag an Eidesstatt zu unparteiischer und gewissenhafter Ausführung ihres Amtes zu verpflichtenden zwölf Grundbesitzer auf.

Jede Amtsgemeinde bildet eine besondere Brautschatzkommission. Für die Stadtbezirke Lemgo und

Schwalenberg ſind die Kommiſſionen der Ämter Brake bezw. Schwalenberg zuſtändig. Für die übrigen Stadtbezirke beſtimmt von Fall zu Fall die Regierung eine der angrenzenden Amtsgemeinden, welche die Brautſchatzkommiſſion ſtellen ſoll.

Das weitere Verfahren liegt in der Hand des für den Hof zuſtändigen Amtsgerichts. Jeder Streitteil kann ſich von den ſieben Schiedsrichtern vor dem Amtsgerichte ſchriftlich oder mündlich zwei verbitten. Mangels Ausübung dieſes Verbittungsrechtes erfolgt die Auswahl der drei Schiedsrichter durch das Amtsgericht. Die Brautſchatzkommiſſion prüft und erwägt pflichtmäßig und gewiſſenhaft alle in Betracht kommenden Umſtände, insbeſondere die Zahl der Brautſchatzberechtigten, die Zeit der Brautſchatzzahlungen, den Zuſtand des Hofes namentlich bezüglich der Gebäude, der Beſtände und des Bodens, die Höhe und Art der Belaſtungen aller Art, insbeſondere der Eintragungen in der zweiten und dritten Abteilung des Grundbuches ſowie alle Verhältniſſe, welche die Leiſtungsfähigkeit des Hofes mehren oder mindern. Immer ſoll der Anerbe im Stande bleiben, ſich bei fleißiger Bewirtſchaftung des Hofes in deſſen Beſitze zu erhalten. Dabei wird auch zu berückſichtigen ſein, daß der Übernahmewert eines Hofes nur auf das 25 fache des Reinertrages geſetzlich feſtgelegt iſt. Der Spruch der Brautſchatzkommiſſion iſt unanfechtbar.

In den Ozean segelt mit tausend Masten der Jüngling,
Still, auf gerettetem Boot, kehrt in den Hafen der Greis.

Kapitel V.
Der Überlebende.

§ 65.
Allgemeine Grundsätze.

Für die Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten in Beziehung auf das Hofgut sind in erster Linie etwaige letztwillige Bestimmungen des verstorbenen Ehegatten entscheidend, ohne Unterschied, ob diese in einer einseitigen Verfügung des Hoferblassers (Testament) oder in gemeinsamer Verfügung der Ehegatten (Erbvertrag, gemeinsames Testament) sich finden, wenn sie nach Form und Inhalt nur rechtsgültig sind.* Mangels letztwilliger Bestimmungen (gewillkürte oder Testat-Erbfolge) entscheiden die in Kraft gebliebenen Vor-

*) Anm. (Bei der großen Bedeutung letztwilliger Verfügungen für sämtliche Hinterbliebene sind zwecks Erleichterung ihrer privaten Errichtung im Anhange S. 115—125 Muster eines privatschriftlichen einseitigen und eines privatschriftlichen gemeinsamen Testamentes der Eheleute sowie eines Dorftestamentes beigefügt. — Ein Erbvertrag kann nur vor Gericht bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile, also nicht privatschriftlich errichtet werden).

ſchriften des Höferechtes und in deren Ermangelung die Vorſchriften des BgB. (geſetzliche oder Inteſtaterbfolge).

Bei dieſer geſetzlichen Erbfolge iſt in erſter Linie maßgebend der Güterſtand, in welchem die Eheleute gelebt haben. Vorweg hervorzuheben iſt jedoch, daß, ſoweit in Beziehung auf das Hofgut Gütergemeinſchaft unter den Eheleuten nicht beſtanden hat, eine Hoferbfolge überhaupt nicht eintritt, wenn der Hof von dem überlebenden Ehegatten mit in die Ehe gebracht iſt. Eine geſetzliche Vererbung kann daher nur eintreten, wenn der Hof ausſchließlich dem verſtorbenen Ehegatten gehört oder dieſer wenigſtens Anteil an dem Hofgute kraft Gütergemeinſchaft gehabt hat. Hervorzuheben iſt weiter, daß der Überlebende neben Abkömmlingen, Eltern oder Großeltern des Erblaſſers anteilig, neben entfernteren Verwandten, namentlich auch ſchon an Stelle von Abkömmlingen verſtorbener Großeltern allein erbt.

§ 66.

Rechtsſtellung nach der Güterordnung von 1786.

Bei der geſetzlichen Erbfolge richtet ſich die Rechtsſtellung des Überlebenden, deſſen Ehe vor dem 1. Jan. 1900 geſchloſſen war, auch weiterhin nach der Güterordnung von 1786, ſoweit nicht nachträglich ein anderer Güterſtand vereinbart iſt. Der Überlebende bleibt alſo hier in Beſitz, Verwaltung, Nutzung und Eigentum des Hofes, im Falle kinderloſer (unbeerbter) Ehe ſogar unter Ausſchluß ſämtlicher Verwandten des Verſtorbenen auch dann, wenn der Hof von dem Verſtorbenen mit in die Ehe gebracht war. Im Falle beerbter Ehe ſetzt der Überlebende mit den Kindern die Gütergemeinſchaft fort. Kraft des ungeteilten Miteigentums der Kinder am Hofgute kann der Überle-

bende wohl Verwaltungshandlungen, nicht aber auch außer zum Besten der ganzen Familie beliebige Verfügungshandlungen vornehmen, namentlich ohne Zustimmung der Kinder nicht letztwillig verfügen. Während die Kinder einen Anspruch nur auf Unterhalt und Erziehung, nicht auch auf Aufhebung oder Teilung der Gemeinschaft haben, steht dem Überlebenden die Aufhebung der Gemeinschaft (Schichtung) jederzeit frei.

Schichtung muß erfolgen für den Fall der Wiederverheiratung des Überlebenden, der dann ein Recht auf Übernahme des Hofes hat, sofern er die Kinder über den Umfang der ihnen zufallenden Schichtteile hinaus durch Auszahlung oder durch hinreichende Sicherstellung abfindet. Dies Übernahmerecht steht aber nur dem Vater Zeit seines Lebens zu und nur unbeschadet der Rechte des Anerben. Verheiratet sich die leibliche Mutter wieder, so verliert sie das Eigentum am Hofe zu Gunsten des Anerben. Desgleichen, da gemäß Art. 200 E. BgB. nur die erbrechtlichen, nicht auch die familienrechtlichen Wirkungen des früheren Rechtszustandes noch nach dem 1. Januar 1900 bestehen geblieben sind, mit der elterlichen Gewalt über den Anerben auch Besitz, Verwaltung und Nutzung am Hofe des Anerben, soweit ihr mit ihrem neuen Manne nicht etwa Meierjahre verschrieben sind.

§ 67.

Rechtsstellung bei Verwaltungsgemeinschaft und Gütertrennung.

Von den Güterständen des BgB. können bei der gesetzlichen Hoferbfolge die Fahrnisgemeinschaft (§§ 1519 ff. BgB.) außer Betracht bleiben, da der Hof Fahrnis (bewegliches Gut) nicht darstellt und als Errungenschaftsvermögen mittels Aufwendung von Freigut erworben, nach geltendem lippischen Rechte in der-

ſelben Familie erſtmalig nach den Vorſchriften des BgB. ſich vererben muß, bevor er wieder die erbrechtliche Eigenſchaft von Hofgut annehmen kann. Zu betrachten bleibt danach für die Rechtsſtellung des überlebenden Ehegatten von den Güterſtänden des BgB. insbeſondere auch dann, wenn der Hof mittels Aufwendung von Hofgut neu erworben iſt, nur die Verwaltungsgegemeinſchaft, die Gütergemeinſchaft und die Gütertrennung des BgB.

Da nicht nur bei der Gütertrennung, ſondern auch bei der Verwaltungsgemeinſchaft ein etwa zum Hofgute gehöriger Hof dem Eigentume nach nur einem der Ehegatten zuſtehen kann und bei dem Höfeerbrecht lediglich das Eigentum am Hofe entſcheidend iſt, ſo ſtehen dieſe beiden Güterſtände in Bezug auf die Vererbung eines etwa nachgelaſſenen Hofes ſich gleich. Bei beiden Güterſtänden würde dem überlebenden Ehegatten, wenn der Hof teilbar wäre, neben Abkömmlingen des Hoferblaſſers ein Viertel, neben Eltern des Hoferblaſſers und deren Abkömmlingen oder Großeltern die Hälfte des Hofes zuſtehen.

Wäre einer der vier Großelternteile mit oder ohne Hinterlaſſung anteilberechtigter Abkömmlinge bereits verſtorben, ſo würde dem überlebenden Ehegatten auch deren Anteil an der zweiten Hälfte zuſtehen. In dieſem Falle würde er, da jeder Großelternteil $^1/_4$ von der zweiten Hälfte bekommt, im Ganzen ($^1/_2$ u. $^1/_2$. $^1/_4$ = $^5/_8$) Fünfachtel des Hofes außer dem Voraus erhalten.

§ 68.

Erbrecht bei Verwaltungsgemeinſchaft und Gütertrennung.

Auf Grund der Unteilbarkeit des Hofes kann es ſich bei dieſer Güterſtänden nur darum handeln, in welcher Weiſe die Auseinanderſetzung der Beteiligten ſtattfinden d. h. wer von ihnen den Hof haben und wer in anderer Weiſe vom Hofe abgefunden werden ſoll.

Bei beerbter Ehe fällt das Hofgut dem Anerben zu. Bis zu deſſen Großjährigkeit behält hier aber der Überlebende kraft elterlicher Gewalt die Verwaltung und Nutznießung am Hofgute. Mit Erlangung der Großjährigkeit — Vollendung des 21. Lebensjahres — übernimmt mangels anderweiter Einigung der Beteiligten der Anerbe ſelbſt das Hofgut, während der Überlebende mit den nachgeborenen Kindern die Leibzucht bezieht.

Bei unbeerbter Ehe ſteht dem Überlebenden kraft Höferechtes ebenfalls ſtets die Leibzucht zu. Da den Eltern und deren Abkömmlingen ſowie den Großeltern des Hoferblaſſers neben deſſen überlebendem Ehegatten ein Erbrecht lediglich auf Grund des BgB. gegen den Hoferblaſſer zuſteht, ſo wird der Überlebende, wie er von dem nachgelaſſenen Freigute des Hoferblaſſers ſeine geſetzliche Hälfte erhält, ſtatt der Leibzucht auf Grund des ihn hier günſtiger ſtellenden BgB. ſeine geſetzliche Hälfte auch von dem Hofgute verlangen können. Da dem überlebenden Ehegatten bei den Güterſtänden der Verwaltungsgemeinſchaft und der Gütertrennung ein Übernahmerecht am Hofe gegen deſſen Werterſetzung nach §§ 1502 BgB. nicht zuſteht, ſo wird hier mangels Einigung der Erbbeteiligten — nötigenfalls im Wege öffentlicher Verſteigerung, bei welcher alle Beteiligten mitbieten können — eine Verſilberung des Hofgutes und danach anteilige Verteilung des Erlöſes erfolgen müſſen.

Bei den Güterſtänden der Verwaltungsgemeinſchaft und der Gütertrennung würde bei unbeerbter Ehe dem Überlebenden alſo ein Wahlrecht zwiſchen der Leibzucht des Höferechtes und dem geſetzlichen Erbrechte des BgB. zuſtehen. Im Fall der Wahl der Leibzucht iſt der Überlebende ſtets der nächſte Erbe des Hoferblaſſers, da die Leibzucht in vollem Umfange

den Anteilen der gesetzlichen Erben vorgeht. Bei der Wahl der Leibzucht wird der Überlebende sich dann besser stehen, wenn der Hof hoch belastet ist, da im Falle der Erbfolge nach BgB. ihm neben etwaigen anderweiten Erben nur sein gesetzlicher Anteil an dem aus der Versilberung des Hofes erzielten Überschusse zustehen würde.

§ 69.

Rechtsstellung bei der Gütergemeinschaft des BgB.

Bei der Gütergemeinschaft des BgB. findet bei unbeerbter Ehe mit dem Ableben des Hoferblassers zunächst eine Auseinandersetzung über das den Ehegatten gemeinschaftliche Gut (Gesamtgut) statt. Auf Grund der Gemeinschaft fällt hier dem Überlebenden zunächst die eine Hälfte des Reinüberschusses am Hofgute als sein Anteil zu. Von der anderen Hälfte, die nun den Nachlaß des Verstorbenen bildet, erhält er wieder die Hälfte als gesetzlichen Erbteil, im Ganzen also ($^1/_2$ u. [$^1/_2$. $^1/_2$ =] $^1/_4$ = $^3/_4$) Dreiviertel des ganzen gemeinschaftlichen Vermögens. Außerdem stehen ihm als Voraus die Hochzeitsgeschenke und die nicht Zubehörstücke des Hofes bildenden Gegenstände des ehelichen Haushaltes als gesetzliche Erbstücke zu. Nur die Hälfte des Nachlasses des Erblassers oder nach Abzug des Voraus ein Viertel des ganzen gemeinschaftlichen Vermögens steht den übrigen Erben des Hoferblassers zu. Da bei der Gütergemeinschaft des BgB. dem Überlebenden ein allgemeines Übernahmerecht bezüglich des Gesamtgutes gegen dessen Werterfetzung zusteht (§ 1502 BgB.), kann der Überlebende hier ohne Schwierigkeit sich im Besitze des Hofes erhalten, falls der Hof nicht zu tief verschuldet oder aber zur Begleichung der Schulden eheliches Freigut oder Sonder-

gut des Überlebenden (Vorbehaltsgut) hinreichend vorhanden ist.

Bei beerbter Ehe setzt der Überlebende die Gütergemeinschaft mit den Kindern fort. Er hat hier die rechtliche Stellung des Mannes, die Kinder haben die rechtliche Stellung der Frau.

§ 70.

Die Auseinandersetzung bei der Gütergemeinschaft des BgB.

Die Fortsetzung der Gütergemeinschaft des BgB. kann der Überlebende jederzeit ohne Angabe von Gründen durch Erklärung gegenüber dem Amtsgerichte ablehnen. Die Kinder können nur aus den gesetzlich festgelegten Gründen (§ 1495 BgB.) auf Aufhebung der Gemeinschaft klagen. Im Falle der Aufhebung findet dann eine Auseinandersetzung über das gemeinschaftliche Vermögen mit den Kindern nach den allgemeinen Vorschriften (§§ 1474 ff. BgB.) statt.

Aufhebung der Gemeinschaft und Auseinandersetzung erfolgen mangels Einigung der Beteiligten im Falle der Wiederverheiratung des Überlebenden, wenn Kinder oder anteilsberechtigte Abkömmlinge von solchen vorhanden sind. Bei Minderjährigkeit von Kindern erfolgt die Auseinandersetzung unter Mitwirkung des Amtsgerichts (§ 1493 BgB.). Bei der Auseinandersetzung steht dem Überlebenden auch hier ein Übernahmerecht bezüglich des Gesamtgutes oder einzelner Gegenstände desselben, also auch eines etwa zum Gesamtgute gehörigen Hofes gegen Wertersetzung zu.

Nach der Auseinandersetzung behält der sich wiederverheiratende Vater an dem Vermögen der minderjährigen Kinder Verwaltung und Nutznießung kraft elterlicher Gewalt. Infolge ihrer Wiederverheiratung verliert die Mutter mit der elterlichen Gewalt auch

Verwaltung und Nutznießung an dem Kindesvermögen zu Händen der zu errichtenden Vormundschaft. Mangels Übernahme des Hofes wird der Überlebende auch hier spätestens mit dem Ablauf etwa verschriebener Meierjahre auf die Leibzucht zu weichen schuldig sein.

Des Lebens Müh lehrt uns des Lebens Güter schätzen.

Kapitel VI.

Die Interimswirtschaft.

1. Landespolizeiordnung von 1620, Titel 10, § 3; 7, § 4; 1,364; 366.
2. Art. 64, Abs. 1 E. BgB.
3. Führer, S. 212 ff.
4. Meyer, S. 430 ff.

§ 71.

Eintritt der Interimswirtschaft.

Im Falle ihrer Wiederverheiratung kann der überlebenden Mutter und deren neuem Ehemanne bei Minderjährigkeit des Anerben der Hof weiter zu Besitz, Verwaltung und Nutzung übertragen werden, während das Eigentum am Hofe dem Anerben verbleibt. Es ist dies der gewöhnliche Fall der sog. Interimswirtschaft.

Ist die überlebende Mutter Alleineigentümerin des Hofes oder wenigstens zu dessen Übernahme kraft Gütergemeinschaft oder auf Grund letztwilliger Bestimmung des Hoferblassers berechtigt und mit Rücksicht auf die etwa erforderlichen Geldmittel im Stande, so steht ihr spätestens mit der Übernahme des Hofes ein unbeschränktes Verfügungsrecht unter Lebenden wie auf den Todesfall am Hofe zu. Sie kann sich also auch ohne

Rückſicht auf ihre etwaigen Kinder oder den Anerben beliebig wieder verheiraten und mit dem neuen Ehemanne einen beliebigen Güterſtand und beliebige Erbfolge vereinbaren, ſoweit ſie ſich nicht etwa letztwillig oder ſonſtwie ſchon dem verſtorbenen Ehegatten gegenüber gebunden hat.

Steht dagegen das Eigentum am Hofe nicht der überlebenden Mutter, ſondern dem Anerben zu, ſo iſt ſie zu Beſitz, Verwaltung und Nutznießung des Anerbenhofgutes nur kraft elterlicher Gewalt, alſo bis zur Großjährigkeit des Anerben berechtigt, im Falle ihrer Wiederverheiratung nur bis zu letzterem Zeitpunkte. Von da ab wird der Anerbe vermögensrechtlich, alſo in Beziehung auf Eigentum, Beſitz, Verwaltung und Nutznießung auch am Hofgute durch die zu errichtende Vormundſchaft vertreten. Der überlebenden Mutter würde an ſich nur die Leibzucht zuſtehen, während das Hofgut — bis zu deſſen Übernahme durch den Anerben — anderweit genutzt, z. B. verpachtet werden müßte.

Mit einer Verpachtung oder anderweiten Überlaſſung des Hofes zu Beſitz, Verwaltung und Nutznießung gegen Entgelt würden vielfach die Intereſſen des Hofes ſelbſt nicht hinreichend gewahrt ſein. Häufig könnte es auch an geeigneten Bewerbern fehlen. Auch der — im Regelfalle mit Kindern — auf der Leibzucht ſitzenden Mutter und deren etwaigem neuen Ehemanne würde nach Bildung, Beruf und allgemeiner Lebenstätigkeit ſowie — durch das nur auf dem Hofe ſelbſt zu gewährende Leibzuchtswohnrecht — örtlich gebunden, eine dauernde und ergiebige Erwerbsbetätigung häufig nicht möglich ſein. So iſt, um das Intereſſe der ganzen Familie, insbeſondere auch das des Anerben beſtens zu wahren, ſeit Alters zu der Einſetzung eines Interims- oder Malwirts gegriffen in

der Perſon des neuen Ehegatten der überlebenden leiblichen Mutter. Es ſteht aber rechtlich nichts im Wege, im Falle des Ablebens der leiblichen Mutter des Anerben den überlebenden Stiefvater und deſſen etwaige weitere Ehefrau (beide Stiefeltern des Anerben) als Interimswirte einzuſetzen.

§ 72.

Die Mal= oder Meierjahre.

Der Interimswirt oder, wie dies Gebilde des Höferechts ſich ebenſo treffend zu altdeutſch bezeichnen läßt, der Malwirt* ſoll nach des Wortes eigenſter Bedeutung nur zwiſchenzeitlich (interim) beſtellt werden, nämlich regelmäßig nur bis zur Großjährigkeit des Anerben. Häufig wird aber der Anerbe, namentlich ſeitdem das Großjährigkeitsalter von 25 auf 21 Jahre reichsgeſetzlich herabgeſetzt iſt, nur noch wenig Jahre von der Großjährigkeit entfernt ſein und ſich dann für die kurze Zeit nicht immer leicht ein geeigneter Interimswirt finden. In ſolchen Fällen kann der Hof auch auf Jahre über die Großjährigkeit des Anerben hinaus überlaſſen werden. Dies gilt auch für überlebende Stiefväter oder Stiefmütter des Anerben. Das dreißigſte Lebensjahr des Anerben wird aber als äußerſte Grenze für die Dauer der Interimswirtſchaft angeſehen werden müſſen.

Die Interimswirtſchaft iſt geſetzlich nicht ausdrücklich feſtgelegt. Sie wird daher ausſchließlich durch Vertrag begründet. Der Vertrag bedarf zu ſeiner Rechtsgültigkeit der gerichtlichen Beurkundung und der

*) Anm. (vgl. Meyer S. 26, 106, 335, 351, 430, 446; Mal oder Thing bedeutet altdeutſche Gerichtsſtätte, an welcher urſprünglich vor der Volksgemeinde derartige Verträge allein getätigt wurden).

Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Als Vertragsteile kommen in Betracht die Vormundschaft als gesetzliche Vertretung des Anerben und die Interimswirte. Die Tätigung des Vertrages wird als Verschreibung der Mal- oder Meierjahre bezeichnet. In dem Vertrage selbst werden die einzelnen Rechte und Pflichten der Interimswirte tunlichst genau festgelegt. Insbesondere wird die Dauer der Interimszeit oder die Zahl der Maljahre bestimmt, da mangels dessen die Maljahre mit der Großjährigkeit des Anerben enden. Zu größerer Sicherheit wird die Interimswirtschaft auch in der zweiten Abteilung des Grundbuches vermerkt werden können.

§ 73.

Die Rechtsstellung des Interimswirtes.

Mangels entgegenstehender vertraglicher Bestimmungen werden folgende Grundsätze gelten:

Den Interimswirten steht an dem Hofgute nur Besitz, Verwaltung und Nutznießung für die Dauer ihrer Einräumung, im Zweifel bis zur Großjährigkeit des Anerben zu. Dies gilt im Zweifel auch für den Überlebenden der Interimswirte. Für den Fall der Wiederverheiratung des Überlebenden bedarf es bezüglich des neuen Ehegatten einer neuen Vereinbarung, widrigenfalls dem Aufheiratenden im Falle des Ablebens des Ersteren keinerlei Ansprüche an das Hofgut, insbesondere keine Leibzucht zusteht.

Das Eigentum am Hofe verbleibt ausschließlich dem Anerben, der als solcher auch im Grundbuche einzutragen ist. Sind danach die Interimswirte zu Verfügungshandlungen über die Liegenschaften des Hofgutes nicht befugt, so stehen ihnen im Übrigen alle in den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung des Hofgutes fallenden, auf die Erhaltung und Ver-

beſſerung des Hofgutes gerichteten Verwaltungshandlungen zu. Dies verſteht ſich ſowohl für die Ausbeſſerung, Unterhaltung und etwa erforderlichen Umbau oder Neubau von Gebäuden wie für die Verwertung, Ergänzung, Erſetzung und Verbeſſerung der Beſtände und Erzeugniſſe in Vieh, Vorräten, Maſchinen und Geräten. Die Einhaltung ordnungsmäßiger Bewirtſchaftung wird ſich insbeſondere auch auf die Beackerung, Düngung und Fruchtfolge ſowie auf pflegliche Behandlung von etwaigen Waldungen beziehen, ſodaß namentlich bei letzteren eine übermäßige Ausbeute unterbleibt.

Steuern und ſonſtige öffentliche Abgaben, die grundbuchmäßigen Laſten, Beiträge aller Art, Unterhaltskoſten des Anerben und der übrigen Kinder ſowie etwa fällige oder fällig werdende Brautſchätze haben die Interimswirte zu ſtehen. Namentlich tritt auch der Aufheiratende zwar nicht wie der Anerbe als Geſamtnachfolger, wohl aber auf Grund des getätigten Malvertrages in alle zur Zeit ſeines Eintrittes vorhandenen Verbindlichkeiten ein.

Dafür haben die Interimswirte Anſpruch auf volle Leibzucht, ihre Kinder auf Brautſchätze, im Falle des Wegfalles des Anerben oder der erſtehelichen Kinder überhaupt, über und mittels des ihnen gemeinſamen Elternteils ſelbſt Anſprüche auf das Anerbe. Das allgemeine Erbrecht des überlebenden Ehegatten bleibt unberührt.

Kapitel VII.

Die Leibzucht.

1. Landespolizeiordnung von 1620, Titel 7, § 4; 10 § 1 und 2; 1,364; 366.
2. V.-O. wegen der Leibzüchter vom 17/3. 1767; 2,233.
3. V.-O. wegen der Leibzüchter vom 6/2. 1781; 2,750.
4. Artikel 96 E. BgB.
5. §§ 22, 23 des Ausf.-Gesetzes zum BgB. vom 17/11. 1899; 22,495.
6. Führer S. 113 ff.
7. Meyer S. 462 ff.

§ 74.

Frühere Grundsätze.

Die Leibzucht stellt die Versorgung der abtretenden Meierleute dar. Umfang und Beginn des Leibzuchtsbezuges bestimmt unter Mitwirkung und Zustimmung des Gutsherrn ursprünglich das Amt. Alter und Kränklichkeit der Meierleute geben, soweit sie die Fortführung der Wirtschaft nicht mehr zulassen, Anspruch auf die Leibzucht. Verschwender und schlechte Wirtschafter — Aufköcher, Verderber oder so die Güter in

Beſchwer geſetzt — erhalten die Leibzucht nicht, insbeſondere dann nicht, wenn hinreichender Grund zur Abmeierung beſteht. Je nach der Wirtſchaftsführung kann weniger guten Wirtſchaftern die halbe oder ſonſt ein Teil der Leibzucht eingeräumt werden.

Stiefväter und im Falle ihrer Wiederverheiratung auch die leibliche Mutter müſſen mit der Mündigkeit des rechten Erben (Anerben), jedoch nicht vor Ablauf der etwa feſtgeſetzten Maljahre auf die halbe Leibzucht weichen. Bei einer Wiederverheiratung des Stiefvaters verliert dieſer den Anſpruch auf die Leibzucht, erhält aber dafür ſein als Sicherheit für gute Wirtſchaftsführung eingebrachtes Vermögen, das nötigenfalls von ihm nachzuweiſen iſt, nebſt ziemlicher Widerlage als angemeſſene Entſchädigung für deſſen Einbringung zurück.

Dieſe kurzen Beſtimmungen der Landespolizeiordnung von 1620 werden erſt nach etwa 150 Jahren dahin ergänzt und erweitert, daß den Eltern der ſechſte Teil der Länderei und der im Abzugsjahre gezogenen Früchte, einem Leibzüchter ſowie dem Stiefvater mit Frau aber nur die Hälfte davon als Leibzucht zugeſtanden wird. Was die Leibzüchter daneben an Gärten, Obſt, Heuwachs, Hude und Weide für Rindvieh und für Schweine erhalten ſollen, wird unter Berückſichtigung des Hofzuſtandes am Amte mit den Beteiligten näher feſtgelegt.

Nach der Polizeiordnung erhielt der Stiefvater, der ſich mit der leiblichen Mutter des Anerben verheiratete, mit dieſer nur die halbe Leibzucht; die Stiefmutter dagegen, die den leiblichen Vater des Anerben heiratete, mit dieſem die ganze, im Falle des Ablebens des Vaters jedoch allein die Leibzucht. Auch im Falle ihrer Wiederverheiratung kann bei Minderjährigkeit des Anerben Stiefelterteilen der Hof in Meier- oder Maljahre und ebenſo die volle Leibzucht verſchrieben werden, wenn die Vormünder einen beſſeren Vorſchlag zur

Verwaltung des Hofes nicht zur Ausführung bringen können.

Voraussetzung für die Gewährung der Leichzucht an den Stiefvater oder an die Stiefmutter ist, daß sie ihr eingebrachtes Vermögen zum Nutzen des Hofes verwendet und den Hof gut verwaltet haben. Ueber Beides ist vor Beziehung der Leibzucht eine Bescheinigung des Amtes herbeizuführen. Die Verwendung des Eingebrachten zum Nutzen des Hofes, gute Verwaltung des Hofes während der Maljahre und die amtliche Bescheinigung über beide Punkte sind unumgängliche Erfordernisse für den Bezug der Leibzucht. Mangels Erfüllung dieser Voraussetzungen besteht ein Anspruch auf Leibzucht nicht. Bei teilweiser Erfüllung in Bezug auf Eingebrachtes oder Hofverwaltung wird die Leibzucht nur verhältnismäßig gewährt. Schließlich sollen auch leibliche Eltern nur im Falle von Altersschwäche oder Kränklichkeit und ebenfalls nur nach beigebrachter Bescheinigung über ihre gute Wirtschaftsführung zum Bezuge der Leibzucht zugelassen werden.

§ 75.

Die heutigen Leibzuchtsberechtigten.

Für das heutige Leichzuchtsrecht gelten folgende Bestimmungen:

Zum Bezuge der Leibzucht sind berechtigt

1. Die leiblichen Eltern oder Elternteile des Anerben; diese selbst dann, wenn sie den Hof auf den Anerben übertragen haben, ohne daß gleichzeitig eine Leibzucht verschrieben ist;
2. Der Stiefvater oder die Stiefmutter, die den leiblichen Elternteil des Anerben wiederheiraten;
3. Der Stiefvater oder die Stiefmutter, die den Stiefelternteil des Anerben während dessen Maljahre wiederheiraten; jedem von diesen aber nur,

wenn bei der Aufheiratung oder sonst eine Leibzucht für sie besonders vereinbart ist. Bei Lebzeiten des leibzuchtsberechtigten Stiefelternteiles wird man jenen aber auch ohne besondere Verschreibung der Leibzucht ein Zusammenleben mit dem Leibzuchtsberechtigten auf der Leibzucht, bis zu dessen Tode also ein Mitbenutzungsrecht der Leibzuchtswohnung zugestehen müssen.

Mehrere Leibzüchter neben einander sind nicht zulässig, um den Hof nicht zu schwer zu belasten. Sämtliche Berechtigte haben sich nötigenfalls in die nur einmal zu gewährende volle Leibzucht zu teilen.

§ 76.

Beginn und Ende der Leibzucht.

Der Leibzuchtsbezug beginnt für die leiblichen Eltern mit dem Tage der vertraglichen Festsetzung, mangels dessen mit der Übergabe oder der Verschreibung (Auflassung) des Hofes. Für die Stiefeltern beginnt der Leibzuchtsbezug mit dem Ablauf der Maljahre, mangels verschriebener Maljahre mit dem Eintritte der Mündigkeit des Anerben, seit 1875 also mit vollendetem 21. Lebensjahre. Verwendung des Eingebrachten zum Nutzen des Hofes, gute Verwaltung des Hofes sowie amtliche Bescheinigung über Beides wird zum Bezuge der Leibzucht nicht mehr vorausgesetzt.

Die Leibzucht endet mit dem Tode des Berechtigten, mit freiwilliger Aufgabe der Leibzucht (Verzicht) und infolge Abzuges des Leibzüchters im Falle etwaiger Wiederverheiratung oder aus sonstigen, nicht im eigenen Willen des Leibzüchters, sondern im Verhalten des Anerben oder dessen Angehörigen liegenden Gründen, schließlich infolge Kündigung. Letztere steht dem An-

erben unter Innehaltung einer angemessenen Kündigungsfrist zu, wenn infolge des Verhaltens des Leibzüchters oder dessen Angehörigen eine solche Störung der persönlichen Beziehungen eingetreten ist, daß ihm ein längeres Zusammenleben in einem Hause oder auf einem Hofe nicht wohl mehr zugemutet werden kann. Im Falle rechtsbegründeten Abzuges steht hier überall dem Leibzüchter eine Geldrente als billige Entschädigung für die Aufgabe der Leibzucht zu. Diese Rente ist mangels Einigung der Beteiligten unter Berücksichtigung sämtlicher geldwerter Leibzuchtsvorteile nötigenfalls gerichtlich festzusetzen.

Ein Kündigungsrecht steht auch dem Leibzüchter zu, wenn infolge des Verhaltens des Anerben oder dessen Angehörigen ihm ein ferneres Zusammenbleiben im selben Hause oder auf demselben Hofe nicht länger zuzumuten ist. Hier hat der Anerbe den Aufwand für die Beschaffung einer angemessenen Wohnung sowie jeden Schaden zu ersetzen, der dem Leibzüchter infolge Aufgebens der Leibzucht erwächst. Die Leibzucht endet mit dem Tode des Leibzüchters mangels Einigung der Berechtigten auch für denjenigen, der sich an einen Leibzüchter auf die Leibzucht verheiratet hat.

§ 77.

Der Leibzuchtsvertrag.*

Der Inhalt und der Umfang des Leibzuchtsrechtes unterstehen der völlig freien Vereinbarung der Beteiligten namentlich nach der Richtung, inwieweit die Leibzuchtsleistungen in Natur oder baarem Gelde zu ge-

*) Anm. (Einen Anhalt für die Vereinbarung einer Leibzucht mag die Leibzuchtsverschreibung in § 2 des Hofabtretungsvertrages, Anhang VI, S. bieten).

währen ſind. Zwingendes Landesrecht gibt es inſoweit daher nicht (Art. 96 E. BgB.). Leibliche Eltern oder Elterteile vereinbaren die Leibzuchtsbedingungen mit dem Anerben nach freier Willkür. Stiefeltern oder Stiefelternteile treffen die Vereinbarung der Leibzucht mit den Vormündern des noch nicht mündigen Anerben unter vormundſchaftsgerichtlicher Beſtätigung. Als Maßſtab für die Einigung der Beteiligten wird die Größe und der Ertrag des Hofes an Vieh, Früchten und ſonſtigen Hülfsquellen, der Zuſtand der Gebäude und Ländereien ſowie die Belaſtung des Hofes an vorhandenen Schulden, Brautſchatzleiſtungen und ſonſtigen Laſten dienen. Im Leibzuchtsvertrage kann insbeſondere die Befugnis des Anerben zur Veräußerung oder Belaſtung des Hofes für die Dauer der Leibzucht ausgeſchloſſen oder beſchränkt werden.

Im Falle der Anerbe ſeinen Verpflichtungen aus dem Leibzuchtsvertrage nicht nachkommt, ſteht dem Leibzüchter ein einſeitiges Rücktrittsrecht vom Leibzuchtsvertrage nicht zu, auch dann nicht, wenn der Anerbe z. B. infolge Mahnung oder Friſtſetzung im Verzuge iſt. Im Falle der Leiſtungsweigerung des Anerben kann der Leibzüchter auch nicht etwa im Umfange der Leiſtungspflicht die Herausgabe des Hofes verlangen. Dem Leibzüchter ſtehen demnach Anſprüche aus §§ 325, 326 und 328 BgB. nicht zu. Er kann nur auf Grund des Leibzuchtsvertrages oder mangels deſſen auf Grund der leibzuchtsgeſetzlichen Beſtimmungen Anſprüche erheben.

Der Leibzuchtsvertrag gilt im Zweifel für die Lebensdauer des Berechtigten. Beſteht die Leibzuchtspflicht in Gewährung einer Rente, ſo iſt der für ſie angeſetzte Betrag im Zweifel der Jahresbetrag. Eine Geldrente iſt für je drei Monate in voraus zu entrichten. Bei einer ſonſtigen Rente beſtimmt ſich der Zeitabſchnitt der Vorausentrichtung nach der Be-

ſchaffenheit und dem Zwecke der Rente. Iſt der Zeitabſchnitt der Vorausentrichtung erlebt, ſo iſt die Rente für den ganzen Zeitabſchnitt anforderbar.

§ 78.
Die Leibzuchtswohnung.

Der Leibzüchter hat Anſpruch auf Wohnung und Unterhalt, wie ſie den Leibzüchtern mit Rückſicht auf die Leiſtungsfähigkeit des Hofes angemeſſen ſind. Bei größeren und mittleren Höfen beſteht ein Anſpruch auf geſonderte Leibzuchtswohnung. Bei kleineren Beſitzungen, die eine beſondere Leibzuchtswohnung nicht ſtehen können, „Stätten, wovon keine ſechs Scheffel Saatland zur Leibzucht abgegeben werden können“, wird die Leibzucht im Hausſtande und in der Familie des Anerben gewährt mittels Beſchaffung hinreichender Wohn- und Schlafräume ſowie mittels Beköſtigung am Tiſche des Anerben. Bei ſolchen geringeren Leibzuchten beſteht eine Verpflichtung der Leibzüchter zu angemeſſener Arbeitsleiſtung auf dem Beſitztume.

Bei Gewährung einer geſonderten Leibzucht iſt vom Anerben die Leibzuchtswohnung in eingerichtetem, wohnfertigen Zuſtande zu überlaſſen und während der Dauer der Verpflichtung von ihm in Dach und Fach zu halten. Insbeſondere im Falle teilweiſer oder völliger Zerſtörung der Leibzuchtswohnung, ſoweit ſie durch die Leibzüchter nicht verſchuldet iſt — dieſer Nachweis würde dem Anerben obliegen — hat der Anerbe die Wohnung in angemeſſener Zeit und Art wieder herzuſtellen und auszurüſten, bis dahin aber den Leibzüchtern anderweit angemeſſene Wohnung auf ſeine Koſten zu beſchaffen.

Ausbeſſerungen und Erneuerungen, die ſonſt im Laufe der Bewohnung und infolge der Abnutzung erforderlich werden, alſo die gewöhnliche Unterhaltung insbeſondere der Innenräume ſtehen die Leibzüchter

ſelbſt. Staats- und Gemeindeſteuern ſowie ſonſtige allgemeine oder dingliche Laſten, die auf die Leibzucht entfallen würden, trägt der Anerbe.

In eine abgeſonderte Leibzuchtswohnung darf der Leibzüchter ſeine Familie und die zur ſtandesgemäßen Bedienung und zur Pflege erforderlichen Perſonen aufnehmen. Bei gemeinſamer Wohnung des Leibzüchters und des Anerben dürfen ſeitens der Leibzüchter ſolche Perſonen nicht dauernd aufgenommen werden, die erſt nach Abſchluß des Leibzuchtsvertrages Familienangehörige der Leibzüchter (z. B. Ehegatten, für ehelich Erklärte oder an Kindesſtatt Angenommene) oder bereits früher aus dem Hausſtande des Leibzüchters ausgeſchieden ſind.

§ 79.
Die Leibzuchtszubehörungen.

Neben der Wohnung und deren Einrichtung erhält der Leibzüchter auch Ländereien, die erforderlichen Geräte und Viehſtücke als Zubehör mit zur Leibzucht. Als Maßſtab für die Bemeſſung der Leibzuchtszubehörungen dient zunächſt die Hofgewohnheit. Es wird alſo nach Umfang, Art, Zahl und Güte das gewährt, was auf dem Hofe in früheren Fällen geleiſtet iſt, alſo die Leibzuchtswohnung, der Leibzuchtsgarten, die Leibzuchtswieſe, die Leibzuchtshude und die Leibzuchtsländerei.

Im Übrigen dient die Leiſtungsfähigkeit des Hofes und das Bedürfnis der Leibzüchter als Maßſtab für die Beſtimmung der Leibzuchtszubehörungen. Dies gilt insbeſondere für die Auswahl des Viehſtandes in Art, Stückzahl und Unterhaltung. Bei der Auswahl der auf dem Hofe vorhandenen Haushaltsgegenſtände durch die Leibzüchter kann auch das berückſichtigt werden, was der Ehegatte des Anerben etwa mit in die Ehe bringt. An Holz erhalten die Leibzüchter freien Brand, bei unzureichender Holzung jedes dritte Fuder, das der An-

erbe für ſich anfahren würde; vom Obſte ebenfalls den dritten Teil. Sonſtige Erzeugniſſe des Hofes ſind an die Leibzucht im Zweifel in mittlerer Art und Güte zu liefern, wie ſolche auf dem Hofe bei ordnungsmäßiger Bewirtſchaftung gewonnen werden. Dasſelbe gilt für die Auswahl des Leibzuchtslandes und der ſonſtigen Zubehörſtücke der Leibzucht.

Soweit der Leibzüchter nicht etwa ſelbſt beſpannt iſt, hat der Anerbe die erforderlichen landwirtſchaftlichen Fuhren zu leiſten und das Leibzuchtsland mit zu beackern. Saatkorn und Dünger liefern die Leibzüchter ſelbſt. Desgleichen haben ſie Garten, Wieſe und Hudekamp in Einfriedigung zu halten, wie ſie ihnen überliefert ſind. Holz und Potten liefert ihnen dazu unentgeltlich der Anerbe.

§ 80.
Rechtseigenſchaft der Leibzuchtsgegenſtände.

Leibzuchtswohnung und die einzelnen Leibzuchtszubehörungen bleiben mangels entgegenſtehender Einigung der Beteiligten grundſätzlich Beſtandteile des Hofes. Der Leibzüchter erhält daher an ihnen kein Eigentum, ſondern nur das Recht des perſönlichen Gebrauches. Der Leibzüchter darf über ſie daher nur im Rahmen ordentlicher Wirtſchaftsführung verfügen, im Übrigen aber ſie nicht Dritten überlaſſen, ſie nicht verpfänden oder ſonſt ihrer ſich entäußern. Gegenteiligenfalls liegt dem Leibzüchter die ſofortige (ſtündliche) Wiederergänzung ob. Mangels ſofortiger Wiederergänzung kann der Anerbe die Herausgabe etwa veräußerter Gegenſtände auch von Dritten beanſpruchen, ſoweit dieſe bei dem Erwerbe in Kenntnis davon geweſen ſind, daß es ſich um Leibzuchtsgegenſtände handelt, ſie alſo nicht der gute Glaube (§§ 926, 932 ff. BgB.) ſchützt.

Da dem Anerben das Eigentum an der Leibzucht und an deren Zubehör verbleibt, verſteht es ſich von

ſelbſt, daß der Leibzüchter ſowenig wie der Interimswirt eine Belaſtung etwa der Leibzuchtswohnung oder der Leibzuchtsländerei vornehmen kann. Heute iſt dies ſchon nach den Grundbuchvorſchriften ausgeſchloſſen, da mit der Verſchreibung der Leibzucht der Anerbe regelmäßig die Auflaſſung des Hofes erhält und damit als eingetragener Eigentümer allein auch zu dinglicher Belaſtung befugt iſt. Eine weitere Folge des dem Hofe verbleibenden Eigentums und der Wiederergänzungspflicht des Leibzüchters bezüglich der Leibzuchtsgegenſtände iſt deren unentgeltlicher Rückfall an den Hof infolge Wegfalles der Leibzuchtspflicht mit dem Ableben des Leibzüchters. Die Vermutung ſpricht hier alſo für Hofeigentum und gegen das Eigentum des Leibzüchters, ſoweit ſich aus einem etwaigen Leibzuchtsvertrage nicht unzweideutig das Gegenteil ergibt.

Bei beendeter Leibzucht wird den Erben der Leibzüchter für noch nicht gezogene Früchte nur die Einſaat und der etwa verwendete Kunſtdünger vergütet. Die Früchte ſelbſt fallen ebenfalls an den Hof. Im Falle des Ablebens des einen Leibzüchters fällt nur die eine Hälfte der Leibzucht zurück, während die andere Hälfte dem Überlebenden verbleibt. Auch vom Leibzuchtshauſe fällt die eine Hälfte an den Hof zurück, ſoweit es für zwei Familien zur Wohnung geeignet iſt. Der überlebende Leibzüchter hat hier jedoch ein Vormieterecht, ſodaß er mit der Ausübung dieſes Rechtes jeden Dritten aus dem Leibzuchtshauſe fernhalten kann. Von der Leibzuchtsländerei fällt bei dem Ableben eines der beiden Leibzüchter ſtets die Hälfte an den Hof zurück. Vom Obſt behält der Überlebende den vierten Teil, an Wieſe und Hude ſoviel, als der Leibzuchtsbedarf erfordert. Das Gleiche gilt bezüglich der übrigen Leibzuchtszubehörungen, insbeſondere auch bezüglich der Haushaltsgegenſtände.

Ich träum' als Kind mich zurücke.
A. v. Chamiſſo.

Anhang.

I.
Das ſelbſtverfaßte oder ſelbſtgeſchriebene, eigenhändige (holographiſche) Teſtament, (Privatteſtament).

(§ 2231 Ziffer 2 BgB.).

A. Einleitung.

Jedermann, der ſchreiben und Geſchriebenes leſen kann, 21 Jahre alt und nicht wegen Geiſtesſchwäche, Verſchwendung oder Trunkſucht entmündigt iſt, kann ohne Angehung des Gerichtes und ohne Zuziehung anderer (dritter) Perſonen ein Teſtament rechtsgültig ſelbſt errichten.

Nach Art eines einfachen Briefes, der Ort und Zeit der Abfaſſung ſowie die Unterſchrift des Verfaſſers aufweiſt, ſchreibt der Teſtamentserrichter (Erblaſſer) ſeinen letzten Willen, nämlich das, was für den Fall ſeines Todes gelten und Rechtens ſein ſoll, eigenhändig nieder, fügt unterhalb oder oberhalb der Erklärung des letzten Willens mit eigenhändiger Schrift den Ort und den Tag der Errichtung hinzu und unterzeichnet ſodann das Ganze eigenhändig mit ſeinem Namen. Fehlt in dem Teſtamente die Angabe von Ort oder Zeit der Errichtung oder die Namensunterſchrift des Teſtaments-errichters oder iſt das Teſtament von Anfang bis zu Ende nicht ſelbſt und eigenhändig, etwa z. B. mittels

Maſchine geſchrieben, ſo iſt es rechtlich in jeder Beziehung ungültig und kann den beteiligten Hinterbliebenen höchſtens als Richtſchnur für etwaige Einigungsverhandlungen dienen.

Als Namensunterſchrift genügt der einfache Haus- oder Familienname. Zur Vermeidung von Zweifeln über die Perſon des Teſtamentserrichters wird es ſich jedoch empfehlen, dem Familiennamen ſtets wenigſtens einen Vor- oder Rufnamen, jedenfalls aber dem Familiennamen eine ſolche Bezeichnung z. B. die Nummer des Hofes oder den Tag der Geburt beizufügen, daß eine Verwechſelung mit andern Perſonen (Vater oder Sohn, Mutter oder Tochter, Geſchwiſter u. ſ. w.) völlig ausgeſchloſſen iſt.*

Die Aufbewahrung eines ſolchen privat- oder handſchriftlichen Teſtamentes kann wie bei dem gemeinſchaftlichen Teſtamente der Eheleute (ſiehe Anhang II) in beliebiger Weiſe erfolgen. Einer amtlichen Hinterlegung des Teſtamentes bei Gericht bedarf es nicht, wenn es nur, verſchloſſen oder unverſchloſſen, ſo aufbewahrt wird, daß es mit dem Ableben des Erblaſſers aufgefunden werden kann. Wer ein ſolches Teſtament in Beſitz oder Obhut hat, muß es mit dem Tode des Erblaſſers bei Meidung von Ordnungsſtrafen umgehend (unverzüglich) an das Amtsgericht abliefern.

---

*) Anm. (Zu aller Vorſicht wird man das abgefaßte Schriftſtück, die Teſtamentsurkunde, vertrauensvoll ſeinem Geiſtlichen, ſeinem Richter, ſeinem Arzte, ſeinem Lehrer oder einer ſonſtigen Vertrauensperſon, die hinreichendes Verſtändnis für dieſe Formvorſchriften vermuten läßt, zur Durchſicht oder zur Prüfung darüber vorlegen, ob auch die Form der Abfaſſung richtig, d. h. Ort und Zeit, das Datum ſowie Namensunterſchrift nicht vergeſſen und alles ſelbſt und eigenhändig geſchrieben iſt).

B. Muſter für ein handſchriftliches Teſtament.

Mein letzter Wille.

Freien, ernſten und wohlüberlegten Willens beſtimme ich, der unterzeichnete Landwirt Karl, Wilhelm, Albrecht Ameier Nr. 7 in Behauſen, hierdurch für den Fall meines dereinſtigen Ablebens Folgendes:

Zu meinen Erben ſetze ich ein

1. meine Ehefrau, Laura Luiſe, geborene Cemeier,
2. meine Kinder und zwar
   a) meinen Sohn Auguſt,
   b) meine Tochter Johanne,
   c) meine Tochter Lina,
   d) meinen Sohn Friedrich,
   e) meinen Sohn Otto.

Mit meinem Ableben wird mein Hof Eigentum meines älteſten Sohnes und Anerben Auguſt, der dann alsbald als Eigentümer im Grundbuche einzutragen iſt.

Der Beſitz, die Verwaltung und Nutznießung am Hofe (die Meierjahre) verbleiben meiner Ehefrau bis an ihr Lebensende. Ob die Bemeierung des Hofes gegen Beziehung der Leibzucht zu ihren Lebzeiten auf den Anerben übergehen ſoll, ſteht im Belieben meiner Ehefrau. Im Falle ihrer Wiederverheiratung ſoll ihre Meierzeit jedoch mit vollendetem 27. Lebensjahre des Anerben zu deſſen Gunſten aufhören. Während ihrer Meierzeit trägt meine Ehefrau ſämtliche Laſten des Hofes. Sie hat während ihrer Meierzeit mit den Aufkünften des Hofes auch für ſtandesgemäße Erziehung und Unterhaltung der Kinder, insbeſondere des An-

erben, zu ſorgen, ſoweit dieſe durch eigenen Erwerb ſich nicht ſelbſt verſorgen können.

Meine Töchter Johanne und Lina ſowie meine Söhne Friedrich und Otto erhalten als Abfindung vom Hofe die Brautſchätze, welche ich mit Rückſicht auf die geringe Belaſtung und auf den guten Zuſtand des Hofes angemeſſen auf je 5000 Mk. (fünftauſend Mark) erhöhe. Die Brautſchätze ſollen am Tage der Zivil-trauung, ſonſt aber erſt nach ſechsmonatlicher Kündi-gung mit der Großjährigkeit des Brautſchatzberechtigten zahlbar ſein. Meiner Ehefrau räume ich für ihre Meierzeit — und, ſo lange ſie unverheiratet bleibt, ohne Zinspflicht — das Recht ein, die Auszahlung der Braut-ſchätze bis zum vollendeten 24. Lebensjahre des Braut-ſchatzberechtigten zu verweigern.

Die Brautſchätze ſind zugleich mit dem Anerben-rechte durch Eintragung in das Grundbuch ſicherzu-ſtellen.

Bei der geringen Belaſtung und dem guten Zu-ſtande des Hofes ſoll der Anerbe von der Vererbung meines Baarvermögens ausgeſchloſſen ſein. Dies fällt ausſchließlich meinen Kindern Johanne, Lina, Friedrich und Otto in gleichen Teilen zu. Den Zinsgenuß von dem Baarvermögen erhält meine Ehefrau bis zum vollendeten 24. Lebensjahre des Brautſchatzberechtigten.

Meinem langjährigen Jagdfreunde Otto Waid-meier hier vermache ich zur Erinnerung an frohe Waidmannsſtunden meine Waffenſammlung nebſt Ge-wehrſchrank. Er wird dafür meinen Kindern ein väter-licher Freund und Berater ſein.

Dieſen meinen letzten Willen habe ich eigenhändig niedergeſchrieben, mit der Angabe von Ort und Zeit verſehen ſowie eigenhändig unterſchrieben.

Behauſen, den 18. Mai 1909.

Karl, Wilhelm, Albrecht Ameier.

II. Das gemeinschaftliche Testament.

(§§ 2265—2273 BgB.).

A. Einleitung.

Ein gemeinschaftliches Testament können nur Ehegatten, nicht auch Verlobte, die vor ihrer Verheiratung auf den gerichtlich abzuschließenden Ehevertrag zu verweisen sind, errichten. Grundsätzlich ist jede gesetzliche Testamentsform zulässig.

Ein privatschriftliches gemeinschaftliches Testament wird in der Weise errichtet, daß zunächst der eine Ehegatte, genau wie beim eigenen handschriftlichen Testament, unter Hinzufügung von Ort und Tag der Errichtung den gemeinsamen letzten Willen eigenhändig niederschreibt und sodann das Ganze eigenhändig mit seinem Namen unterschreibt.

Der andere Ehegatte macht dies Testament dadurch zu einem gemeinschaftlichen, zu einem auch für sich selbst mit verbindlichen, daß er eigenhändig, ebenfalls wieder unter Hinzufügung von Ort und Tag der Vollziehung der Erklärung und der Unterschrift, unter dem ersterklärten letzten Willen die Erklärung niederschreibt, daß der vorstehend niedergeschriebene letzte Wille des andern Ehegatten auch sein letzter Wille, sein Testament, sei und schließlich dann das Ganze eigenhändig mit seinem Namen unterzeichnet.

B. Muſter eines gemeinſchaftlichen Teſtamentes.

Freien, ernſten und wohlüberlegten Willens treffen wir, die Eheleute Karl, Wilhelm Albrecht Ameier und Laura, Luiſe Ameier, geborene Bemeier, hierdurch für unſer dereinſtiges Ableben folgende Beſtimmungen:

Wir leben laut Ehevertrag vom 28. Mai 1903 in der Gütergemeinſchaft des Bürgerlichen Geſetzbuches.

Wir ſetzen uns gegenſeitig zu Erben ein. Mit dem Tode des Längſtlebenden von uns fällt unſer gemeinſamer Nachlaß an unſere Kinder Guſtav, Anna, Erna und Auguſte.

Von unſerm Hofvermögen erhält unſer Sohn Guſtav als Anerbe den Hof nebſt den eingetragenen Laſten und der auf vier Zuckerrübenaktien entfallenden Rübenlieferungspflicht.

Unſer Sohn Guſtav hat ſeine drei Schweſtern Anna, Erna und Auguſte mit Brautſchätzen zu je 6000 Mark (ſechstauſend Mark) vom Hofe abzufinden. Anerbenrecht und Brautſchätze ſind alsbald nach dem Tode des Erſtablebenden durch Eintragung im Grundbuche ſicher zu ſtellen.

Unſer freies Vermögen vererbt ſich auf unſere Kinder einſchließlich des Anerben nach Kopfteilen. Der Anerbe hat ſich auf ſeinen Kopfteil 90 % (neunzig Prozent) der Nominalbeträge der vier von ihm mit dem Hofe übernommenen Zuckerrübenaktien anrechnen zu laſſen.

Unſere Tochter Auguſte, die als Lehrerin ausgebildet iſt, ſoll ſich dafür auf ihren Erbteil 3000 Mk. (dreitauſend Mark) anrechnen laſſen.

Der Überlebende von uns beiden behält an dem Hofgute Besitz, Verwaltung und Nutznießung (die Meierjahre); desgleichen von dem Freigute den Zinsgenuß. Meierzeit und Zinsgenuß geht ihm aber im Falle der Wiederheirat gegen Beziehung der Leibzucht, wie sie auf dem Hofe hergebracht ist, verloren.

Wer dies Testament anficht, soll auf den Pflichtteil gesetzt sein.

Diesen meinen und unsern letzten Willen habe ich eigenhändig niedergeschrieben, eigenhändig mit der Angabe von Ort und Zeit der Abfassung versehen sowie dann eigenhändig unterschrieben.

Behausen, den 19. Mai 1909.

Karl, Wilhelm, Albrecht Ameier.

Vorstehendem letzten Willen meines Ehemannes trete ich hierdurch in allen Punkten bei. Zum Zeichen dessen schreibe ich diese Erklärung unter Beifügung von Ort und Zeit ihrer Abgabe eigenhändig nieder und füge eigenhändig auch meine Namensunterschrift bei.

Behausen, den 19. Mai 1909.

Laura, Luise Ameier,
geborene Bemeier.

III. Das Not-, Dorf- oder Vorsteher-Testament.

1. §§ 2249, 2252 BgB.
2. Anweisung, betreffend die Errichtung von Testamenten vor dem Gemeinde- oder Gutsvorsteher, vom 15. Dezember 1900; 23,195 ff.

A. Einleitung.

Ein Testament kann vor dem Guts- oder Gemeindevorsteher des Aufenthaltsortes unter Mitwirkung von zwei Zeugen errichtet werden, wenn der Zustand des Erblassers besorgen läßt, der Tod werde früher eintreten, als bis die Errichtung eines richterlichen Testamentes möglich, die Hülfe des Gerichts also nicht mehr so schnell zu erlangen ist (Nottestament). Ehegatten können ein Nottestament vor dem Vorsteher auch dann errichten, wenn nur bezüglich des einen von ihnen die Besorgnis besteht.* Nachträglich als unbegründet sich herausstellende Besorgnis der Lebensgefahr berührt die Gültigkeit eines sonst ordnungsmäßig errichteten Dorftestamentes nicht. Dagegen ist die Rechtsgültigkeit eines Nottestamentes zeitlich beschränkt. Übersteht nämlich der Erblasser die Gefahr und ist er nach Beseitigung derselben drei Monate lang in der Errichtung eines

*) Anm. (In gleicher Weise kann vor dem Vorsteher des Aufenthaltsortes [oder auch vor drei Zeugen] ein Testament errichtet werden, wenn infolge von Krankheiten, Seuchen, Überschwemmung und sonstiger Umstände, der Ort unzugänglich [dergestalt abgesperrt] ist, daß die Errichtung eines richterlichen Testamentes unmöglich oder erheblich erschwert ist).

richterlichen Teſtamentes unbehindert, ſo verliert das Nottestament mit dem Ablaufe dieſer Freizeit ſeine Rechtsgültigkeit.

Der Vorſteher darf mit dem Erblaſſer oder dem Bedachten nicht verwandt oder verſchwägert ſein. In ſolchen Fällen tritt der Stellvertreter des Vorſtehers ein. Die als Zeugen zuzuziehenden beiden Männer oder Frauen dürfen wohl untereinander, nicht aber mit dem Erblaſſer, dem Bedachten oder mit dem Vorſteher verwandt oder verſchwägert ſein. Sie ſollen tunlichſt nicht minderjährig, ehrlos oder eidesunfähig, auch nicht Geſinde oder Gehülfen (z. B. Verwalter) des Vorſtehers ſein.

Die Errichtung des Teſtamentes erfolgt in ununterbrochener Gegenwart des Erblaſſers, des Vorſtehers und der beiden Zeugen in der Weiſe, daß der Erblaſſer a) ſeinen letzten Willen mündlich eröffnet* oder b) ein beliebig aufgeſetztes, in jeder Form gültiges Schriftſtück mit der Erklärung überreicht, daß deſſen Inhalt ſeinen letzten Willen darſtelle.**

Der Vorſteher nimmt über den Vorgang der Teſtamentserrichtung eine Verhandlung (Protokoll) auf. Aus dem Protokoll muß unzweideutig erſichtlich ſein

1. Ort und Tag der Errichtung,
2. Die Namen des Hoferblaſſers, des Vorſtehers und der beiden Zeugen,
3. Die Feſtſtellung der Beſorgnis, daß der Erblaſſer früher ſterben werde, als die Errichtung eines Teſtamentes vor einem Richter möglich iſt,

---

*) Anm. (Die einzige Art der Teſtamentserrichtung für Minderjährige, Blinde und ſonſtige Leſensunfähige).

**) Anm. (Für Stumme und Taube gelten beſondere Beſtimmungen, desgleichen für ſolche Perſonen, die der deutſchen Sprache nicht mächtig ſind).

4. die den letzten Willen ſelbſt wiedergebende Erklärung des Erblaſſers oder deſſen Erklärung, daß das von ihm überreichte Schriftſtück ſeinen letzten Willen enthalte,
5. die Feſtſtellung, daß das Protokoll vorgeleſen, genehmigt und von dem Erblaſſer ſelbſt unterſchrieben iſt,*
6. Außer der Unterſchrift des Erblaſſers die Unterſchriften des Vorſtehers und der beiden Zeugen.

Die Errichtung eines Nottestamentes erfolgt nach Art des vor einem Richter aufgenommenen, nur daß der Vorſteher an Stelle des Richters tritt und an Stelle des Gerichtsſchreibers die beiden Zeugen.

In der Verhandlung über die Teſtamentserrichtung ſoll daher ferner die Feſtſtellung getroffen werden, daß oder inwiefern die Perſönlichkeit des Erblaſſers bekannt iſt. Der Erblaſſer ſoll darauf hingewieſen werden, daß das Teſtament mit Ablauf von drei Monaten ſeit Beſeitigung der Lebensgefahr die Rechtskraft verliert. Auch dieſer Hinweis ſoll im Protokoll feſtgeſtellt ſein.

Die ſämtlichen, auf die Teſtamentserrichtung ſich beziehenden Schriftſtücke (das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll und die etwa den letzten Willen enthaltene Urkunde) die dem Erblaſſer auf ſein Verlangen zur Durchſicht vorgelegt werden, ſind daher auch in Gegenwart des Erblaſſers, des Vorſtehers und der beiden Zeugen zu verſchließen, zu verſiegeln, der Umſchlag mit einer das Teſtament näher bezeichnenden Aufſchrift zu verſehen, die der Vorſteher unterſchreibt, und in gerichtliche Verwahrung zu bringen. Während aber die oben unter Ziffer 1—6 aufgeführten Erfor-

*) Anm. (Bei Schreibunfähigen wird die Unterſchrift durch Aufnahme einer dahingehenden Erklärung des Erblaſſers ins Protokoll erſetzt).

derniſſe ſogenannte Muß- oder Zwangsvorſchriften darſtellen, welche, auch nur in der geringſten Beziehung z. B. durch Weglaſſung des Ortes odes des Namens des einen Zeugen verabſäumt, die Nichtigkeit des Teſtamentes nach ſich ziehen, bilden die Feſtſtellung der Perſönlichkeit des Erblaſſers, der Hinweis auf das dennächſtige Kraftloswerden des Teſtamentes, die nachfolgende Verſchließung, Verſiegelung, Aufſchrift nebſt Unterſchrift ſowie amtliche Verwahrung der das Teſtament enthaltenen Hülle nur Soll- oder Ordnungsvorſchriften, deren Nichtbeachtung die Rechtsgültigkeit eines Nottestamentes nicht berührt.

Als Gemeindevorſteher gelten auch die Bürgermeiſter.

B. Muſter eines Dorfteſtamentes.

Geſchehen in Dehauſen, den 20. Mai 1909.

Auf Nachſuchen des Landwirtes Friedrich Emeier in Dehauſen hatten ſich der unterzeichnete Vorſteher Auguſt Gemeier in Dehauſen und die als Zeugen zugezogenen, ebenfalls unterzeichneten Landwirte Guſtav Imeier und Karl Ameier, beide in Uhauſen, zwecks Aufnahme einer letztwilligen Verfügung in die Emeierſche Wohnung begeben. Offenbar ſchwer krank, wurde der Landwirt Friedrich Emeier im Bette liegend angetroffen. Nach dem Zuſtande des dem Vorſteher Gemeier bekannten Landwirts Friedrich Emeier erſchien die Beſorgnis begründet, daß letzterem die Errichtung eines Teſtamentes vor einem Richter nicht mehr möglich ſein werde.

Friedrich Emeier und deſſen dem Zeugen Imeier bekannte Ehefrau Eliſe, geborene Wemeier baten dann um Entgegennahme ihres letzten Willens (Aufnahme ihres Teſtamentes). Sie erklärten:

a) Fall der Teſtamentserrichtung durch mündliche Erklärung.

Zu unſeren Erben ſetzen wir den Längſtlebenden von uns und unſere drei Kinder ein.

Von unſern Kindern erhält unſer zweitälteſter Sohn Georg als Anerbe den Hof. Er hat ſeine beiden Geſchwiſter Meta und Wilhelm vom Hofe mit Brautſchätzen abzufinden, deren Höhe wir auf je 4500 Mark beſtimmen. Die Brautſchätze ſollen nicht

vor vollendetem 24. Lebensjahre der Berechtigten anforderbar sein.

Von dem freien Vermögen ist unser Sohn Georg mit Rücksicht auf die geringe Belastung und den guten Zustand des Hofes ausgeschlossen. Es vererbt sich ausschließlich auf unsere Kinder Meta und Wilhelm zu gleichen Teilen. Unser Sohn Wilhelm soll sich hier 6000 Mark dafür anrechnen lassen, daß er in Lemgo das Gymnasium und in Leipzig die Universität besucht hat.

Dem Längstlebenden steht nach freier Wahl die Weiterbemeierung des Hofes und auch der Zinsgenuß von dem freien Vermögen oder die Beziehung der Leibzucht zu.

[b) Fall der Testamentserrichtung durch Überreichung eines Schriftstückes.

Wir überreichen hiermit ein in einer weißen Papierhülle befindliches Schriftstück unter der Aufschrift: „Testament der Eheleute Emeier." Dies Schriftstück enthält unsern letzten Willen. Weiter haben wir nichts hinzuzusetzen.]

Den Erblassern ist bekannt gemacht, daß das Testament mit dem Ablaufe von drei Monaten nach Beseitigung der Lebensgefahr seine Rechtskraft verliert (§ 2252, Absatz 1 und 2 BgB.).

Die Ehefrau Emeier erklärte, sie könne nicht mehr schreiben.

Dies Protokoll ist den Erblassern vorgelesen, auch zur Durchsicht vorgelegt, von ihnen genehmigt und von Friedrich Emeier eigenhändig unterschrieben wie folgt:

Friedrich Emeier.

August Gemeier als Vorsteher,
Gustav Imeier als Zeuge,
Karl Ameier als Zeuge.

IV. Muſter eines Hofabtretungsvertrages.

Geſchehen in Wediſſen, den 21. Mai 1909
auf dem Zemannſchen Hofe Nr. 27.

Von den unterzeichneten Beamten des Fürſtlichen Amtsgerichts in Kamiſſen, welche ſich auf Nachſuchen hierher begeben hatten, wurden angetroffen:

1. der Landwirt Leopold Zemann Nr. 27 hier,
2. deſſen Ehefrau Juliane, geborene Pemeier, hier,
3. deren Sohn und Anerbe Friedrich Zemann, zur Zeit in Tadiſſen in Stellung,

ſämtlich der Perſon nach und als geſchäftsfähig bekannt.

Die Erſchienenen trugen nachſtehenden Hofabtretungsvertrag nebſt Leibzuchtsverſchreibung und Auflaſſungserklärung vor:

§ 1.

Die Eheleute Zemann treten den im Grundbuche von Wediſſen Band 24 Blatt 133 verzeichneten Grundbeſitz, nämlich den Hof Nr. 27, an ihren Sohn und Anerben Friedrich Zemann unter folgenden Bedingungen ab:

a) Die Übergabe erfolgt am 1. Juli 1909. Seit dieſem Tage gehen Gefahr und Nutzungen auf den Erwerber über.

b) Der antretende Meier übernimmt die auf dem Hofe eingetragenen Hypotheken im Geſamtbetrage von 10000 Mark (zehntauſend Mark) ſowie die eingetragene Rentenſchuld von jährlich 200 Mark (zweihundert Mark). Von den Handſcheinſchulden, die von dem abtretenden Meier näher bezeichnet

werden, übernimmt der antretende Meier einen Betrag von 6000 Mark (sechstausend Mark), von den sog. Pflückeschulden, die der abtretende Meier ebenfalls näher bezeichnet, den Betrag von 800 Mark (achthundert Mark).

c) Der antretende Meier übernimmt mit dem Hofe die fünf Zuckerrübenaktien nebst der mit ihnen verbundenen Rübenlieferungspflicht. Die Aktien werden ihm mit 80 % (achtzig Prozent) ihres Nennwertes angerechnet.

d) Der antretende Meier tritt an Stelle des abtretenden Meiers in den mit der Molkerei in Elbeck abgeschlossenen Milchlieferungsvertrag ein. Er erhält dafür die drei Molkereianteile, welche er sich mit 60 % (sechzig Prozent) anrechnen zu lassen hat.

e) An Brautschätzen hat der Anerbe seinen nachgeborenen Geschwistern Johann, Luise, Berta und August mit deren vollendetem 25. Lebensjahre als Abfindung vom Hofe den Betrag von je 3000 Mark (dreitausend Mark) auszuzahlen.

f) Der Anerbe erklärt sich von dem freien Vermögen der abtretenden Meier für völlig abgefunden.

§ 2.

Die abtretenden Meier behalten sich folgende Leibzucht vor:

a) Zur Wohnung das obere Stockwerk mit dem Keller unter der Leutestube.

b) An Ausrüstungsstücken und Möbeln nach Bedarf und nach Wahl der Leibzüchter. Die gewählten Gegenstände werden Eigentum der Leibzüchter.

c) an Lebensmitteln:

1. täglich fünf Liter Vollmilch,
2. wöchentlich 4 Pfund Molkereibutter,
3. wöchentlich 25 frische Eier; in der eierarmen

Zeit brauchen nur 12 Eier geliefert zu werden. Der Unterschied ist in der eierreichen Zeit wieder auszugleichen,

4. Brot, Gemüse und Kartoffeln in guter Beschaffenheit nach Bedarf, ebenso Kohlen und Holz,
5. jährlich zwei fette Schweine je zu rund 200 Pfund Schlachtgewicht (hakenrein), eins im November, das andere im Januar,
6. jährlich im Dezember 50 Pfund Rindfleisch,
7. Obst nach Bedarf und in der Art nach Wahl; in obstarmen Jahren den dritten Teil, wie es von den Bäumen kommt.

d) zur Bedienung:
ein Dienstmädchen zum Aufwarten und Reinemachen sowie zum Wasserheraufholen nach Anweisung der Leibzüchter; sollten sich bei dem Wasserheraufholen Schwierigkeiten einstellen, so muß der antretende Meier auf Verlangen der Leibzüchter im oberen Stock auf seine Kosten eine Pumpe anlegen lassen.

e) Nach Bedarf, jedoch höchstens dreißig Mal im Jahre, die Gestellung eines Kutschwagens mit gutem Pferd und Kutscher.

f) An Gartenland die westliche Hälfte des kleinen Vorgartens und den Leibzuchtsgarten. Den erforderlichen Dünger liefert der antretende Meier.

g) An baarem Gelde jährlich 800 Mark, in vierteljährlichen Beträgen mit dem Beginn vom 1. Juli 1909 im Voraus zahlbar.

h) Der Überlebende behält die volle Leibzucht.

i) Sollten die Leibzüchter aus irgend einem Grunde die Leibzucht verziehen, was ihnen jederzeit frei-

ſteht, ſo tritt an Stelle aller vorbehaltenen Naturalleiſtungen eine jährliche Geldrente von 600 Mark, welche ebenfalls in Vierteljahresraten im Voraus zahlbar iſt.

§ 3.

Die Eheleute Zemann bewilligen und der antretende Meier beantragt,

a) daß letzterer als Eigentümer des abgetretenen Hofes im Grundbuche eingetragen wird,

b) daß die Leibzucht und die Brautſchätze in das Grundbuch eingetragen werden.

§ 4.

Die Koſten trägt der antretende Meier. Der Wert beträgt 150 000 Mark.

Dies Protokoll iſt den Erſchienenen vorgeleſen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterſchrieben wie folgt:

Leopold Zemann. Juliane Zemann.
Friedrich Zemann.

Zur Beglaubigung:

Temeiſter, Amtsrichter.
Wemeiſter, Gerichtsſchreiber.

V. Die Neuordnung des Höferechtes.

A. Einleitung.

Die Notwendigkeit einer Sammlung des lippiſchen Höferechtes.

Das lippiſche Höferecht verteilt ſich auf einen Zeitraum von etwa 300 Jahren. Es findet ſich über die ganzen 25 Bände unſerer Landesverordnungen, die mehr als 16000 Druckſeiten umfaſſen, zerſtreut. Die älteren Geſetze ſind wegen ihrer uns vielfach nicht mehr geläufigen, veralteten Ausdrücke nur ſchwer verſtändlich. Zum Teil ſind uns ihre Ausdrücke und Begriffe völlig fremd, ſodaß wir nur mühſam und nur unter Berückſichtigung ihres geſchichtlichen Werdeganges ihren Sinn zu erfaſſen vermögen. Die einzelnen Geſetze bieten namentlich ſeit dem Inkrafttreten des BgB. ſcheinbar unlösliche Widerſprüche.

Wenn trotz dieſer ungeahnten Schwierigkeiten gleichwohl das Höferecht in den beteiligten Kreiſen durch Jahrhunderte hindurch ſich lebendig erhalten und ungeſchwächt von Geſchlecht zu Geſchlecht ſich fortgeerbt hat und wenn ſchon ſeine unüberſehbare Bedeutung ſowie jene unbeſiegliche Macht des Rechtsbewußtſeins eines ungefälſcht kerndeutſchen Berufſtandes vielleicht mehr gefühlt als in ſeinen Einzelheiten und Wechſelwirkungen klar erkannt werden mag, ſo zeigen alle dieſe Tatſachen und Umſtände nur um ſo mehr, daß es ſich hier um lebenskräftige, altüberkommene Güter und Werte handelt, welche das gegenwärtige Geſchlecht nicht verkommen oder auch nur verkümmern laſſen darf. Eine Sammlung des lippiſchen Höferechtes muß daher erfolgen zu Nutz und Frommen aller derer, die es in

Rechtsſprechung und Verwaltung zur Anwendung bringen ſollen, insbeſondere auch derer, die ihr Leben danach einrichten ſollen und ihre Maßnahmen danach treffen wollen.

Der überlebende Ehegatte im Witwenſtande.

Ergänzt werden muß das Höferecht unbedingt bezüglich des Rechtes des überlebenden Ehegatten am Hofe. Der Überlebende kann und muß trotz der durch das BgB. herbeigeführten veränderten Rechtsverhältniſſe landesrechtlich in den Stand geſetzt werden, den Hof wenigſtens während des Witwenſtandes mit den Kindern in bisheriger Weiſe weiter zu bewirtſchaften. Es iſt nicht wünſchenswert, daß dieſer Rechtszuſtand, der allein den geläuterten Anſchauungen der beteiligten Kreiſe entſpricht, erſt auf weiten und koſtſpieligen Umwegen herbeigeführt werden muß, nämlich durch Einführung der allgemeinen Gütergemeinſchaft des BgB. und gegenſeitige Erbeinſetzung der Ehegatten, insbeſondere durch letztwillige Einräumung des Rechtes des Überlebenden, den Hof zu ſeinem 25fachen Ertragswerte zu übernehmen.

Das Alter des Anerben bei der Hofübernahme.

Wie es wirtſchaftlich in keiner Weiſe gerechtfertigt iſt, und auch kein anderer Berufsſtand etwas Vergleichbares zeigt, entſpricht es durchaus nicht den geſunden Anſchauungen der beteiligten Kreiſe, das der Anerbe in Ermangelung entgegenſtehender letztwilliger Beſtimmungen des Hoferblaſſers von Geſetzes wegen zur Übernahme des Hofes bereits mit Vollendung des 21. Lebensjahres berufen wird, ſelbſt gegenüber dem überlebenden Elternteile, ohne Unterſchied, ob Vater oder Mutter, wenn dem Überlebenden der Hof nicht gehört. Ganz davon abgeſehen, daß der Anerbe um

dieſe Zeit ſeiner Militärpflicht wird zu genügen haben, an der Hofübernahme alſo tatſächlich behindert iſt, fehlt es hier dem Anerben doch gewiß auch wohl an ſittlicher und wirtſchaftlicher Reife. Es kommt hinzu, daß der Hof das einzige werbende Kapital der ganzen bäuerlichen Familie darſtellt und dies Kapital mit ſeinen Erträgen mit vollendetem 21. Lebensjahre des Anerben der Familie entzogen wird und allein dem Anerben zufällt, wenn bis dahin der Hofeigentümer zufällig mit Tode abgegangen iſt. Die beſſere Einſicht und Erfahrung des überlebenden Elternteils wird nicht berückſichtigt. Sie ziehen mit auf die Leibzucht. Desgleichen die nachgeborenen Kinder, die jüngeren Geſchwiſter des Anerben, für die und deren Ausbildung bis zum 21. Lebensjahre des Anerben nichts hat zurückgelegt werden können. Denn mit etwaigen Wirtſchaftsüberſchüſſen ſind wahrſcheinlich zunächſt die drückendſten Hofſchulden getilgt, da Zinſen mit aus der Schüſſel eſſen. Bis zur Übernahme des Hofes ſind die Reinerträge alſo den nachgeborenen Kindern entzogen und mittelbar dem Anerben zugewendet. Das Gleiche gilt von der auf dem Hofe durch die nachgeborenen Kinder etwa geleiſteten Arbeit, die nicht beſonders berechnet und entſchädigt zu werden pflegt.

Vor vollendetem 25. (oder 27.) Lebensjahre ſollte daher der Anerbe, wie vor 1875 nach gemeinem Rechte, kraft Geſetzes zum Wohle der ſämtlichen Familienmitglieder den Hof überhaupt nicht übernehmen dürfen.

Die Berechnung der Brautſchätze.

Unbillig iſt auch in jeder Beziehung die heutige Berechnung der Brautſchätze. Zunächſt gilt dies für die willkürliche Scheidung bezüglich der Zahl der abzubringenden Kinder, daß nämlich bei ein oder zwei nachgeborenen Kindern der dreifache, bei drei und mehr nachgeborenen Kindern nur der zweifache Grundſteuer-

reinertrag und Gebäudenutzungswert zu Grunde gelegt wird, eine geringere oder größere Zahl nachgeborener Kinder als zwei oder drei die Höhe der Brautschätze zu Lasten und zu Lasten der nachgeborenen Kinder wie des Anerben völlig außer Betracht läßt. Die Brautschatzkommission hilft hier tatsächlich nur selten aus.

Es kommt hinzu, daß die jetzigen Hofreinerträge bis auf die Gebäudenutzungswerte bereits vor mehr als 30 Jahren (1877—1879) festgelegt sind.

Die Verallgemeinerung des Geldes infolge zunehmenden allgemeinen Wohlstandes und die damit in Wechselbeziehung stehende Erhöhung der Grundstückpreise, die Steigerung der Bodenerträge infolge besserer Beackerung und Ausnutzung des Bodens, infolge vermehrter Anwendung von Kunstdünger, Verwendung besseren Saatgutes und Anbaues ergiebigerer Fruchtarten, die Hebung und Mehrung des Viehstandes, die Verbilligung des Betriebes infolge Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, die gesteigerte Verwendbarkeit der Erzeugnisse infolge günstigerer Absatzgelegenheit und vielfach erhöhter Preise haben zweifellos durchweg eine nicht unerhebliche Steigerung der jährlichen Reinerträge gezeitigt.

Zwar werden diese so erhöhten Reinerträge wesentlich herabgemindert durch die Zinspflicht infolge erhöhter Verschuldung des bäuerlichen Besitzes, durch die außerordentlich gestiegenen Betriebsunkosten infolge der auf das zwei- bis fünffache gestiegenen Arbeitslöhne (sowohl bezüglich der eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeiter als auch insbesondere der Handwerker, hier namentlich der Bauhandwerker), durch Entstehung und Steigerung der Beiträge für Versicherungen aller Art (Feuer, Hagel, Vieh, Alter, Unfall, Krankheit, Haftpflicht) sowie schließlich durch Erhöhung der Staats- und Gemeindelasten, hier insbesondere der Schullasten.

Immerhin wird ein erheblich höherer Reinertrag wie früher verbleiben, ſodaß die bislang angenommenen Sätze grundſätzlich zu niedrig erſcheinen.

Eine Aenderung der Brautſchatzberechnungen erſcheint daher ſowohl in Bezug auf die jetzige Höhe des Grundſteuerreinertrages als auch in Bezug auf die Zahl ſämtlicher Kinder erforderlich, zum Vorteil des Anerben wie auch der nachgeborenen Kinder. Mit Rückſicht auf die Zahl der Kinder würde es ſich vielleicht empfehlen, einen Mindeſtbetrag als Brautſchatz zu beſtimmen, der nach den Aufkünften des Hofes feſtzuſtellen wäre. Bei einer zu hohen Belaſtung des Hofes müßte es dann allerdings unter Umſtänden zu einer Verſilberung desſelben zum Beſten aller Familienglieder kommen.

Die Stellung des Anerben.

Die ſchwerwiegendſten Bedenken ſtellen ſich bei der jetzigen Hofbelaſtung jedoch in Bezug auf den Anerben ſelbſt ein. Der Anerbe ſteht bei der Uebernahme des Hofes vor lauter vollendeten, durchweg unbeugſamen Tatſachen. Mit dem Hofe hat er zu übernehmen ohne Weiteres alle auf dem Hofe ruhenden, regelmäßig erheblichen Laſten. Dieſe laſſen ſich nicht ändern. Beides gilt bezüglich der Leibzucht, insbeſondere wenn die Leibzucht nicht vereinbart iſt, ſondern nach den vom Geſetze vorgeſchriebenen Grundſätzen geleiſtet werden muß. Völlig unberückſichtigt bleibt auch, ob der Hof in Ländereien, Gebäuden und Beſtänden in gutem oder ſchlechtem Zuſtande ſich befindet. Hierzu kommt dann noch die Abfindung der Geſchwiſter mit den Brautſchätzen. Hier zeigt auch für den Anerben die jetzige Art der Berechnung der Brautſchätze ungleiches und unausgeglichenes Maß. Bei einem Hofe von z. B. 1500 Mk. Grundſteuerreinertrag und 500 Mk. Gebäudenutzungswert würde bei einem oder zwei nachgeborenen Kindern der Brautſchatz je 6000 Mk. betragen,

bei drei oder mehr nachgeborenen Kindern je 4000 Mk., im erſteren Falle alſo mindeſtens 6000 und höchſtens 12000 Mk., im letzteren mindeſtens 12000 Mk. und je nach der Kinderzahl beliebig ſteigen, bei ſechs abzubringenden Kindern alſo bis zu (6 . 4000 =) 24000 Mk. Unter Zugrundelegung des 25fachen Betrages des jährlichen Ertragswertes des Hofes würde ſelbſt unter Mitanrechnung des Gebäudenutzungswertes eine Verſchuldung des Hofes bis faſt zur Hälfte (50000 — 24000 = 26000 Mk.) allein infolge der Brautſchätze eintreten. Und auf manchen Höfen giebt es noch eine weit größere Zahl abzubringender Kinder als ſechs!

Die Ungerechtigkeit dieſes Syſtems der Laſtentragung, insbeſondere der Berechnung der Brautſchätze leuchtet ein. Demgegenüber bedeutet auch die Möglichkeit der Erhöhung oder Herabſetzung der Brautſchätze mittels Angehung der Brautſchatzkommiſſion nur ein Notbehelf.

Zweckmäßiger würden, ähnlich den Anerbenrechten anderer Staaten, Vorſchriften erſcheinen, die von vornherein eine billige Berückſichtigung aller in Betracht kommenden Verhältniſſe ermöglichten. Ein Schritt vorwärts würde in dieſer Richtung getan ſein, wenn zunächſt unter Berückſichtigung des Grundſteuerreinertrages und des Gebäudenutzungswertes der Wert des ganzen Hofvermögens in ſeinen einzelnen Wirtſchaftserträgen aus Früchten, Vieh, Holz und Nebenbetrieben im Durchſchnitt auf das Jahr berechnet und dieſer Jahreshofertrag nach Abzug der Bewirtſchaftungskoſten mit dem 25fachen Betrage zu Werte geſetzt würde.

Von dem ſo gefundenen, wirklichen Nutzungswerte des Hofes würden dann zunächſt die eingetragenen Schulden in Abzug zu bringen ſein. Denn bei dieſen handelt es ſich um Laſten der ganzen Familie, namentlich auch der abtretenden Meierleute. Erſt dann würden unter Berückſichtigung der verbleibenden Leiſtungs-

fähigkeit des Hofes die Leibzuchtsrechte festzustellen und in Abzug zu bringen sein und schließlich nach Sicherstellung eines angemessenen Anerbenvorzuges unter weiterer Berücksichtigung der Kopfzahl der Berechtigten die Brautschätze.

Mit dem Wegfalle des einen oder sämtlicher Leibzüchter tritt bisher eine unverdiente Besserstellung des Anerben ein. Billig würde mit dem Wegfall der leibzuchtsmäßigen Hoflasten eine angemessene Erhöhung der Brautschätze eintreten können, indem der Wert der weggefallenen Leibzuchtslasten nachträglich unter sämtliche Kinder verteilt, das Leibzuchthaus aber dem Anerben belassen würde.

Nach der Hofübernahme steht nichts im Wege, daß der Anerbe den Hof verpachtet oder auch veräußert und so ohne Arbeitsleistung von den Aufkünften des Hofes lebt. Um einer derartigen, vom Höferechte gewiß nicht beabsichtigten Ausnutzung des Anerbenvorzuges zu begegnen, würde sich eine gesetzliche Bestimmung empfehlen, nach welcher im Falle nichteigener Bewirtschaftung durch den Anerben außer bei gegründeter Ursache der mühelose Erlös für eine Reihe von Jahren als Freigut an sämtliche Geschwister oder Geschwisterstämme zur Verteilung gelangte.

Im nachstehenden Entwurfe sind als Ergebnis zehnjähriger Liebhaberarbeit die Bestimmungen unseres Höferechtes sowie die hier hervorgehobenen Gesichtspunkte paragraphenweise zusammenzufassen versucht. Berücksichtigt sind dabei die Bestimmungen der Höferechte von Westfalen, Schaumburg-Lippe, Hannover, Oldenburg und Mecklenburg. Möchte dem Entwurfe bald ein fertiges Gesetz folgen.

B. Entwurf
zu einem Lippischen Höferechte.

Übersicht:

A. Allgemeiner Teil.
I. Geltungsbereich (§§ 1–10).
II. Verfügungsbeschränkungen (§§ 7–9).
B. Erbrecht.
I. Allgemeine Bestimmungen (§§ 10–14).
II. Anerbenrecht (§§ 15–22).
III. Brautschatzrecht (§§ 23–34).
C. Leibzuchtsrecht.
(§§ 35–43).
D. Schlußbestimmungen.
(§§ 44, 45).

Ein vorurteilsfreier und unbefangener Sachkenner wird es mir wohl auf mein Wort glauben, daß bei dem Entwurfe dieses, für den Vaterlandsfreund und mitunter auch für andere Interesse habenden Werks viele Mühe hat angewendet werden müssen, um es nur einigermaßen vollständig liefern zu können. Die Köpfe erster Größen haben immer noch Spielraum genug, zum Entwurfe eines vollständigen Gesetzbuches ganz annehmliche Beiträge zu liefern. Führer, Einleitung S. 2.

A. Allgemeiner Teil.

I. Geltungsbereich.

§ 1.

Dem Höferechte unterliegt jede ländliche Besitzung, welche aus Wohnhaus und Grundstücken besteht (Hof).

Der Hof muß eine Mindestgröße von 2,5 ha oder einen Mindestgrundsteuerreinertrag von 75 Mk. haben

und in diesem Umfange ausschließlich oder nebenher land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Als Hofvermögen (Hofgut) gelten die vorhandenen Haus-, Hof-, Vieh-, Feld- und Waldbestände, soweit sie in den Rahmen ordnungsmäßiger Wirtschaftsführung fallen.

Als Hofgut gelten die land- oder forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe sowie solche Liegenschaften, die infolge Austausches oder sonst im Grundbuche zugeschrieben sind.

Als Hofgut gelten Kirchenstühle, Begräbnisstellen, Nachbar-, Wege-, Jagd- und Fischereirechte sowie sonstige mit dem Hofe verbundene Gerechtigkeiten, ferner die den Hof betreffenden Papiere, die Forderungen und die Beträge aus Versicherungen z. B. Feuer, Hagel und Vieh sowie die Anteile an Unternehmungen zur Verwertung von Erzeugnissen des Hofes (z. B. Rübenaktien, Molkereianteile).

§ 2.

Neuerworbene Liegenschaften (Neuerwerbungen, neo acquisita) werden zu Hofgut durch grundbuchmäßige Zuschreibung, für das Erbrecht, soweit sie unter Aufwendung von Freigut erworben sind, durch einmalige Vererbung nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896.

§ 3.

Werden Höfe oder Hofteile ohne Genehmigung der gesetzlichen Miterben innerhalb der ersten 15 Jahre nach dem Hofantritte veräußert oder belastet, so gilt der Gegenwert nicht als Hofgut, soweit er nicht zur Tilgung der überkommenen Lasten verwendet wird.

§ 4.

Werden Höfe oder Hofteile ohne Genehmigung

der gesetzlichen Miterben innerhalb der ersten 15 Jahre nach dem Hofantritte verpachtet oder anderweit zu Besitz und Nutzung überlassen, so gilt der Jahresertrag nicht als Hofgut, soweit er die jährlichen Beträge der Lasten, der Unterhaltung oder der Verbesserung des Hofes übersteigt oder soweit nicht ein Fall der Errichtung einer Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft vorliegt.

§ 5.

Landesherrliche-, Staats-, Gemeinde- und sonstige öffentliche Besitzungen sowie Fideikommiß-, Lehn- und Stammgüter unterliegen nicht dem Höferechte, soweit deren Verhältnisse gesetzlich, vertraglich oder herkömmlich abweichend geregelt sind.

§ 6.

Die Hofeigenschaft wird in Abteilung II Spalte 3 des Grundbuches unter der Bezeichnung „Hofgut" nach Anhörung des Eigentümers von Amtswegen eingetragen.

II. Verfügungsbeschränkungen.

§ 7.

Die Vereinigung von Höfen ist verboten.

Im Falle tatsächlicher Vereinigung bleibt jeder Hof seinem Wesen nach für sich bestehen, insbesondere bezüglich der Steuern, Lasten, Gerechtsamen und Grenzen sowie der Eintragungen in den öffentlichen Büchern.

§ 8.

Die Veräußerung ganzer Höfe ist zulässig.

Die Veräußerung von Hofteilen bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der vorgängigen landespolizeilichen Genehmigung der Regierung, welche das Grundbuchamt herbeiführt.

§ 9.

Die landespolizeiliche Genehmigung (§ 8 Absatz 2) ist nicht erforderlich

1. bei Höfen über 50 ha, unter 2,5 ha oder unter 75 Mk. Grundsteuerreinertrag,
2. bei Höfen, welche seit 20 Jahren in derselben Familie sind, wenn innerhalb 30 Jahren unbebaute Grundstücke bis zu 2,5 ha und bis zu 20 % der Gesamtgröße des Hofes abgetrennt werden,
3. bei Abtretung zu gemeinnützigen Zwecken (Anlegung oder Verbreiterung öffentlicher Wege, Gräben, Bahnen, öffentlicher Gebäude, Friedhöfe),
4. bei Abtretung zwecks Begradigung oder Regelung einzelner Grenzen des Hofes,
5. bei Abtretung zwecks Austausches oder sonstiger Zuschreibung gleichwertiger Grundstücke,
5. bei Abtretung zwecks Enteignung,
6. bei Abtretung einer Grundfläche, die im Vergleiche zu dem ganzen Hofe so geringfügig ist, daß die Abtretung für die Berechtigten zweifellos unschädlich erscheint.

B. Das Höfeerbrecht.

I. Allgemeine Beſtimmungen.

§ 10.

Der Eigentümer kann unter Lebenden und auf den Todesfall über den Hof frei verfügen.

Soweit Gütergemeinſchaft beſteht, können die Mitberechtigten unter Lebenden und auf den Todesfall nur gemeinſchaftlich verfügen.

§ 11.

Mit dem Ableben des Eigentümers geht der Hof auf den Anerben über.

Dem überlebenden Nichteigentümer verbleibt jedoch auch für den Fall ſeiner Wiederverheiratung Beſitz, Verwaltung und Nutzung an dem Hofe bis zum vollendeten 27. Lebensjahre des Anerben.

§ 12.

Bei beſtehender Gütergemeinſchaft vererbt ſich im Falle unbeerbter Ehe der Anteil des verſtorbenen Ehegatten als Nachlaß nach den allgemeinen Vorſchriften des Bürgerlichen Geſetzbuches.

Im Falle beerbter Ehe treten mit dem Ableben des einen Ehegatten die gemeinſchaftlichen Abkömmlinge an Stelle der Frau, die Frau tritt an die Stelle des Mannes.

§ 13.

Unberührt durch das Höfeerbrecht bleibt die Ver-

erbung des Vermögens, welches nach den §§ 1—4 nicht als Hofgut anzusehen ist (freies Vermögen, Freigut).

§ 14.

Im Falle tatsächlicher Vereinigung von Höfen (§ 7) vererbt sich jeder Hof gesondert nach den Vorschriften des Anerbenrechts (§§ 15—34).

II. Das Anerbenrecht.

§ 15.

Die Höfe vererben sich nach dem Rechte der Erstgeburt (Anerbenrecht) mit dem Vorzuge der Söhne vor den Töchtern, der Kinder einer früheren Ehe vor denen einer späteren. Den eheleiblichen stehen die legitimierten und für ehelich erklärten Kinder gleich. Sie alle gehen den zur Zeit des Erbfalls entmündigten oder zu Zuchthausstrafe rechtskräftig verurteilten Kindern desselben Stammes sowie den angenommenen Kindern und diese sämtlich wieder den unehelichen Kindern vor.

§ 16.

An Stelle eines wegfallenden Erben treten dessen Abkömmlinge.

Vollbürtige oder halbbürtige Geschwister, letztere, soweit sie den Hoferblasser mit dem Anerben zum gemeinsamen Elternteil haben, schließen des Anerben angenommene oder uneheliche Kinder als Anerben aus.

§ 17.

Soweit Neuerwerbungen infolge Aufwendung von Freigut (§ 2) dem Hofe im Grundbuche zugeschrieben sind, kann sie der Anerbe zum Schätzungs-

werte, welcher den Betrag des aufgewendeten Freigutes erreichen muß, übernehmen.

§ 18.

Der Anerbe kann für seine Person und für die noch unter seiner elterlichen Gewalt stehenden Kinder mittels Erklärung vor Gericht auf das Anerbenrecht verzichten.

§ 19.

Geistige oder körperliche Gebrechen, insbesondere Mangel an Einsicht oder Willen, Verschwendung oder Trunksucht, Blindheit, Taubstummheit schließen das Erstgeburtsrecht aus, soweit diese Eigenschaften zur Zeit des Hoferbfalles bestehen und zur Bewirtschaftung des Hofes unfähig machen.

§ 20.

Die Unfähigkeit (§ 19) wird unter Zuziehung landwirtschaftlicher und ärztlicher Sachverständiger unter den Formen der Entmündigung wegen Verschwendung amtsgerichtlich regierungsseitig) festgestellt.

Gegen den Beschluß steht binnen zwei Wochen seit der gerichtlichen Zustellung die Beschwerde an das Landgericht als letzte Instanz frei. (Eventuell durch Regierung und Ministerium wie bisher).

§ 21.

Antragsberechtigt (§ 20) ist die Verwandschaft der ersten drei, die Schwägerschaft der ersten beiden Grade, ferner der gesetzliche Vertreter und die zuständige Amtsgemeinde.

§ 22.

Dem unfähigen Anerben verbleibt auf dem Hofe standesgemäßer Unterhalt gegen Verrichtung angemessener Arbeiten.

III. Das Brautschatzrecht.

§ 23.

Als Abfindung von dem Hofgute (§ 1) steht den vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern des Anerben als gesetzlicher Erbteil der Brautschatz zu.

§ 24.

Legitimierte, für ehelich erklärte, angenommene und uneheliche Kinder beerben den Hoferblasser brautschatzmäßig wie eheleibliche Kinder.

§ 25.

Auf der Leibzucht geborene Kinder haben einen Anspruch auf den Brautschatz nicht.

§ 26.

Der Brautschatz wird nach dem Werte des Hofes berechnet.

Der Wert des Hofes beträgt das Fünfundzwanzigfache des Reinertrages der Hofgrundstücke und des Nutzwertes der Hofgebäude zuzüglich des Wertes der Bestände.

§ 27.

Für den Reinertrag und den Nutzungswert sind die Eintragungen in den öffentlichen Büchern maßgebend.

Für die Ermittelung des Beständewertes gilt mangels Einigung der Beteiligten unter Ausschluß des Rechtsweges das Sachverständigenverfahren (§ 28).

§ 28.

Beide Teile ernennen je einen lippischen land-

wirtſchaftlichen Sachverſtändigen, dieſe ihrerſeits den Obmann. Mangels Einigung ernennt das zuſtändige Amtsgericht den Obmann.

Auf Antrag eines der Beteiligten hat das zuſtändige Amtsgericht die drei Gutachter auf treue und gewiſſenhafte Erfüllung ihres Amtes eidlich zu verpflichten.

§ 29.

Von dem ermittelten Hofwerte (Hofrohwert) erhält der Anerbe zunächſt nach Abzug der eingetragenen wirklichen Laſten (Hofreinwert) ein Drittel als Voraus. Der Reſt des Hofreinwertes vererbt ſich unter ſämtliche Miterben nach Kopfteilen bezw. Stämmen wie freies Vermögen.

Eine Leibzuchtslaſt wird vorab vom Hofreinwerte mit dem 10fachen Betrage ihres Jahresgeldwertes abgeſetzt.

Der Brautſchatz beträgt mindeſtens ſoviel wie der einfache Grundſteuerreinertrag zuzüglich des Gebäudenutzungswertes.

§ 30.

Ausſteuer und Ausſtattung ſowie ſonſtige Vorempfänge ſind im Zweifel auf den Brautſchatz anzurechnen, ſoweit eine Anrechnung nicht bereits bei der Teilung des freien Vermögens ſtattgefunden hat.

§ 31.

Der Brautſchatz iſt bei der Hochzeit des Berechtigten fällig, im Falle ſeiner Nichtverheiratung mit Vollendung des 25. Lebensjahres.

Mit dem Tage der Fälligkeit wird der Brautſchatz vererblich, veräußerlich und ohne Kündigung mit vier vom Hundert verzinslich.

Leibliche Eltern oder Elternteile können für die

Dauer ihres Meierſtandes Zeit und Art der Auszahlung des Brautſchatzes beſtimmen.

§ 32.

Bis zur Auszahlung des Brautſchatzes hat der Berechtigte gegen Verrichtung vorfallender Arbeiten auf dem Hofe Anſpruch auf ſtandgemäße Erziehung, Unterhaltung, Kleidung und Wohnung.

Dieſe Anſprüche entfallen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres des Berechtigten, wenn der Anerbe mit dreimonatiger Friſt zum Vierteljahrsſchluß kündigt.

Der Brautſchatzberechtigte kann den Hof jederzeit verlaſſen.

§ 33.

Für die Höhe des Brautſchatzes iſt der Zeitpunkt ſeiner Fälligkeit maßgebend, ſoweit er ſich nicht nach dem Hofwerte zur Zeit des Hofantrittes des Anerben berechnen läßt.

Der einem Brautſchatzberechtigten bereits gewährte Brautſchatz gilt als Mindeſtbetrag auch für die andern Berechtigten.

§ 34.

Die Brautſchätze ſind auf Antrag nach Anhörung des Eigentümers auch gegen deſſen Widerſpruch im Grundbuche einzutragen.

C. Das Leibzuchtsrecht.

§ 35.

Mit dem Hofantritte des Anerben steht den Vorgängern am Hofe die Leibzucht zu.

§ 36.

Die Leibzucht besteht mangels Einigung der Beteiligten in Gewährung standesgemäßer freier Wohnung auf dem Hofe sowie in einer Jahresgeldleistung.

Die Jahresgeldleistung beträgt für den Einzelleibzüchter zwei vom Hundert des Hofreinwertes (§ 29 Satz 2), mindestens aber ein Drittel des Grundsteuerreinertrages, für mehrere Leibzüchter zusammen drei vom Hundert des Hofreinwertes, mindestens aber die Hälfte des Grundsteuerreinertrages.

Die Jahresgeldleistung ist vierteljährlich im Voraus zu entrichten und mit jedem Vierteljahresersten ohne Kündigung fällig. Im Verhältnis der Leibzüchter zu einander steht jedem Leibzüchter die Jahresgeldleistung und die Wohnungsentschädigung (§ 37) nach Kopfteilen zu.

§ 37.

Den Leibzüchtern steht frei, die Leibzuchtswohnung nach vierteljährlicher Kündigung gegen einmalige oder rentenmäßige, billige Entschädigung zu räumen.

Der Anerbe kann unter gleichen Bedingungen die Räumung der Leibzucht verlangen, wenn eine solche Störung der persönlichen Beziehungen eingetreten ist, daß ihm die weitere Leibzuchtshaltung auf dem Hofe nicht mehr zuzumuten ist.

Mangels Einigung gelten die Vorschriften des § 28.

§ 38.

Wird die Leibzucht vereinbart, so ſind Leibzuchtswohnung und etwaige ſonſtige Leiſtungen des Anerben in Geld abzuſchätzen.

§ 39.

Bei Gewährung einer abgeſonderten Leibzuchtswohnung iſt der Leibzüchter befugt, ſeine Familie ſowie die zur ſtandesgemäßen Bedienung und zur Pflege erforderlichen Perſonen in die Wohnung aufzunehmen.

Bei Gewährung lediglich der Mitbenutzung einer Wohnung iſt der Leibzüchter nicht befugt, ſolche Perſonen aufzunehmen, die erſt nach dem Hofantritte Familienangehörige des Leibzüchters geworden ſind.

Dasſelbe gilt für Kinder, die aus dem Hausſtande des Leibzüchters bereits ausgeſchieden ſind.

§ 40.

Ob eine abgeſonderte Leibzuchtswohnung oder lediglich die Mitbenutzung einer Wohnung zu gewähren iſt, richtet ſich in Ermangelung einer Beſtimmung des Leibzuchtsvertrages nach der Gewohnheit oder in Ermangelung deſſen nach der Beſchaffenheit des Hofes.

§ 41.

Mit dem Ableben des Leibzüchters fällt die Leibzuchtswohnung für deſſen Teil zum übernächſten Vierteljahrserſten ohne Entgeld an den Hof zurück. Der Wert der Jahresgeld- oder ſonſtigen Leiſtungen an die Leibzucht vererbt ſich wie freies Vermögen.

§ 42.

Wird infolge Ablebens des einen Leibzüchters ein

Teil der Leibzuchtswohnung frei, so steht dem Überlebenden bezüglich dieses Teiles das Vormieterecht zu.

§ 43.

Wer einen Leibzüchter heiratet, muß die Leibzuchtswohnung im Falle des Ablebens des Leibzüchters mit dem übernächsten Vierteljahrsersten ohne Kündigung und ohne Entgeld räumen.

Dasselbe gilt für Familienangehörige des Leibzüchters und sonstige in dessen Hausstand aufgenommene Personen.

D. Schlußbestimmungen.

§ 44.

Die Bestimmungen des Höferechtes gelten nur, soweit gültige Rechtsgeschäfte unter Lebenden oder auf den Todesfall nicht vorliegen.

Soweit rechtsgeschäftliche oder höferechtliche Bestimmungen nicht vorliegen, gelten die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches vom 18. August 1896.

§ 45.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1910 in Kraft.

Die bis zu diesem Tage vereinbarten oder bezogenen Leibzuchten unterliegen dem bisherigen Rechte.

Dasselbe gilt für die sonstigen höferechtlichen Verhältnisse.

Im Übrigen treten für den Geltungsbereich dieses Gesetzes sämtliche früheren Verordnungen, Gesetze und Rechtsgewohnheiten außer Kraft.

Alphabetisches Verzeichnis.

Die Zahlen bedeuten die Seiten.

A

Abmeierung 30
Abtretung eines Hofes, Muster eines Vertrages 126
Achtsleute 25
Ackerbau 1 ff., A. und Wirtschaft 3, A. und Bergbau 3 ff., A. und Staat 4
Adel 12, 13, 17, 18
Alter des Anerben bei Hofübernahme, Kritik 131
Astinationsbücher 25
Allgemeine Gütergemeinschaft: s. Gütergemeinschaft
Allodialvermögen 35
Amtsmeier 27
Anerbe, Recht bei Wiederverheiratung der Mutter 39, Bestimmung durch den Hoferblasser 66 ff., Ansprüche gegen den Hoferblasser 69, Vererbung des Freiguts 71, Alleinerbe des Hofguts 73, Erstgeburtsrecht 74, unehelicher Anerbe 74, Unfähigkeit 75, sittenloser Lebenswandel 76, Zuchthaus 76, Entziehung des Anerbenrechtes 76, Anerbenverzicht 77 ff., Erbhoffnung 78, 79, Alter bei Hofübernahme, Kritik 131, Stellung des Anerben, Kritik 134
Anerbenrecht, Entwurf 142
Anhang 113
Antichretische Verpfändung 30, 31
Auseinandersetzung seitens des überlebenden Ehegatten 95
Ausländische Hand 10, 19
Auslegungsregeln bei letztwilligen Verfügungen des Hoferblassers 69
Aussteuer und Ausstattung 68, 84

B

Bauerngüter, Erbfolge in die 71
Bauersleute, Verordnung wegen Eheverschreibung der 59, 81
Bäuerlicher Besitz, Lastenfreiheit 22
Belastung des Hofes 60
Beliehene Hand, Wandlungen 21
Berechnung des Brautschatzes 83, Kritik 132,
Bergbau und Ackerbau 4
Bestandteile des Hofguts 53, 54
Besteuerung des Grundbesitzes 23
Bewegliches Hofgut 54
Bismarks, die, in Lemgo 19
Blomberg 9, 12
Brake 9, 12
Brautkinder 75
Brautschatz 81 ff., frühere Grundsätze 81, Berechnung 83, Kritik der Berechnung 132, Berechtigte 85, Fälligkeit 85, Verzinsung 86, Verfügung über den B. vor dessen Kündbarkeit 86, Sicherstellung 86, Erhöhung und Herabsetzung 86, B.-Kommission 87
Brautschatzrecht, Entwurf, 144
Bürgerliches Gesetzbuch, Verhältnis zur Güter-O. von 1786 39, 41, zum Höferecht 39
Bürgertum (Lehnsleute) 19

D

Detmold 9, 12
Distraktions-(Dismembrations-)Ordnung 59
Dorftestament 120 ff., Muster 124

E

Ehegatte, überlebender, Rechtsstellung 42, 89 ff., Rechtsstellung und Erbrecht bei Verwaltungsgemeinschaft 91, 92, Verfügungsfreiheit 44,

Rechtsſtellung bei Gütergemeinſchaft des BgB. 94, Auseinanderſetzung 95, im Witwenſtande, Kritik 131
Eheliches Güterrecht des BgB. 40
Ehen von Leibeigenen und -freien 16
Eheverſchreibung der Bauersleute, Verordnung 59
Ehevertrag 40, 48, E. und Erbvertrag 48
Eigenhändiges Teſtament 113 ff, Muſter 115 ff.
Eingebrachtes Gut 45, 46
Einkindſchaft 44
Einſicht des Grundbuchs 34
Eintragungen in die Hypothekenbücher 29
Elorieren der Höfe 32
Entwurf eines Höferechtes 130 ff.
Entziehung des Anerbenrechtes 76
Entwurf eines lippiſchen Höferechtes 137
Erbbegräbniſſe 35, 53
Erbfall bei kinderloſer Ehe infolge Erbvertrags 48, bei kindergeſegneter Ehe 49
Erbfolge in die Bauerngüter, Verordnung, 71, geſetzliche E. 71
Erbfolgeordnung des BgB. 71
Erbhoffnung des Anerben 78, 79
Erblaſſer (Hof-) 65, ſ. auch Teſtament.
Erbrecht und Güterſtand 35 ff., des überlebenden Ehegatten 92
Erhöhung des Brautſchatzes 86
Erbvertrag 48
Errungenſchaft 36
Erſtgeburtsrecht 74, 75
Ertragswert des Hofes 50

F

Falkenburg 9, 12
Falkmann, Simon VI und ſeine Zeit 18

Fälligkeit der Brautschätze 85
Fischereirechte und -pflichten 54
Flörken, die, in Lemgo 19
Flößrechte 54
Fortgesetzte Gütergemeinschaft 38
Freibrief 16
Freies bäuerliches Vermögen 36
Freigut und Hofgut 35 ff., 68, Vererbung 71, Begriff beim Erbrecht 72
Freikauf 21
Freimeier 12, 27
Freischilling 15
Führer, meierrechtliche Verfassung: s. Vorwort, 16

G

Gebundenheit des Hofes, Hofguts 55 ff, 59, frühere 58, jetzige 59, Hoferblasser und G. 65
Geltungsbereich des Höferechtes, Entwurf 137
Gemeine Vollmeier 12
Gemeinschaftliches Testament 117, Muster 118
Genehmigung zur Veräußerung von Höfen und Hofgrundstücken 59, 60, landespolizeiliche 59 ff., 61
Gesamtgut, Verfügung des Ehemannes 41, 42, Vererbung 42, 43, einseitige Bestimmung über das G. 44, 45
Gesetzliche Erbfolge 71
Gesetz über die Brautschätze 81
Gläubiger, Überlassung der Höfe an G. 30, Hofgläubiger 73
Grenzvermarkungsgesetz 63
Großjährigkeit 38
Großkötter 12, 27
Groten, die, in Lemgo 19
Grundbesitz und Hörigkeit 7 ff., Landesherr und G. 7 ff., G. und Leibeigentum 16
Grundbuch-Blatt 32, Eintragungen usw. 33, öffent-

licher Glaube 34, Einsicht 34, G.-Ämter 32, Grundbuchung, frühere 23 ff., heutige 32 ff.
Grundherrlichkeit 10
Grundkredit 23 ff.
Grundsteuerveranlagung 28
Gutseigene 16, -eigentum, Aufhebung desselben 22
Gutsherrlichkeit 11, 17
Gutshörigkeit 17
Guts- und Lehnsbesitz 13
Gütergemeinschaft, allgemeine 37, fortgesetzte 38, für Ehen von 1900 39, Aufhebung 43, Eintragung beider Ehegatten in das Grundbuch bei G. 59, Aufhebung 95
Güterstand, gesetzlicher des BgB. 39, 45, G. und Erbrecht 35 ff, neues Recht 38
Güterstände, des BgB. 40
Güterordnung von 1786 37 ff., Verhältnis des BgB. zur Güter-O. 39, 40, 41, 45
Güterrecht des BgB. 40
Güterrechtsregister 47
Gütertrennung des BgB. 46, Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten bei G. 91, Erbrecht des überlebenden Ehegatten 92

H

Halbmeier 12, 27
Halbspänner 12
Handdienste 12
Handschriftliches Testament 113 ff, Muster 115
Herabsetzung des Brautschatzes 86
Hochzeitsgeschenke 72
Hof, Vererbung 47, Unteilbarkeit 56, Genehmigung zur Veräußerung 59, 60, Belastung 60, freie Verfügung des Eigentümers 60, Vereinigung mehrerer Höfe 62

Hofabtretungsvertrag, Muſter 126
Hoferblaſſer 65 ff., H. und Höferecht 66 ff, H. und Pflichtteilsrecht 68, Auslegungsregeln des Teſtaments des H. 69
Hoferhaltungsmöglichkeiten 49, ff., 94
Hofgebundenheit 55, Hoferblaſſer und H. 65 ff.
Hofgut, Begriff 53 ff., unbewegliches 53, bewegliches 54, Vererbung 55, 73, Gebundenheit 55 ff, frühere G. 58, jetzige G. 59, H. und Freigut 35 ff., 68.
Hofübernahme, Alter des Anerben, Kritik 131
Hofvermögen 35 ff.
Hofzerſtückelungsordnung 59
Horn 9, 12
Hoppenplöcker 12
Höfeerbrecht, Entwurf, 141
Höferecht 7, Änderung des H. 38, Erblaſſer und H. 66
Höferecht, Kritik 130, Entwurf eines H. 137
Höferechtliche landesgeſetzliche Sondervorſchriften 39
Höhe des Brautſchatzes 83
Hörigkeit und Grundbeſitz 7
Huderechte und -pflichten 54
Hülfsgeld für unteilbare Laſten 31
Hypothekenbücher 28 ff.

I

Interimswirtſchaft, Eintritt 97, Mal- oder Meierjahre 99, Rechtsſtellung des Interimswirts 101, Vertrag 99.
Inteſtaterbfolge 71, 90
Jagdrechte und -pflichten 54

K

Kappel 7, 18
Kataſterverwaltung 26

Kataſtrierung 24, Kataſtration 27
Kinder von Leibeigenen und -freien 16
Kirchenſtühle 35, 53
Kleinkötter 12, 27
Kleinſorgen, die, in Lemgo 19
Kolon 12
Kolonatsvermögen 35
Kommiſſion, Brautſchatz- 88
Konſervenfabriken, Anteile 54
Kottmanns, die, in Lemgo 19
Korvey 9
Kötter 12, 27
Kritik des Höferechts 130

L

Lagerbücher 24
Landesherr und Grundbeſitz 7
Landeslehen 20
Landespolizeiliche Genehmigung bei Verkäufen 59 ff., 61
Landespolizeiverordnung 58, 81, 97, 104
Landwirtſchaft 3, 4 ff.
Landwirtſchaftliche Nebenbetriebe 54
Landwirtſchaftliche Sachverſtändige 25
Laſten, Hülfsgeld für unteilbare 31
Laſtenverteilung 31
Laßbrief 15
Leben, wirtſchaftliches 2
Lebenswandel, ſittenloſer, des Anerben 76
Lehnsbeſitz und Gutsbeſitz 13, 20
Lehnsleute 19
Lehnsherr 14, 17, 18
Lehnsherrlichkeit 12, 17
Lehnslaſten 20
Lehnspflicht 20
Leibeigene 16

Leibeigentum 14, 20, Aufhebung 22, L. und Grundbesitz 16
Leibzucht 103 ff., frühere Grundsätze 103, heutige Grundsätze 105, Beginn und Ende 116, L.-Vertrag 107, Wohnung 109, Zubehörungen 110, Rechtseigenschaft der Leibzuchtsgegenstände 111
Leibzuchtsrecht, Entwurf 147
Leihende Hand, Wandlungen 17
Lemgo 9, 18, 19
Letztgeburtsrecht 74
Letztwillige Verfügung, Erhaltung des Hofes durch L. 50, Auslegungsregeln 69; s. auch Testament.
Lippe (Fluß) 7
„ (Detmold) 8 ff.
Lippstadt 7, 18, Lipperode 7

M

Maljahre 99
Marienfeld 18
Meier 12
Meierjahre 99
Meier zu Stapelage 19
Meyer, Kolonatsrecht, s. Vorwort
Menkhausen, Erbkötter von 19
Mittelkötter 12, 27,
Mittel- oder gemeine Vollmeier 12
Molkerei-Anteile 54
Mühlenrechte und -pflichten 54

N

Nachlaßgläubiger des Hoferblassers 74
Naturalleistungen 21
Nebenbetriebe, landwirtschaftliche 54
Neueres Recht für Güterstand und Erbrecht 38 ff.

Neuordnung des Höferechts, Kritik 130
Nottestament 120, Muster 124
Nummerierung der Besitzungen 27

O

Öffentlicher Glaube des Grundbuchs 34

P

Paderborn 9
Pflichtteil 48, 68, Anrechnung der Aussteuer 68
Pflichtteilsrecht und Hoferblasser 68
Pottereirechte und -pflichten 54

R

Rangordnung der Grundbucheintragungen 33
Ritter 12, 17

S

Saalbücher 24, 25
Schaumburg-Lippe 8
Schichtung 91
Schwalenberg 9
Selbstverfaßtes Testament 113 ff., Muster 115
Sicherstellung des Brautschatzes 86
Sittenloser Lebenswandel des Anerben 76
Sondervorschriften, höferechtliche 39
Spanndienste 12
Staat und Ackerbau 4, St. und Wirtschaft 1
Stapelage, Erbkötter und Erbpächter des Meiers zu 19
Städteherrlichkeit 10
Stellung des Anerben, Kritik 134
Sternberg 9, 12
Steuern, Reichs- und Landesst., 23
Straßenkötter 12, 27.

T

Teſtament: eigenhändiges 113, Muſter 115 ff., gemeinſchaftliches 117, Muſter 118, Not-, Dorf- oder Vorſteherteſtament 110, Muſter 124; ſ. auch letztwillige Verfügung
Teſtat-Erbfolge 90

U

Unbewegliches Hofgut 53, Freigut 72
Uneheliher Anerbe 74
Uneheliche Kinder, Brautſchatz 85
Unfähigkeit des Anerben 75
Unſchädlichkeitszeugnis 61
Unteilbare Laſten, Hülfsgeld 31
Unteilbarkeit des Hofes 56
Urproduktion 3
Überlebender Ehegatte, Rechtsſtellung 42, 89 ff, Verfügungsfreiheit 44, Erbrecht 92, Rechtsſtellung bei der Gütergemeinſchaft des BgB. 94, im Witwenſtande, Kritik 131

V

Varenholz 9, 12
Veräußerung von Höfen und Hofgrundſtücken, Genehmigung 59, 60
Vereinigung mehrerer Höfe 62
Vererbung des Hofguts 55, 73, des Freiguts 71, nach Höferecht 55
Verfügung: ſ. letztwillige V. und Teſtament,
Verfügungsbeſchränkungen: ſ. Höferecht, Entwurf 139
Verfügungsfreiheit des Hofbeſitzers 59 ff, 65, 69, bei letztwilligen Verfügungen 68
Vermeſſung 7
Vermögensverwaltung des Mannes 45, 46

Verordnung wegen Eheverschreibung der Bauersleute 59, 81
Verwaltung des ehelichen Vermögens 45, 46
Verwaltungsgemeinschaft des BgB. 40, 45, Ausschluß 46, Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten bei V. 91, Erbrecht des überlebenden Ehegatten 92
Verzicht des Anerben 77 ff.
Verzinsung des Brautschatzes 86
Viertelmeier 12
Vollmeier 12, 27
Vollspänner 12
Voraus bei Einkindschaft 44, des überlebenden Ehegatten 49, 72, 94
Vorbehaltsgut der Frau 42, 45

W

Walzende Güter 59 61
Wasserrechte 54
Wegerechte und -pflichten 54
Weinkauf 14
Wert, Ertragswert, des Hofes 50
Wiederverheiratung, Rechtsfolge 38, 43
Wirtschaft und Staat 1, W. und Ackerbau 3
Wirtschaftliches Leben 2
Wirtschaftsgegenstände 54
Wistinghausen, Erbkötter zu 19

Z

Zubehör des Hofguts 35, 54, der Leibzucht 110
Zuckerrübenfabriken, Anteile 54
Zuspänner 12
Zuständigkeit für die Entziehung des Anerbenrechts 76

1012744